

Sezession

Nation und Europa

Martin Lichtmesz
Aeneas geht

Benedikt Kaiser
Hindernislauf

Eberhard Straub
Europäischer Geist

Im Gespräch mit
David Engels

Matthias Bennau
Pan-Europa



86

Oktober 2018
11 EURO
ISSN 1611-5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Verein für Staatspolitik e.V.
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
E-Mail: redaktion@sezession.de

Vertreten durch Dr. Erik Lehnert
(Vorsitzender)

Eingetragen im Vereinsregister
am Amtsgericht Stendal,
Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-
Stocker, Benedikt Kaiser, Ellen
Kositza, Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.)
und Erik Lehnert

16. Jahrgang, Heft 86,
Oktober 2018

Sezession erscheint im Februar, April,
Juni, August, Oktober und Dezember.
Der Preis für das Einzelheft beträgt
11 € zzgl. Versandkosten.
Wer *Sezession* für mehr als lesenswert
hält, kann ein Förderabonnement
(75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das nor-
male Jahresabonnement (sechs Hefte)
kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser
in Ausbildung), jeweils inkl. Versand.
Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich
10 € Porto im Jahr.
Wird das Abonnement nicht bis zum
30. November gekündigt, verlängert es
sich um ein weiteres Jahr.

Alle Rechte für sämtliche Artikel im
Heft vorbehalten. Manuskripte sind
übrigens stets willkommen und sollten
als Kurzbeitrag 9000 und als Grundla-
genbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leer-
zeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel: (03 46 32) 90 43 99
Fax: (03 46 32) 90 43 97

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

Editorial

- 1 **Das europäische Ich**
Götz Kubitschek

Bild und Text

- 2 **Mit dem roten Band der Sympathie!**
Ellen Kositza

Thema

- 4 **Das übernationale Europa**
Eberhard Straub
- 10 **Über die Versöhnung abendländischer
Schicksalsgemeinschaften**
David Engels im Gespräch
- 16 **Der europäische Hindernisparcours**
Benedikt Kaiser

- 22 **Europäischer Bürgerkrieg, zweiter
Dreißigjähriger Krieg**
Stefan Scheil

- Die Europäer und die anderen**
28 Andreas Vonderach

- Wenn Aeneas vor der Wahl steht**
32 Martin Lichtmesz

- Migrationskrise, Pan-Europa,
Rousseau**
36 Matthias Bennau

- Die Saar und Europa**
42 Günter Scholdt

Bildteil

- Nation und Europa –
fünfzehn Konzepte**
48 zusammengestellt von Erik Lehnert,
Benedikt Kaiser, Till-Lucas Wessels

Bücher

- 58 **Der Dreißigjährige Krieg –
Urkatastrophe im Zentrum Europas**
Konrad Gill

- 62 **Rezensionen**

Angaben zu den Autoren finden Sie in
diesem Heft auf Seite 57.
Das Titelbild zeigt die Skulptur des grie-
chischen Künstlers Nikos Koundourou
»Die Entführung der Europa« (2012), die
in Agios Nikolaos auf Kreta steht
(© 15800, CC BY-SA 4.0).

Keine Fehler machen!

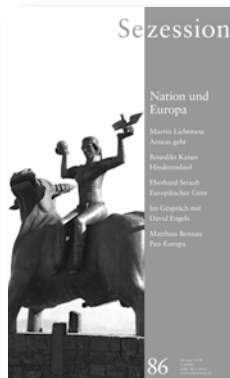
von Götz Kubitschek

Es gibt im Deutschen Bundestag nur eine Partei, die unserem politischen System die Gretchenfrage stellt: Wie hältst Du es mit der Demokratie? Die sechs anderen Parteien versuchen zu verhindern, daß diese Frage unüberhörbar gestellt werden kann, und mehr: Es wäre ihnen immer noch am liebsten, wenn es den Fragesteller, den Infragesteller, gar nicht gäbe. Aber es gibt ihn.

Die AfD hat vor kurzem in einer von Infratest Dimap veranstalteten Umfrage bundesweit 18 Prozent erreicht und die SPD als zweitstärkste Kraft abgelöst. In den östlichen Bundesländern kursiert sowieso der andeutende und im Moment der Erkenntnis verblüffend wirklichkeitsnahe Spruch, daß es eine ehemalige und eine neue Volkspartei gebe. Es nimmt also nicht Wunder, daß es vor allem die Vertreter der ehemaligen Volkspartei sind, die in ihren Gehirntaschen graben, um nach der vorletzten die letzte und dann die allerletzte Patrone herauszuklauben und sie auf den Gegner abzufeuern.

Man muß solche Leute machen lassen, einfach machen lassen, denn alles das trägt dazu bei, daß der Ruf nach einer Alternative, nach grundlegenden Veränderungen immer lauter wird, immer mehr Wähler erreicht und bei immer mehr Wählern jene über Jahrzehnte angezüchtete Hemmung beseitigt, die sie noch in der Wahlkabine daran hindert, das Kreuz an der richtigen Stelle zu setzen.

Es geht nun seit zwei Wochen die Angst vor dem Verfassungsschutz um in der AfD. Zwei Landesverbände der Parteijugend werden beobachtet, und in Richtung des Thüringer Landesverbandes ließ der dortige Chef des Amtes für Verfassungsschutz verlauten, man prüfe die Beobachtung. Weil eine Beobachtung, die gerade erst beginnt, noch kein Ergebnis ist, kann die Prüfung einer Beobachtung erst recht keines sein. Beide Ankündigungen aber – Beobachtung ebenso wie die Prüfung einer solchen – klingen in den Ohren derer, die sich von der Möglichkeit einer Mahnung vom Kaufe abhalten lassen, so, als läge das Ergebnis bereits vor. Die Ankündigung einer Beobachtung ist also im besten Falle das erzieherische Mittel einer neutralen Behörde, im Normalfall jedoch die politische Waffe der herrschenden Klasse. In Bremen und Niedersachsen ist die SPD, in Thüringen DIE LINKE am Ruder.



Vor dermaßen ruinierten Maßstäben ist jeder im passenden Moment Verfassungsfeind, und mit der AfD trifft es nun die einzige im Bundestag vertretene Partei, die Demokratie eingefordert und hergestellt, denn sie sorgt für echte Gegenöffentlichkeit. Aber eine politische Waffe ist eine Waffe, und man muß den Einsatz des Verfassungsschutzes gegen die einzige Partei, die die Verfassung schützen will, sehr ernst nehmen. Daher lautet der Rat an die AfD: keine Fehler machen! Das Schwert muß in der Hand des Gegners stumpf werden, und stumpf wird es nur, wenn er es folgenlos zum Einsatz gebracht hat, offensichtlich folgenlos, für jeden offensichtlich folgenlos. Drei Ratschläge:

1. Die Partei muß ernst nehmen, was in ihr als Schlagwort gilt: daß wir unter einer »Herrschaft des Unrechts« zu leben haben. In den falschen Händen gehört auch der Verfassungsschutz zu den Herrschaftsinstrumenten des Unrechts, und die AfD darf nun, also im entscheidenden Moment, nicht vergessen, daß sie angetreten ist, dieser Herrschaft ein Ende zu bereiten und das Recht wieder ins Recht zu setzen.

2. Die sogenannten »Liberalen« in der Partei müssen sich von dem Gedanken verabschieden, daß es im Kampf um die politische Macht eine AfD in einem Zustand gäbe, der für die herrschende Klasse und ihre Zivilgesellschaft akzeptabel wäre. Mit oder ohne Höcke, mit oder ohne Vogelschiff: knapp 20 Prozent (und im Osten Mehrheitswerte) sind in jeder Form inakzeptabel für diejenigen, die es sich im erbeuteten Staat gemütlich gemacht haben. Zur Erinnerung: Der Gegner befindet sich außerhalb der Partei. Außerhalb!

3. Die Partei muß in den nächsten Wochen weniger nach außen, mehr nach innen arbeiten: Gewählt wird sie sowieso – es gibt ja keine Alternative. Schlimm wäre jedoch, wenn sich nun die ängstlicheren parteiinternen Teile von der Androhung in Panik versetzen ließen und um ihre Reputation fürchteten. An dieser Stelle ist jeder beruhigende Satz, ist jeder Kurzausflug im Erzgebirge oder im Süden Sachsen-Anhalts Gold wert. 20 Prozent kriegt der Gegner nicht mehr klein, es sei denn, es gelingt ihm, sie aufzuspalten. ■

Mit dem roten Band der Sympathie!

von Ellen Kositzka

Die hier stehen, heißen nicht Zito, Elmo, Clumsy und Aja wie die meist vermummten »jungen Leute« da drinnen im Hambacher Wald. Die hier tragen vermutlich Namen wie Günter und Renate. Die »Aktivisti« im Wald haben auf ihre Baumhäuser und Hütten (mit Spray aus gewiß nicht klimaneutralen Dosen) Merksprüche gemalt wie »ACAB« (»All cops are bastards«; »Alle Bullen sind Schweine«) und »Kill RWE«. Die Forst-Areale, die von diesen »engagierten Menschen« besetzt werden und nun zur Räumung anstehen, heißen Oaktown, Cozytown, Jesuspoint, Beechtown, die entsprechenden Twitter-Hashtags firmieren unter #resist, #climajustice und #nocoal. Internationalität ist den »Braunkohlegegnern« wichtig, daher die Universalssprache. Es geht den »Widerständlern« nicht um ein Kitschkonstrukt wie den »deutschen Wald«, sondern ums Prinzip. Welches? Spielt erst einmal keine Rolle. Auf einem Großbanner steht: »Mut ist, Grenzen zu durchbrechen«.

Die da drinnen, das sind die »widerständigen Braunkohlegegner«, die »Klimaschutzgruppen« oder die »Wald- und Umweltschützer«. Ein einziger Artikel (unter Hunderten) in den Leitmedien hat auch kritische Benamungen gefunden. Dort – FAZ, Friederike Haupt – wurden die tollen Wutbürger als eine Art »Reichsbürger mit Rastas« bespöttelt.

Die außerhalb des Waldes, die hier auf dem Photo: Das sind die »Waldspaziergänger«. Sie alle fassen mit an am »Roten Band der Sympathie« – ältere Semester dürften sich noch an die Bankenwerbung mit dem »Grünen Band« derselben erinnern.

Ich stelle mir vor, die Dame mit der photogenen Wollmütze heiße Antje. Sie ist sonst nicht so. Nicht so ... auf den Barrikaden. Sie hat blondierte Haare, sehr ordentlich gezupfte Augenbrauen und ein pfleglich gebräuntes Gesicht. Nun, wo es mal »drauf ankommt«, hat sie den Rücken durchgedrückt und schaut widerständig in die Kamera. Vielleicht wurde sie von Claudia mitgebracht, die uns hier anschaut, als habe sie eine Menge Leute dazu gebracht, endlich mal die Wanderstiefel aus dem Kellerregal hervorzuholen. Die Frau, die Claudia heißen könnte, erscheint als prototypische Gemeindereferentin oder als Hausfrau mit multiplen Ehrenämtern. Aufgeklärt, resolut. Sie läßt sich »den Mund nicht verbieten«.

Sie sagt, was sie denkt. Sagt es auch, ohne gedacht zu haben. Früher mal Elternratssprecherin, jetzt im »Unruhestand«. Rot ist ihre natürliche Farbe. Günter und Renate, daneben – treue Gemeindemitglieder – tragen weniger das Rote Band der Sympathie, als daß sie sich schüchtern daran festhalten. Es ist so ungewohnt, genau wie die Jeans, die sie nur zu krassen Outdoorunternehmungen wie diesem aus dem Schrank holen. Aber »wer, wenn nicht wir?«, hatte Claudia sie gefragt in ihrer direkten Art. Da hatten sich Renate und Günter dran erinnert, daß Bäume ihnen immer schon ziemlich wichtig waren. Und, Braunkohle, also bitte! Wo doch seit Jahrzehnten der Strom aus der Steckdose kommt!

Nein, die Kinder und Enkel von Günter, Renate, Antje und Claudia sind nicht da drinnen im Wald. Die studieren in Queensland und Paris oder machen »ihr Ding«, anderswo, es geht hier ja auch nicht um Sippenzusammenhalt, sondern um eine übergeordnete Solidarität »vor Ort«, der Begriff gefällt allen hier. »Ich möchte Teil einer Jugendbewegung sein!« (Tocotronic)

»Vor Ort« ist konkret und faßbar und zeigt das Akute und Gewagte der Situation auf: Wir stehen hier, um die da drinnen zu schützen! Wir werden keinen Millimeter weichen, auch wenn sie Wasserwerfer auffahren sollten! Derweil die uniformierten Herren hinter unseren Bandträgern nicht den Eindruck machen, als warteten sie auf Wasserwerfer.

Und da drinnen? Tobt »der Kampf des Lebens gegen das Geschäft« (Claus Leggewie), denn, wie Leggewie bei Konfuzius nachgelesen hat: »Wer Bäume pflanzt, wird den Himmel gewinnen.« Diese Sentenz – zumal diese Lebenskämpfer kaum Bäume pflanzen – soll seine Wucht im Umkehrschluß entfalten. Baumfäller und ihre Schergen: zur Hölle!

Eine der wenigen Waldmensen, die sich ohne Maskerade filmen ließ, ist die »minderjährige Aja«, die auf ihrer Gitarre (Aufkleber: »Alle Menschen sind Ausländer – fast überall«) Protestlieder für den Wald klampft. Sie erklärt: Wenn durch diesen Widerstand Rodungen, Dorfzerstörungen und »Epidemien« vermieden würden, sei es allemal wert, daß ein Bagger brennt.« Krasse Lady.

Ihre Kollegen haben Banner angebracht mit Drohungen wie »Zählt nicht die Baumhäu-



© Hambinfo, CC BY-SA 4.0

ser, sondern eure Tage!« Weshalb aber gehen einige Polizisten nun in weiß? Es sind Schutzanzüge, gegen die Fäkalien, mit denen sie von den »engagierten jungen Leuten« (mancher Baumfreund, man kann es auf Pressephotos sehen, hat sich selbst mit Kot beschmiert) beworfen werden. Gegen die Steine, die immer wieder mal fliegen, helfen Helme.

Waldpädagoge Michael Zobel gab im Staatsfunk (DLF, 17. September 2018) den Vermittler zwischen denen da drinnen und denen da draußen: »Ich kann nicht akzeptieren, wenn jemand einen Stein wirft. Man muß aber auch es ein bißchen relativieren: Wo wirft er ihn hin? Bei vielen ist es wirklich auch eine Verzweiflung, eine Notwehr. (...) Der »Höhepunkt« für mich letzte Woche war eine Delegation der AfD im Wald. Auch da ist kein Stein geflogen, und das ist eigentlich nicht selbstverständlich. Ich habe großen Respekt vor den Menschen im Wald.«

Auf der Netzseite hambacherforst.org. verschweigt man Dreck und Steine. Zu lesen ist Schönes: »Auch eine Cellospielerin hat heute ihre Solidarität mit den Besetzer*innen des Hambacher Forstes laut und deutlich gezeigt. Mit einer Sinfonie von Bach war sie in Cozytown ein Beispiel für die Diversität der Bewegung. Doch auch unsere punkigeren Unterstützer*innen sind heute zahlreich zum Wald gekommen. Mit einem Solikonzert haben die Punkbands Zen Mob und Mülheim Asozial, sowie Liedermacher Konny ihren Senf zu Umweltzerstörung und Klimagerechtigkeit gegeben. »Bier gegen Bagger, Bier gegen Deutschland, Bier gegen Bagger und Deutschland!« klang es durch die sonst ruhige Abendstimmung auf der Wiese.«

Nur, hat man noch ausreichend Bier gegen Deutschland da drinnen? Was dringend benötigt wird von den »jungen Leuten« erfährt man gleichen Tages (17. September) auf Twitter, adressiert an Claudi und die Leute vom Roten Band: veganes Essen, Tampons und Menstruationstassen! Und dann auch noch dies, Alarm!: »einem menschen in oaktown wird beistand durch seelsorge verweigert. kommt jur. notarztverweigerung gleich.« Manchmal hilft nur beten.

Wollen wir uns eigentlich die Sachlage mal spiegelverkehrt vorstellen? Nicht nur die Sachlage, sondern auch das mediale Tamtam? Machen wir mal:

Junge, engagierte Bürger in Dresden und Chemnitz tragen ihre berechtigte Sorge und ihre Ohnmacht auf die Straße. Sie werden flankiert von älteren Unterstützern, ganz normalen Leuten, auch Studenten und Familien sind darunter. Die den Glutkern der Bewegung bilden, haben sich verummumt oder phantasievoll verkleidet. Warum, ist klar: Sie fürchten zurecht Brandmarkung und Repression. Im Deutschlandfunk äußert sich ein Lokalpolitiker der AfD: »Steine fliegen, doch meist ungerichtet und ziellos. Kann man es den Werfern verdenken? Höhepunkt der Provokation war für mich eine Delegation aus SPD, Grünen und örtlicher Antifa, die auf der Straße eine Blockade gebildet haben. Auch da ist kein Stein geflogen, und das ist eigentlich nicht selbstverständlich. Ich habe großen Respekt vor den Menschen in Chemnitz.«

Der Gegner, die übermächtige Asyllobby, ist ungreifbar. Nur vereinzelt wurden Molotow-Cocktails und Eimer mit Fäkalien gesichtet. »Ich selbst finde das nicht so toll«, sagt ein Familienvater, der mit seinen Kindern ein Banner gestaltet hat. »Aber«, gibt er zu bedenken, »zeigt sich hier nicht der Staat selbst als das kälteste aller Ungeheuer, indem er mit der Grenzöffnung Gewalt importierte?« Die Umstehenden nicken nachdenklich. Dann löst sich die Stimmung. Weiter hinten soll es ein Konzert geben. »Mob Ultra« und »Immer feste druff« werden gleich spielen. Fröhlich werden später die Straßenaktivisten gemeinsam mit der Masse vom Unterstützerbündnis die bekannten Reime mitsingen: »Wurst, Bier und Wein / haut ruhig rein, wir stehn hier und dort / gegen den Mörderimport.« Verzweiflung und Hoffnung, Wut und Traurigkeit: hier kommt alles zusammen. So wild und kreativ war Widerstand selten.

Festzuhalten bleibt übrigens, daß – nach Sichtung hunderter Pressephotos – der Protest im Hambacher Wald eine rein weiße Veranstaltung ist. Nolens volens. ■



Das übernationale Europa

von Eberhard Straub

Eine Vorstellung von Europa beschränkte sich früher nicht auf einen gemeinsamen Markt. Europa war einmal ein geistiger Entwurf. José Ortega y Gasset prägte in diesem Sinne die unübersetzbare Formel: »Europa es el único continente que tiene un contenido«, was meint, Europa sei der einzige Kontinent, der von Ideen zusammengehalten werde, also über einen bedeutungsvollen Inhalt verfüge. Er war sich gleich nach dem Ersten Weltkrieg neben Paul Valéry oder Benedetto Croce mit Hugo von Hofmannsthal darin einig, daß der Begriff Europa fragwürdig geworden sei. Der Altösterreicher Hofmannsthal kam über die Zerstörung »der Monarchie«, also Österreich-Ungarns, nicht hinweg: »Und so haben wir ein Vaterland, und eine Aufgabe – und eine Geschichte – gehabt, und müssen weiterleben«, wie er 1928 dem Juristen und letzten kaiserlichen Finanzminister Josef Redlich schrieb. Ihm blieb nur Europa. Er vermutete aber, wie seine drei europäischen Freunde, daß große angespannte Bemühungen nötig wären, um banale Redensarten wie Europa, europäisch und Europäer wieder mit anspruchsvollen Inhalten zu füllen, um ihren Rang als herausfordernde Ideen über eine schöpferische Restauration neu zu sichern.

Diese schöpferische Restauration hat trotz unterschiedlichster Versuche nie stattgefunden. Ja, die zeitgenössischen Agenten europäischer Einheit sind nahezu überrascht, wenn sie hören, daß eine Idee von Europa wiedergewonnen werden müsse. Denn sie sind davon überzeugt, daß Europa als politischer Gedanke überhaupt erst nach 1945 entwickelt worden sei. Sie haben vergessen, daß die drei energischen Verfechter einer künftigen Europäischen Gemeinschaft aus der Welt von Gestern – vor 1914 – stammten: Konrad Adenauer, der Franzose Robert Schuman (bis 1918 ein loyaler deutscher Elsässer und nach 1946 Minister und zeitweiliger Ministerpräsident) sowie Alcide de Gasperi, ab 1945 italienischer Ministerpräsident, ehemals ein kaisertreuer Tiroler aus Trient und Abgeordneter im Österreichischen Reichsrat von 1911 bis 1918. Sie fanden nur wenige Nachfolger.

Ihr wahrer Erbe war de Gaulle, Offizier im Ersten Weltkrieg, vertraut mit der Latinität, der antiken wie der katholischen, aber auch mit der deutschen Sprache und Literatur. Sofern man Europa nicht auf den Euro reduziert und den Europäer als Europayer versteht – wie vor allem die deutschen Angelikaner – bleibt es eine dringende Aufgabe für Heute und Morgen. Pierre Drieu La Rochelle, Soldat im Großen Krieg, bestimmte sie 1927 knapp: »Pour faire l'Europe, il faut penser en Européen, parler en termes européens, c'est-à-dire communs« – »um Europa zu schaffen, muß man als Europäer denken, sich europäisch ausdrücken in Begriffen, an die alle gewohnt sind.«

Dazu brauchte man die Generationen vor der großen Katastrophe gar nicht besonders aufzufordern: Sie waren so selbstverständlich europäisch, wie der Baum grün ist. Internationaler Gedankenaustausch mußte

»Fremd ist der Fremde
nur in der Fremde.«

Karl Valentin

◀ *Budapest, Blick über
die Donau auf das Parla-
ment*

nicht eigens organisiert werden. Der Adel der Herkunft, des Geistes und des stets etwas anrühigen Geldes kannte einander, heiratete kreuz und quer durch Europa, besuchte sich oder setzte in zahllosen Briefen ein imaginäres Gespräch fort. Die übernationale Römische Kirche und die Internationale der Sozialisten traten hinzu. Freundschaften, erotische Passionen oder kollegiale Zusammenarbeit stifteten dauerhafte Beziehungen. Verständigungsschwierigkeiten gab es nicht, weil die Europäer, vor allem auch ihre Politiker, mehrere Sprachen bequem gebrauchten. Vom österreichischen Staatskanzler Fürst Clemens Metternich hieß es, daß er neun Sprachen beherrschte, um in ihnen zu lügen. Fürst Bismarck wechselte ebenso mühelos vom Deutschen in acht Sprachen, unter ihnen auch Latein. Er liebte aber vor allem Russisch, weil besonders dazu geeignet, an feinste Gefühle und fast Unaussprechliches elegant zu rühren. Die beiden Staatsmänner bildeten als Aristokraten keine Ausnahme. Denn der bürgerlich-liberale Nationalismus trennte nicht, er machte neugierig auf die anderen und weckte eine Begeisterung für die nationalen Sonderformen, die sich dem französischen *génie national*, der *italianità*, *hispanidad* oder dem deutschen Geist wie der russischen Seele verdankten.

Die Europäer, schon immer beweglich, reisten mehr denn je. Sie genossen das Andere und den Anderen. Dies alte Europa war tatsächlich in Vielfalt geeint und für jeden ein vertrauter Raum. Jede Einheit vereinigt Besonderheiten, so wie der Rhein oder die Donau, die großen Ströme im westlichen und mittleren Europa, das Wasser vieler Flüsse aufnehmen und dennoch als Rhein und Donau ein selbständiges Ganzes bilden. Während die Europäer auch mit Hilfe der neuen philologischen und historischen Wissenschaften ihre jeweilige Nationalität entdeckten und den Nachbarn mitteilten, ging ihnen eine Vorstellung von Europa als geistigem und praktischem Lebensraum nicht verloren. Sie vertieften mit allerlei Lokalfarben, mit den Erinnerungen an ihre jeweiligen Eigentümlichkeiten, das perspektivische Gemälde ihrer besonderen, gemeinsamen Welt Europa.

Das unerschöpfliche Ich stößt von vornherein auf den nicht minder unergründlichen Anderen. In dieser Spannung sah José Ortega y Gasset die unvermeidliche Herausforderung für jeden Einzelnen und für jede Nation, ihr radikales Eigentum in Übereinstimmung mit dem ebenso radikalen Eigensinn der Anderen zu bringen, ohne die wechselseitige Freiheit im Leben als Zusammenleben zu gefährden. Das gelang bis tief ins 19. Jahrhundert fast mühelos. Die Europäer verfügten nämlich über ein gemeinsames Bild ihrer Herkunft und Entwicklung vom klassischen Griechenland und Rom über die Germanen zum lateinischen Mittelalter, mit den mannigfachen Renaissancen, die den werdenden Nationen eine in der gemeinsamen Geschichte verankerte Legitimation verleihen konnten. Die romanisch-germanische Völkerfamilie, von der die Historiker früher vorzugsweise handelten, wurde um die Slawen erweitert, vor allem um die Russen, und die byzantinischen Griechen. Darüber gewannen die Europäer endlich einen vollständigen Begriff ihrer Sonderrolle in Eurasien, zu dem sie geographisch und geistig seit dem Beginn ihrer Geschichte gehörten.

Im Abendland, von Europa wurde noch selten gesprochen, hatte sich seit dem Mittelalter ein übernationaler Stil entwickelt, mit dem vertraut sein mußte, wer sein Glück machen wollte. Nationale Fragen stellten sich für den Adel nicht, allerdings Geschmacksfragen, die sehr sittliche, eben ehrenvolle waren. Deshalb konnte der »gute Geschmack« zu einer gesamteuropäischen Kraft werden. Eine allgemeine Idee der Schönheit, des Betragens und seelischer Anmut überwand alle Grenzen. Wer zu gefallen wußte, war überall daheim. Die adelige Welt zog die kirchlich-wissenschaftliche und die bürgerlich-handwerkliche in ihre Sphäre. Maler, Architekten, Kunstschmiede, Tischler, Dichter und Musiker sollten als geschickte Auftragskünstler dem adeligen Ethos mit seinen Lebensformen den notwendigen eleganten Ausdruck verleihen. Die alte aristokratische Welt pflegte keinen internationalen *style*. Sie hatte ihren eigenen vornehmen Stil, der von der Nation unabhängig war und dennoch viele regionale Variationen erlaubte, ja verlangte, sofern sie den Herrschaftsraum des guten Geschmacks erweiterten und bereicherten.

Seit dem Mittelalter waren Ritter, Künstler, Gelehrte, Theologen, Geld- und Fernhändler, aber auch Handwerker an ein unstetes Leben gewöhnt. Mobilität, von der heute so viel die Rede ist, zeichnete seit dem 11. Jahrhundert die Europäer aus, die sich meist gar nicht so nannten.

»Europa läßt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.«

Robert Schuman,
1886–1963.

Kein Talent konnte sich mit dem begnügen, was ihm in der unmittelbaren Umgebung beigebracht wurde. Beweglichkeit war die Voraussetzung, um Fähigkeiten zu vervollkommen und die entsprechende Achtung zu finden. Jedes vielversprechende Talent brachte zumindest einige Jahre im »Ausland« zu, ohne dabei den vertrauten Lebensraum zu verlassen. Denn überall wehte die gleiche Luft zwischen den Dingen, der Lebensatem der gleichen Kultur. Wer den vornehmen Stil meisterhaft beherrschte, war willkommen, ein Schwabe in Portugal, ein Spanier in Wien, ein Franzose in Stuttgart, ein Italiener überall.

Einer der größten Komponisten, Georg Friedrich Händel, der *caro sassone*, der lebenswürdige Sachse für Venezianer, Florentiner und Römer, vereinigte mühelos sämtliche geschmacklichen Richtungen des musikalisch-adeligen Europas und machte mit ihnen England, das Land ohne Musik, vertraut. Ähnliche stilistische Sicherheit wurde von jedem Aristokraten verlangt. Deshalb konnten die großen und kleinen Herren ihren König und ihre *patria* wechseln, fühlten sie sich in ihrer Ehre gekränkt oder nicht genug ästiiert, um anderswo besser geschätzt zu werden und mehr Fortune zu haben.

Im Ersten Weltkrieg, der Urkatastrophe des 20. Jahrhundert, lösten sich schlagartig sämtliche verbindlichen Übereinkünfte über den guten Geschmack, über Kultur, Recht und Krieg auf. Er wurde von den westlichen Alliierten gegen Deutsche und ihre Verbündeten als »gerechter« Krieg geführt, wie früher ein Religionskrieg, in dem der Gegner nicht wie im Duell gleichberechtigt ist, sondern als Feind und Kriegsverbrecher kriminalisiert wird. Damit wurden die sittlichen Errungenschaften des Westfälischen Friedens von 1648 aufgekündigt, die jede späteren Streitereien über Kriegsschuld und mögliche Vergehen während der Kriege untersagten, um den Frieden und eine bessere Zukunft als dessen Folge nicht zu belasten. Die weltbürgerliche Elite erwies sich als ohnmächtig und sah sich gezwungen, im heftigen Kulturkampf, der keine Neutralität erlaubte, Partei zu ergreifen. Die Politisierung der Bildung überwältigte die Geister, wie früher nur während des demokratischen Terrors der jakobinischen Republik in Frankreich 1793/94.

Die westlichen Menschenfreunde verhiessen im Namen der Freiheit und aufgeklärten Humanität wie Sarastro in *Die Zauberflöte*: »Wen solche Lehren nicht erfreuen, verdient nicht ein Mensch sein«. Die Humanisten bestimmten, wer als Mensch gelten durfte oder als Unmensch verachtet werden mußte. Sie schlossen die reaktionären, katholischen Dunkel männer in Österreich und die militaristischen Preußen aus der gesitteten Menschheit aus, weil unvertraut mit der Freiheit und den Früchten westlicher Zivilisation, die den übrigen Menschen so begehrenswert erschienen. Der radikale Feind und böswillige Barbar, unmenschlich in seiner Grausamkeit, bedurfte der totalen Umerziehung, um ihn zu westlichen und zum wahren Menschen in Gestalt eines wehrhaften Demokraten zu bilden. Die Politik wurde zum Schicksal mit einem totalen Zugriff, den sich Napoléon gar nicht vorstellen konnte, als er ihr im Gespräch mit Goethe 1808 im modernen Trauerspiel die Rolle übertragen wollte, die in der klassisch-griechischen Tragödie selbstverständlich nur den Göttern zukam.

Kurz vor seinem Tod warnte Goethe freilich eindringlich davor, mit den neuesten Literaten zu sagen, «die Politik sei die Poesie, oder sie sei für den Poeten ein passender Gegenstand». Er widersetzte sich energisch jenen Forderungen, die nach 1914 an Schriftsteller und Intellektuelle überhaupt gerichtet wurden, ihren politischen Auftrag nicht zu versäumen und unmittelbar mit politisch-pädagogischen Absichten auf das Publikum und dessen Gesinnungen zu wirken.

Die Geistesgeschichte des 20. und bisherigen 21. Jahrhunderts ist eine ununterbrochene Folge von übler Nachrede, Kapitulationen, Demütigungen und erzwungenen Kompromissen, die das allgemeine Vertrauen in den unabhängigen Geist und die freie Bildung erheblich schwächen mußten. Den wenigsten gelang es, sich frei von den Nötigungen totalitärer Bewegungen oder eines aggressiven, humanistischen Demokratismus zu halten, der auch seine Inquisitoren anstellt und Denunzianten belohnt wie einst im klassische Athen, in dem Sokrates von wehrhaften Verfassungspatrioten zum Tode verurteilt wurde. Unermüdlich beschäftigen sich seither Wächter über die wünschenswerte Gesinnungstüchtigkeit mit

»Europa ist die Kultur. Es gibt zahlreiche Formen von Kultur. Aber die europäische Kultur ist die einzige, die einen absoluten Wert und eine universale Bedeutung besitzt.«

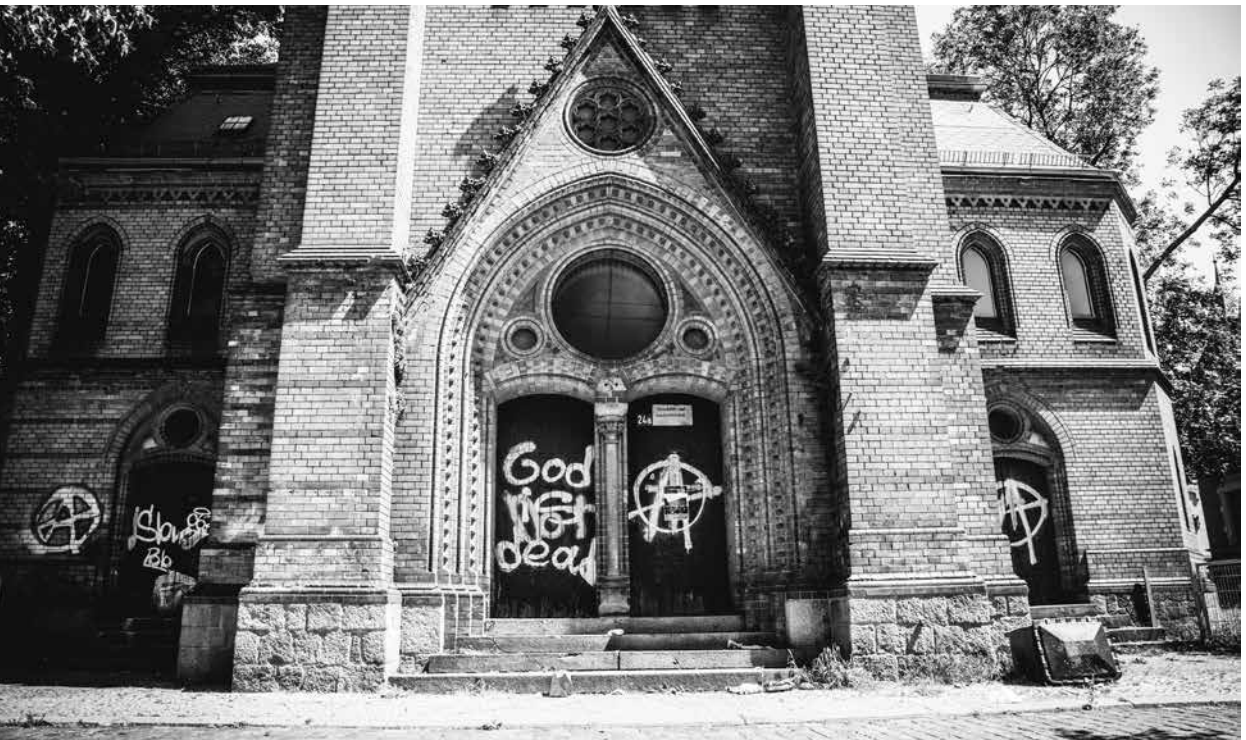
Gonzague de Reynold,
1881–1970.

»Es waren schöne glänzende Zeiten, wo Europa ein christliches Land war, wo Eine Christenheit diesen menschlich gestalteten Weltteil bewohnte; Ein großes gemeinschaftliches Interesse verband die entlegensten Provinzen dieses weiten geistlichen Reichs.«

Novalis: *Die Christenheit oder Europa*, 1799.

den Irrtümern, den politischen Irrwegen und dem »Versagen« von Künstlern und Gelehrten. Auch der irrende Geist ist noch Geist; höchstens der Irrtum ist zu verwerfen, aber nicht der irrende Mensch. An dieser Überinkunft wollten klassische Humanisten vor 1914 unbedingt festhalten. Schlimm sind die hochideologisierten Zeiten, in denen man von einem Dieb nicht einmal mehr anerkennend bemerken darf, daß er doch wenigstens ein schönes Bein habe, wie Michel de Montaigne unter dem Eindruck der religionspolitischen Meinungskämpfe im französischen Bürgerkrieg im späten 16. Jahrhundert klagte.

Unter ähnlichen Voraussetzungen ist es nicht verwunderlich, wenn die meisten im 20. Jahrhundert darüber verzagten, sich zu bemühen, einen geistigen Begriff von Europa zurück zu gewinnen. Das 20. Jahrhundert hat Hofmannsthals Furcht bestätigt, daß Europa als geistiger Begriff aufgehört habe zu existieren. Von einer Altbegier förmlich besessen, vertiefen sich mit wachsender Leidenschaft zahllose Gewissensforscher von Gibraltar bis Riga und von Lübeck bis Palermo in die Schuld ih-



»Gott ist tot« – die profanierte Kirche St. Stephanus in Halle (Saale)

rer Groß- und Urgroßeltern und versichern sich ihrer Gemeinsamkeiten höchstens als Schuldgemeinschaft. Europa als Schuldgemeinschaft weckt keinen Enthusiasmus. Die Vergangenheiten belästigen und belasten die wechselnden Gegenwarten, sie bieten keinen Halt und Trost. Insofern wurde der alte Kontinent allmählich zu einem Gefäß ohne Inhalt.

Es mangelt nicht an raunenden Stimmen, die bei festlichen Gelegenheiten Athen, Rom und das Christentum als Grundlagen unserer Kultur beschwören. Griechisch wird kaum noch gelernt, es ist im Westen so unbekannt geworden wie es vor sechshundert Jahren gewesen ist. Latein tritt immer mehr in den Hintergrund. Es gibt jetzt die ersten Generationen seit dem Untergang des alten Rom, die völlig unberührt von der Latinität geblieben sind. So barbarisch verhielten sich nicht einmal die alten Germanen an beiden Ufern des Rheines im finstersten Mittelalter um 600 nach Christus. Wie christlich Europa noch ist, das weiß keiner. Darüber möchten nicht einmal Bischöfe allzu gründlich nachdenken, um nicht etwa in Hoffnungslosigkeit, eine schwere Todsünde, zu verfallen. Antike und Christentum sind die Wurzeln des Abendlandes, wie es redensartlich heißt. Diese Wurzeln sind verdorrt, und es wäre eine lächerliche Übertreibung zu betuern, daß die meisten Europäer darüber bekümmert seien. Die Anrufung der allein selig machenden Aufklärung führt von einer Verlegenheit zur anderen. Welche frohe Botschaft soll es denn sein, die von Voltaire, Rousseau, de Sade oder Saint-Juste? Es gab viele Aufklärer und Lichtbringer, die allerdings – wie üblich bei Sektengründern – meist miteinander in heftigem Streit lagen. Überhaupt ist die Geschichte ein Irr-

garten, in dem man sich leicht verlaufen kann. Das macht sie längst verdächtig. Was die Europäer vereint, ist ihre Geschichtsverdrossenheit. Alle fühlen sich von ihren Vergangenheiten benachteiligt, betrogen oder auf andere Art verletzt. Sie sitzen auf dem Sofa und nehmen übel.

Allein als Kunstgeschichte ästhetisch neutralisiert kann die Geschichte zum »Erlebnis« werden im Amüsierimpressionismus beliebiger Eventproduktion. Doch unabhängig davon steigt aus der Tiefe der Jahre nur Skepsis und Überdruß empor. Europa weiß nicht, wo es anfängt, wo es aufhört, woher es kommt und wohin es geht. Es soll seine Würde und seinen Sinn daraus gewinnen, zum Westen oder zur westlichen, atlantischen Gemeinschaft zu gehören. Aber keiner vermag zu begründen, was der Westen ist und warum Europa unbedingt westlich sein müsse. Es gab bis 1914 immer vier Himmelsrichtungen mit ihren Vorteilen, Nachteilen, Verheißungen und Hoffnungen. Der Westen ist erst im Großen Krieg nach 1914 als polemisch-ideologische Waffe gegen Deutschland eingesetzt worden. Er ist also ein ziemlich neues Phänomen, wie auch sein einstiger Gegner, »der Osten«, der angeblich uneuropäisch ist. Dabei sind der Marxismus und Kommunismus – eine deutsch-russische Erfindung – etwas sehr Europäisches.

Europa gehört nicht natürlich und unmittelbar zur atlantischen Welt, die es freilich selbst geschaffen hat. Es war und ist weiterhin Teil der Alten Welt, mit der es seit viertausend Jahren im ununterbrochenen Austausch zusammenlebt. Orient und Okzident sind untrennbar miteinander verbunden. Nichts soll auf einmal den Europäern als Westeuropäern so unheimlich sein wie der Osten oder Orient, der zu ihm gehört wie zum Menschen dessen Begleiter, nämlich sein Schatten. Weil die Geschichte als vorzugsweise problematisch und unbehaglich, ungemütlich und unbequem begriffen wird, sollen die Wirtschaft, das Geld, Warentausch und Konsum ein lebendiges Europa ermöglichen, das sich daran freut, einander auf dem freien weiten Markt zu begegnen. »Die Menschen in Europa«, die den konkreten Europäer ersetzen, sollen nun dem ökonomischen Denken mit seiner Sachlichkeit und Sachgerechtigkeit andächtig vertrauen. Darin äußert sich angeblich jene ideologiefreie Kraft, die alle Gegensätze auflöst, obwohl gerade die sogenannte wertfreie Wirtschaft das schreckliche Feuerwerk ermöglichte, das die verschiedenen Katastrophen in zwei Weltkriegen illuminierte und alle anderen Kriege seitdem mit bengalischen Lichtspielen in photogene Schauspiele verwandelte zu Genuß oder Empörung – je nachdem ob Feind oder Freund – für den Fernseher am Feierabend.

In erstaunlicher Geschwindigkeit entwickelten sich die EWG und dann die EU, die sich dauernd mit Europa verwechseln, zu einem gemeinsamen Markt. Der wurde zu einem prächtigen Erlebnispark, in dem Einkaufen echt Spaß macht. Die Lebensgewohnheiten, die Verbraucherwünsche glichen sich an. Der Markt sorgt als Gefährte der Demokratie für Homogenisierung der einander widerstrebenden Begehrlichkeiten, ohne sie vollends zu befriedigen, damit keiner wunschlos glücklich bleibt. Die Konsumfreiheit sichert die früher staatsbürgerlich verstandenen Freiheiten. Doch der Staat begreift sich ja zunehmend als Dienstleister für Kunden, obschon er dauernd neue Steuern ersinnt. Freilich gerieten immer mehr »Menschen in Europa« an den Rand jenes Marktes, auf dem es für sie kein Auskommen und keine Zukunft gibt. Das erschütterte den zuversichtlichen Glauben der Zukurzgekommenen an die Heilsökonomie des von allen Übeln erlösenden Marktes. Die Ökonomie erweist sich als gar nicht so sachlich, rational und wohlthätig.

Was soll die vielen Enttäuschten und Betrogenen veranlassen, in Europa eine Verheißung, gar eine sittliche Idee zu vermuten? Außer ökonomischen Zwecken, zu deren Opfern sie wurden, sind ihnen keine genannt worden. Wie sollen sie Loyalität zu einem Europa wahren, das ihnen nicht gewährt, was es ihnen in Aussicht stellte: Wohlstand für alle? Außerdem: Europa ist als Markt Teil des Weltmarktes. Klugen Marktstrategen ist Europa längst zu klein geworden. Die Marktideologie führt weg aus Europa in die weite Welt hinaus. Die neuen Weltmänner vermissen keinen geistigen Begriff Europas, wenn sie sich bei griechischem Wein, französischem Käse, deutschem Brot und Mailänder Salami darüber freuen, unbeschwert auf den Bahamas zusammenzukommen und sich dabei bestätigen, wie schön es ist, als Europäer auf der Welt zu sein. ■

»Laßt uns ein Europa schaffen, das sowohl sokratisch wie christlich ist, gleichzeitig voll Zweifel und Glauben, voll Freiheit und Ordnung, voll Vielfalt und Einheit!«

Salvador de Madariaga y Rojo, 1886–1978.

Über die Versöhnung abendländischer Schicksalsgemeinschaften

David Engels im Gespräch. Die Fragen stellte Erik Lehnert.

SEZESSION: Vor einigen Jahren wurde ein Artikel des Althistorikers Alexander Demandt, der sich mit dem Untergang des Römischen Reiches und der Rolle der Einwanderung befaßte, von der Zeitschrift, die ihn bestellt hatte, abgelehnt. Der Grund: er könne in der aktuellen politischen Situation mißinterpretiert werden. Waren da Spenglerianer am Werke, die um ihr Herrschaftswissen fürchteten, oder sind die Parallelen so offensichtlich, daß der Untergang der EU besiegelt ist?

ENGELS: Hahaha – eine ausgezeichnete Frage. Ich fürchte allerdings, die Gründe waren erheblich prosaischer: Die gegenwärtige »Moralisierung« der Politik, hinter welcher sich nichts anderes als die zunehmende Hegemonie eines bestimmten Segments politisch korrekter Meinungsäußerung verbirgt, hat Demandts Analogie als »wenig hilfreich« empfunden und, das »allgemeine Interesse« vorschützend, auf eine Veröffentlichung des übrigens ja völlig ungefährlichen Textes verzichtet. Ich selber stehe, wie ich kürzlich auch anlässlich einer Bamberger Podiumsdiskussion mit dem von mir außerordentlich hochgeschätzten Kollegen Demandt versucht habe zu erklären, dem Vergleich zwischen Gegenwart und Spätantike ein wenig skeptisch gegenüber: Was uns in den nächsten zwanzig oder dreißig Jahren zumindest in Westeuropa bevorsteht, ist nicht der materielle Untergang der abendländischen Kultur (der wird noch ein wenig länger auf sich warten lassen), sondern vielmehr ihre Umwandlung in einen autoritären Staat analog zum römischen Principat als letztem Bollwerk vor der völligen inneren Auflösung.

SEZESSION: Sie haben in Ihrem Buch *Auf dem Weg ins Imperium* (die deutsche Übersetzung erschien 2014) noch andere Indikatoren als die Einwanderung untersucht, um die Parallelen deutlich zu machen, die zwischen später römische Republik und EU bestehen. Bei welchen hat sich bei Ihnen in den letzten Jahren der Eindruck verstärkt, daß wir es hier mit Parallelentwicklungen zu haben?

ENGELS: Nun, das Manuskript zu meinem Buch war bereits 2011 abgeschlossen, nachdem es in seinen Umrissen schon seit 2009 konzipiert war. In diesen nahezu zehn Jahren hat sich in der Tat vieles abgespielt, das mich in dem Eindruck bestärkt hat, leider auf der richtigen Fährte zu sein. In meinem Buch habe ich nicht nur gezeigt, wie sehr sich Faktoren wie Globalisierung, gesellschaftliche Polarisierung, Verfall der traditionellen Familie, Masseneinwanderung, Niedergang altererbter Religionsformen, sinkende Geburtenrate, asymmetrische Kriege, Technokratie, Wirtschaftsdiktatur, Elitendemokratie und viele andere zu einem toxischen Gebräu vermischt haben, das unsere gegenwärtige Gesellschaft genauso sehr wie die der späten römischen Republik an den Rand der Implosion bringen wird. Ich habe auch angekündigt, daß diese Entwick-

»Denn nicht dazu hat uns das Vaterland geboren und großgezogen, daß es gleichsam keinerlei Kostgeld von uns erwartete, nur unserem Behagen diene und uns eine sichere Zuflucht für unsere Müße und einen stillen Ort zu ruhigem Lebensgenuß lieferte, sondern daß es das meiste und Beste unserer Denk- und Willenskräfte zu seinem eigenen Nutzen mit Beschlag belegte und uns nur soviel davon zu unserm persönlichen Gebrauch beließ, als er selbst erübrigen konnte.«

Cicero: *de re publica*,
Übers. K. Ziegler, I 4,7.

lung überall in Europa, analog zur römischen Republik, notgedrungen zum Aufstieg sogenannter »populistischer« Parteien führen müsse, daß mit einer Verhärtung fundamentalistischer Positionen zu rechnen sei, daß die Exekutive und die Legislative auf Konfrontationskurs gehen würden und die EU selber sich zunehmend autoritär in ihrer Verfolgung multi-kulturalistischer und ultraliberaler Vorstellungen gerieren würde, bis es schließlich zum vorübergehenden Zusammenbruch käme. Leider hat mir die Geschichte in allen Punkten bisher recht gegeben, und auch der angekündigte Tiefpunkt europäischer Geschichte wird, so fürchte ich, nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen, bis sich dann aus den Scherben unserer immer noch im Nachkriegs-Paradigma verhafteten Gesellschaft ein schon jetzt überall spürbarer autoritärer Staat erheben wird.

SEZESSION: Würden Sie Ihre Auffassungen als pessimistisch bezeichnen?

ENGELS: Im Vergleich zu der Idealgemeinschaft, die ich mir für meine Familie und mich erträumen würde, ist diese Aussicht sicherlich sehr pessimistisch. An den Erfahrungen der Weltgeschichte gemessen, würde ich sie leider vielmehr als äußerst realistisch und pragmatisch bezeichnen.

SEZESSION: Wenn wir Spenglers Diktum, daß wir es bei der Antike und dem Abendland um vollkommen selbständige Kulturen handelt, deren Verlauf nur gleichartig gegliedert ist, ernst nehmen, beschäftigen wir uns dann bei der Antike mit etwas Fremden, mit dem wir so gut wie nichts zu tun haben?

ENGELS: Ja, das ist die notwendige Konsequenz aus Spenglers Vorstellung von der Weltgeschichte als Gesamtheit der Geschichte der großen Hochkulturen, die sich innerlich unabhängig voneinander entfalten und parallele Entwicklungen durchlaufen. Ich würde mich selber als einen der wenigen gegenwärtigen Spenglerianer betrachten, wenn ich seine Theorie auch in wesentlichen Teilen zu modifizieren und vervollständigen suche. In der Tat ist die antike Geschichte uns, genau betrachtet, innerlich überaus fremd und nur durch die jahrhundertelange Gewohnheit ihrer geistigen Rezeption und Adaption durch die abendländische Weltsicht vertraut. Wer die radikale Körperhaftigkeit der antiken Kunst mit dem Abstraktionsdrang der abendländischen vergleicht, wer das griechische und römische, in ganz konkreten, materiellen Kategorien verhaftete Staatsdenken neben die transzendente Staatstheorie des Westens setzt, wer die Lebensfreudigkeit der Antike mit der rigorosen moralischen Selbsterzehrung des Abendlands konfrontiert, kann gar nicht anders, als den gewaltigen Abgrund zu empfinden, der uns von der griechisch-römischen Welt trennt, und der letztlich wohl ebenso schwer zu überbrücken ist wie der, welcher uns von der altchinesischen oder ägyptischen Kultur scheidet.

»Wie einen Ball reißen sie so einander die Staatsgewalt aus den Händen, die Tyrannen den Königen, den Tyrannen die Aristokraten oder die Völker, ihnen die Parteiklügel oder wieder die Tyrannen, und niemals kann sich dieselbe Staatsform längere Zeit halten.«

Cicero: *de re publica*,
Übers. K. Ziegler, I 44,68.

SEZESSION: Ist nicht auch das Christentum ein Phänomen, das beide miteinander verbindet und das Nietzsche meinte, wenn er die Geschichte Europas seit der römischen Kaiserzeit als einen durchgehenden »Sklavenaufstand« bezeichnete?

ENGELS: Selbstverständlich existieren jenseits jener in sich abgeschlossenen Kulturmonaden auch andere geschichtliche Phänomene, die das Interesse des Historikers verdienen. Grundlegende Kulturtechniken wie das Rad, der Ackerbau, die Schrift oder die Sprache können manchmal von Kultur zu Kultur weitergegeben werden, ebenso wie religiöse Vorstellungen. Allerdings gilt es zu beachten, daß jede Kultur diesen »Erfahrungsschatz« ihrer eigenen Weltsicht entsprechend rezipiert und umwandelt. Die Antike kannte etwa die Dampfmaschine, hat sie aber bis auf einige Spielereien nie praktisch genutzt. Die Chinesen waren dem Westen in der Entwicklung des Schießpulvers lange voraus, haben sie aber nie so weit perfektioniert wie dieser. Die Araber haben Platon und Aristoteles bis in die feinsten Kleinigkeiten kommentiert und analysiert, aber – für uns Abendländer unverständlicherweise – die demokratische Lebenswelt dieser beiden Philosophen vollständig ausgeblendet. Spätere Kulturen werden mit Sicherheit mit ähnlichem Erstaunen analoge blinde Flecken auf der kulturellen Netzhaut der gegenwärtigen abendländischen Kultur entdecken.

Um auf Nietzsche zurückzukommen: Die sich abzeichnende kulturelle Misere des 19. Jahrhunderts auf »das« Christentum zurückzuführen, war natürlich ebenso naiv und polemisch wie gegenwärtige Versuche, die katastrophalen Zustände des Nahen Ostens auf »den« Islam zurückzuführen. Bereits das Christentum des ersten Jahrtausends, wie es sich heute noch ansatzweise in der griechisch-orthodoxen Kirche erhalten hat, mit dem Christentum des Abendlands, wie es sich seit den Ottonen entwickelt hat, zu vergleichen, ist eine grobe Naivität. Und wer das militante christliche Ritterideal der Kreuzzugenerationen mit dem Renaissance-Christentum oder dem Christentum des 19. Jahrhunderts vergleicht – von der betrüblichen Schwundstufe der nachkonziliaren Zeit ganz zu schweigen –, kann gar nicht anders, als sich der enormen Divergenzen bewußt zu werden, mit der die jeweiligen Lebensphasen einer Kultur auch den Geist der jeweils bevorzugten Religion beeinflussen.



David Engels (© Elekes Andor, CC BY-SA 4.0)

SEZESSION: Was spricht eigentlich für die Zyklen-theorie? Der Lebenslauf ist in jeder Hinsicht davon geprägt und von daher sind zyklische Kosmologien natürlich auch im Blick auf die Geschichte naheliegend. Sie haben aber auch immer etwas Gewaltames, fast steriles.

ENGELS: In der Tat, Zyklen-theorien sind gewaltsam. Aber das ist leider, wie Sie ja zu Recht schon erwähnen, auch der Fall des Lebenslaufs jedes einzelnen Menschen: Die einzige Sicherheit, die Sie haben können, ist die Ihres Todes. Das ist zwar betrüblich und, legt man die heutzutage geläufigen Standards an, denen zufolge jeder Mensch sich sozusagen in alle Ewigkeit hin losgelöst von jedem äußeren Einfluß frei

entfalten soll, ideologisch geradezu »verwerflich«. Aber leider ist das Gesetz des Werdens und des Vergehens allen Seienden die absolute Grundkonstante einer jeden lebendigen Erfahrung, wie schon Platon feststellte – wieso sollte es also mit einer Kultur anders sein?

Übrigens handelt es sich bei der historischen Zyklen-theorie ja keineswegs um ein neuartiges, gewissermaßen zur allgemeinen wissenschaftlichen Disposition stehendes intellektuelles Konstrukt, sondern um eine grundlegende, allgemeinemenschliche Geschichtserfahrung, die man vielleicht ebenso wie den Tod zeitweise ignorieren, aber nicht irgendwie »widerlegen« kann: Ob es nun die Zyklen-theorie Platons oder Senecas im Rahmen der antiken Geschichtstheorie ist, die Lehre von der symmetrischen Abfolge der chinesischen Dynastien bei Sima Qian, die Überzeugung von der logischen Aufeinanderfolge der großen Weltreiche im Alten Orient, die Generationenlehre Ibn Khalduns im islamischen Denken – und die Liste ließe sich nahezu endlos fortsetzen –: Überall auf der Welt ist die Bedingtheit und Begrenztheit des menschlichen Lebens auch auf diejenige größerer gesellschaftlicher Körper übertragen worden. Es ist nur ein typisches Symptom für Spätzeiten, dies vorübergehend ignorieren zu wollen, ein wenig wie der Altersstarrsinn todgeweihter Personen, die das nahe Ende nicht wahrhaben wollen, bevor sie sich schließlich grolend in das Schicksal fügen ...

SEZESSION: Bei Spengler dient die Beschäftigung der Vorhersage für das Schicksal der eigenen Kultur. Andere sehen in der Antike die Maßstäbe angelegt, die bis in die jüngste Vergangenheit Gültigkeit beansprucht haben und nicht selten als Korrektiv herangezogen wurden, wenn es galt, gegenwärtigen Fehlentwicklungen ein positives Bild entgegenzusetzen. Gilt das nur für die Griechen?

ENGELS: Alle menschlichen Kulturen, so meine eigene Überzeugung in Anlehnung an diejenige Spenglers, sind in radikalster Weise unterschied-

lich und dadurch wieder ebenso radikal gleichwertig. Es gibt kein einziges schlüssiges Argument jenseits bloßer Oberflächenphänomene, um eine wie auch immer geartete »Überlegenheit« der einen über die andere Kultur zu postulieren. Sicher, die Abendländer haben als erste Raketen in den Weltraum geschickt – aber sind diese Raketen wirklich in irgendeiner grundsätzlichen Art und Weise »mehr« oder »besser« als die Tiefe der indischen Philosophie, die Schönheit einer antiken Statue oder die Harmonie eines chinesischen Gartens? Quantifizierung hat keinerlei Sinn, wo es in erster Linie um Qualität und Umsetzung grundsätzlicher menschlicher Erfahrungen in konkretes kulturelles Schaffen geht. Alles, was wir heute als ernstzunehmende Historiker vermögen, ist es, dem inneren Geist jener Kulturen nachzuspüren und, ungeachtet der gewaltigen Abgründe, die uns von ihnen trennen, aus der Summe möglicher Weltansichten die bestmögliche Annäherung an das Phänomen des Menschlichen allgemein und natürlich auch und besonders des Göttlichen zu entwickeln – ein Unterfangen, das freilich alles andere als zeitgemäß ist, gilt doch echte Geschichtsphilosophie und wissenschaftliche Kulturmorphologie in Zeiten angeblichen »Multikulturalismus« absurderweise als eine Art verpönte Disziplin. Die besondere Beschäftigung mit der klassischen Antike ist zum einen für uns Europäer die nächstliegende, da das Wissen um jene Kultur im Westen bis vor kurzem allseits so hochgehalten wurde, daß sich die griechisch-römische Zivilisation als Vergleichsmaßstab geradezu automatisch aufdrängt. Das bedeutet aber freilich zum anderen nicht, daß es sich um die einzige sinnvolle Analogie handelt. So ließe sich wohl behaupten, daß die staatliche Entwicklung der klassischen chinesischen Kultur des ersten Jahrtausends v. Chr. erheblich mehr derjenigen des Abendlands gleicht als die der antiken Polis-Welt. Und auch die theologischen Debatten der byzantinisch-arabischen Welt dürften denjenigen des christlichen Denkens erheblich näher sein als der antike Polytheismus.

SEZESSION: Wir befinden uns nach Spengler im zweiten Stadium der Zivilisation, das er mit den Stichworten »Cäsarismus. Wachsender Naturalismus der politischen Form. Zerfall der Volksorganismen in amorphe Menschenmassen; deren Resorption in ein Imperium von allmählich wieder primitiv-despotischen Charakter« charakterisiert hat. Das Stadium reicht in der Antike von 100 v. bis 100 n. Chr. und betrifft im Abendland die Jahre 2000 bis 2200, mithin einen Zeitraum, der noch fast vollständig vor uns liegt. Wie ließe sich der Cäsarismus heute umschreiben?

ENGELS: Der »Cäsarismus«, wie wir ihn bei Clodius, Pompeius und natürlich Caesar kennen, ist ja nur die gewissermaßen »populistische« Vorstufe zur endgültigen Festigung eines autoritären Systems, das neben plebiszitärer Bestätigung auch und vor allem auf militärischer Macht und der Schaffung einer neuen Verwaltungselite beruht, wie wir sie in Rom seit der Festigung der Herrschaft des Augustus kennen. So weit sind wir heute noch nicht; denn parallelisieren wir den linken wie rechten Totalitarismus jeweils mit den Gracchen und mit Sulla, würden wir gegenwärtig »nur« in der Anfangsphase des Cäsarismus leben. Das paßt eigentlich ganz gut auf die Gegenwart mit ihren aus den Trümmern des Sozialismus aufstehenden rechts- wie linkspopulistischen Parteien, so daß ein Staatsmann wie Trump etwa mit einem populistischen Demagogen wie Clodius und ein überparteilicher »Mann der Stunde« wie Macron ganz gut mit einem Politiker wie Pompeius vergleichbar wären. Dementsprechend würden die nächsten zwei bis drei Jahrzehnte die Ausartung des politischen Kampfes zwischen »Systemparteien« und »Populisten« sehen, wie in Rom angeheizt durch brennende soziale Fragen wie Arbeitslosigkeit, Migration oder sozialer Polarisierung, bevor es dann zu einer grundlegenden autoritären Reform analog derjenigen des Augustus käme, in deren Folge die EU, oder was von ihr übrigbliebe, sich in ein politisches System verwandeln würde, das dem der heutigen russischen Föderation oder der chinesischen Volksrepublik durchaus ähneln könnte, um sich dann in den nächsten 100 Jahren zunehmend in Richtung jenes »primitiv-despotischen Charakters« weiterzuentwickeln, den Spengler in Analogie zur Umwandlung des Principats in das Adoptivkaisertum und dann das Soldatenkaisertum beschrieben hat.

»Hier wird nun jener Kreislauf einsetzen, dessen natürliche Kreisbewegung ihr von Anfang an zu erkennen lernen müßt. Denn dies ist das A und O der politischen Klugheit, um die sich mein ganzer Vortrag dreht: die Wege und Wendungen der politischen Entwicklung zu erkennen, damit ihr, wenn ihr wißt, nach welcher Richtung sie sich jeweils neigt, sie aufhalten oder ihr beizeiten entgegen-treten könnt.«

Cicero: *de re publica*,
Übers. K. Ziegler, II 25,45.

»Auf Sitten und Männern von altem Schrot ist der römische Staat gegründet, diesen Vers scheint mir der Dichter Ennius in seiner Kürze wie in seinem Wahrheitsgehalt gleichsam aus einem Orakel geschöpft und verkündet zu haben. Denn weder hätten die Männer, wenn nicht solche Sitten in der Bürgerschaft geherrscht hätten, noch die Sitten, wenn nicht solche Männer an seiner Spitze gestanden hätten, einen so gewaltigen, so weit und breit gebietenden Staat zu gründen noch ihn selbst so lange Zeit zu erhalten vermocht. So hat denn vor unserer Zeit die ererbte Sitte selbst die hervorragenden Männer herangezogen, und die ausgezeichneten Männer haben die alte Sitte und die Institutionen der Verfahren festgehalten.«

Cicero: *de re publica*,
Übers. K. Ziegler, V 1,2.

SEZESSION: Spengler schrieb 1921: »Zu einem Goethe werden wir Deutschen es nicht wieder bringen, aber zu einem Cäsar.« Das hat er mit Blick auf die nächsten 200 bis 300 Jahre geschrieben, so daß wir ihn vielleicht nicht festnageln wollen. Allerdings ist die Zwischenkriegsphase so deutlich von einigen Cäsaren geprägt gewesen, daß die Atempause, die sich der Cäsarismus nach 1945 zumindest im Westen noch einmal gegönnt hat, erklärungsbedürftig ist. Haben wir den Bürgerkrieg schon hinter uns?

ENGELS: Ich fürchte leider nicht. Auch in Rom sehen wir ja zwischen dem Tod Sullas 78 v. Chr., den man wohl als »konservativen Revolutionär« im Stil Mussolinis und Francos bezeichnen könnte, und dem erneuten Aufflammen der Bürgerkriege 49 v. Chr., eine längere Atempause. Bedenkt man zudem, daß das Zeitalter des Kalten Krieges in vielerlei Hinsicht zahlreiche der sich schon vor dem Zweiten Weltkrieg abzeichnenden Probleme gewissermaßen künstlich »eingefroren« und durch den immensen wirtschaftlichen Nachholbedarf der Nachkriegszeit entschärft hat, schrumpft der tatsächliche zeitliche Abstand zu 1945 um so mehr, und es ist nicht ohne Grund, daß die Gegenwart jener der Weimarer Republik so auffällig ähnelt. Das »dicke Ende« wird daher in Europa erst noch kommen, genauso wie die Römer, die nach dem Tode Sullas erhofft hatten, endlich von den seit Jahrzehnten schwärenden Bürgerkriegen befreit zu sein, nach gerade einmal einer Generation sich auf eine zweite, 20jährige Zeit schlimmster Unruhen gefaßt machen mußten.

Inwieweit freilich aus diesen kommenden Umbrüchen tatsächlich ein »deutscher« Cäsar hervorgehen wird, wie Spengler in der typisch nationalkonservativen Gesinnung der späten deutschen Kaiserzeit erhoffte, bleibt abzuwarten. Daß viele Europäer schon heute den Eindruck haben, die gegenwärtige Kanzlerin zwänge dem Rest des Kontinents ihren Willen auf, und überzeugt sind, ihr Bruch des Dublin-Abkommens und ihr Alleingang in der Flüchtlingsfrage seien wesentlich mitverantwortlich für die gegenwärtige Krisenzeit Europas und paradoxerweise nicht nur den Brexit, sondern auch den Aufstieg des Populismus, spräche jedenfalls sehr dafür, die Klagen um die gegenwärtige Machtposition der deutschen Führungsschicht als heimlicher Hegemon des Kontinents durchaus ernst zu nehmen.

SEZESSION: Spengler sah einen »Endkampf zwischen Wirtschaft und Politik«: »Man ist der Geldwirtschaft müde bis zum Ekel. Man hofft auf eine Erlösung irgendwoher, auf einen echten Ton von Ehre und Ritterlichkeit, von innerem Adel, von Entsagung und Pflicht.« Das ist ein Phänomen, das einem immer wieder begegnet, ob bei der Reformbewegung um 1900 oder auch heute in – allerdings sehr kleinen Teilen – der Jugend. Die Suche gilt einem absoluten Wert, dem man sich unterordnen möchte. Sehen Sie solche Bewegungen, und welche Bedeutung haben sie für die Zukunft Europas?

ENGELS: Sie haben leider völlig damit recht, daß ein solches Phänomen zur Zeit nur einen kleinen Teil der Jugend berührt. Trotzdem bin ich, wenn man so will, »optimistisch«. Die gegenwärtige Faszination nicht nur für Autoren wie Jordan Peterson, sondern auch für den Archaismus Tolkiens, den Primitivismus von *Game of Thrones*, den Apokalyptizismus der verschiedensten Zombie- und Fall-Out-Serien – all das zeigt nur die tiefe Sehnsucht nach der Rückkehr einer »guten alten Zeit« mit festen, soliden Werten wie Ehre, Treue, Stolz oder Familie, auch und gerade um den Preis einer völligen Zerstörung technologisch fortgeschrittener Zivilisation. Während ich diesen stetig wachsenden Idealismus, die Suche nach einem Absolutum inmitten einer relativistischen und atomisierten Wegwerfgesellschaft persönlich völlig begrüße, kann ich leider nicht umhin, diese Tendenz aus der Perspektive ihres unweigerlichen Resultats zu analysieren. Und da finden wir natürlich die unmittelbare Materialisierung dieser Suche nach einem »Absoluten« in der Unterwerfung unter ein autoritäres politisches System, das sicherlich in vielem in wünschenswerter Weise an die alterprobten Werte unserer großen abendländischen Vergangenheit anknüpfen wird, wenn man die Analogien zum römischen Principat und seiner Wertschätzung des alten *mos maiorum*

»Unsere Zeit hat, nachdem sie den Staat wie ein kostbares, aber infolge seines Alters schon verblasendes Gemälde empfangen hatte, nicht nur verabsäumt, es in den Farben, die es gehabt hatte, zu erneuern, sondern hat nicht einmal darauf Bedacht genommen, wenigstens seine Form und gleichsam die äußeren Konturen zu erhalten. Was bleibt nämlich von den alten Sitten, auf denen, wie Ennius sagte, der römische Staat gegründet ist? Wir sehen sie so sehr der Vergessenheit anheimfallen, daß sie nicht nur nicht mehr hochgehalten, sondern gar nicht mehr gekannt werden. Denn was soll ich von den Männern sagen? Sind doch die Sitten selbst gerade durch den Mangel an Männern zugrunde gegangen, und für dieses schlimme Übel haben wir nicht nur Rechenschaft abzulegen, sondern uns wie auf Tod und Leben Angeklagte gewissermaßen zu verteidigen. Denn durch unsere Schuld, nicht durch irgendein Unglück, haben wir einen Staat nur noch dem Namen nach; in Wahrheit haben wir ihn längst verloren.«

Cicero: *de re publica*,
Übers. K. Ziegler, V 1, 2.

als Vergleichsmaßstab nimmt, gleichzeitig sich aber auch zwangsstaatlicher Maßnahmen bedienen wird, um den Rückfall in die Bürgerkriege zu verhindern. Nicht ohne Grund habe ich mein Buch mit einem Zitat aus Titus Livius abgeschlossen, welcher als konservativer, also zutiefst republikanischer Römer und gleichzeitig Zeitgenosse der augusteischen »konservativen Revolution« betrauerte, daß es um seinen Zeitgenossen schon so bestellt wäre, daß sie weder die Leiden ihrer Epoche noch ihre Heilmittel zu ertragen wüßten – will heißen, daß der Verfall der alten Republik durch die späte Senatsoligarchie nur um wenig schlechter war als die vermeintliche, rein äußerliche Restitution der guten Sitten der Altvorden durch den neuen Alleinherrscher ...

SEZSSION: Die Europäische Union ist im Unterschied zur römischen Republik ein Imperium, das von Nationalstaaten getragen wird, die über eine eigene gewachsene Identität verfügen. Selbst wenn sich diese Identität in Auflösung befindet und die Eliten sich eine übernationale Identität zugelegt haben, bleibt doch das Faktum bestehen, daß der Widerstand gegen das europäische Imperium hier ganz offenbar eine Basis hat, die nur durch die gegenwärtige Prosperität abgemildert wird. Welche Zukunft haben die Nationalstaaten im Imperium?

ENGELS: Nun ja, auch das Reich der römischen Republik war alles andere als monolithisch und wurde eben nicht, wie dies volkstümlich angenommen wird, getragen durch die bedingungslose Unterordnung einer willenlosen Untertanenmasse, sondern vielmehr durch eine gewaltige Zahl weitgehend autonomer und oft sogar freiwillig an das Reich angeschlossener Stadtstaaten, Fürstentümer und Königreiche, deren innere Unabhängigkeit und jeweilige politische und kulturelle Präferenz regelmäßig dann deutlich wurde, wenn Rom von inneren Konflikten geplagt wurde und die verschiedenen Reichsbestandteile sich unterschiedlichen römischen Faktionen anschlossen oder sogar die völlige Unabhängigkeit anstrebten. Die Analogien sind also auch hier überdeutlich.

Zudem: Stammt der »Widerstand« gegen die EU tatsächlich von den Nationalstaaten? Oder nicht vielmehr nationenübergreifend von konservativen »populistischen« Parteien, die sich überall in Europa in ihrem Programm ideologisch zunehmend einander annähern, so daß anzunehmen ist, daß es im Falle allgemeiner konservativer Wahlsiege in Europa sicherlich keineswegs zu einer wie auch immer gearteten »Auflösung« der EU kommen würde, sondern vielmehr nur zu deren »feindlichen Übernahme«? Dies ist um so wahrscheinlicher, als seitens der »Systemparteien« ja mit einem völlig relativistischen, gänzlich leeren Europabegriff operiert wird, hinter dem letztlich nur der Wunsch nach Machterhalt und -vergrößerung einer international agierenden Finanz- und Politikeite steht, während die »Populisten« ganz im Gegenteil weitgehend gerade nicht mehr vom aggressiven, expansionistischen und exklusiven Nationsbegriff des 19. Jahrhunderts ausgehen, dessen Verirrungen wohl kaum jemand zurückwünscht, sondern vielmehr von dem des christlichen Abendlandes, dessen ganz besonderen, spezifischen Mehrwert zur Welt- und Menschheitsgeschichte es gegen äußere Bedrohungen (China) wie innere Gefahren (Islamismus) zu verteidigen gilt – nicht im Sinne einer wie auch immer gearteten Superiorität, sondern vielmehr eines simplen Rechtes auf Überleben und eigengesetzliche Weiterentwicklung.

Unter konservativen Vorzeichen ließe sich also durchaus an eine Entschärfung des (scheinbaren) Konflikts zwischen EU und Nationalstaat im Sinne einer Versöhnung abendländischer Schicksalsgemeinschaft und regional gewachsener Identität denken, ganz analog zur Ausformung der Leitkultur des augusteischen Principats, welche eine Fusion zwischen griechischer und römischer Kultur einerseits und einer wechselseitigen Durchdringung einer übergeordneten *romanitas* und verschiedenster lokaler Identitäten andererseits angestrebt und erfolgreich verwirklicht hat. Freilich ging auch dies nicht ohne viele Opfer von beiden Seiten vonstatten, da sich sowohl die römische Kultur »internationalisierte« als auch die lokalen Traditionen romanisierten; immerhin wäre eine solche Aussicht für Europa wohl immer noch besser als der Rück- und Zerfall in einzelne Nationalstaaten und deren Auseinanderdivision, Vasallisierung und Aufhetzung durch umliegende Imperien wie China, Rußland oder die USA ... ■

Bibliographie (Auswahl):

Das römische Vorzeichenwesen (753–27 v. Chr.). Quellen, Terminologie, Kommentar, historische Entwicklung, Stuttgart 2007;

Mit Carla Nicolaye (Hrsg.): *Ille operum custos. Kulturgeschichtliche Beiträge zur antiken Bienensymbolik und ihrer Rezeption*, Hildesheim/Zürich/New York 2008;

Mit Lioba Geis und Michael Kleu (Hrsg.): *Zwischen Ideal und Wirklichkeit. Herrschaft auf Sizilien von der Antike bis zum Spätmittelalter*, Stuttgart 2010;

Auf dem Weg ins Imperium. Die Krise der Europäischen Union und der Untergang der Römischen Republik. Historische Parallelen, München 2014 (Original: Paris 2013);

Von Platon bis Fukuyama. Biologistische und zyklische Konzepte in der Geschichtsphilosophie der Antike und des Abendlandes, Brüssel 2015;

Mit Carlo Lejeune (Hrsg.): *Grenzerfahrungen. Band 1: Villen, Dörfer, Burgen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens*, Eupen 2016;

Benefactors, Kings, Rulers. Studies on the Seleucid Empire between East and West, Leuven 2017;

Mit Max Otte und Michael Thöndl (Hrsg.): *Der lange Schatten Oswald Spenglers. Einhundert Jahre Untergang des Abendlandes*, Lüdinghausen und Berlin 2018.

Der europäische Hindernisparcours

von Benedikt Kaiser

Als Arthur Moeller van den Bruck nach dem Massensterben im Ersten Weltkrieg über die Zukunft Deutschlands und Europas nachdachte, mündete dies im Bonmot, daß wir Germanen *waren*, daß wir Deutsche *sind* – und daß wir Europäer sein *werden*. Heute, etwa einhundert Jahre später, drängt sich die Frage auf: Sind wir Europäer geworden? Es gibt Anlaß zur Skepsis, was die Mitmenschen anbelangt, was andere politische Lager anbelangt, aber zuerst sollte man bei sich ansetzen, in der politischen Rechten.

Dominique Venner, einer ihrer zeitgenössischen Köpfe, hat Jahrzehnte nach Moeller van den Bruck an der nationalen Verengung seiner Zeit im allgemeinen und seines rechten Milieus im besonderen gelitten. Für ihn war es nicht vorstellbar, »nur« Franzose oder »nur« (keltischer) Normanne zu sein. Er folgte darin seinem Landsmann Pierre Drieu la Rochelle, dem Vordenker der europäischen Einheit in Vielfalt. Gleich Drieu war es für Venner eine Tatsache, daß man als Mensch in Europa eine dreifache Zugehörigkeit besitze, eine *triple appartenance*, die Region, Nation und Europa umfasse. Europäische Begegnungen, europäischer Austausch und europäische Gesinnung: Für Venner war diese Stufenabfolge eine *Conditio sine qua non* für eine wahrhaft *Neue* Rechte auf gesamteuropäischer Ebene.

Bevor an Konzepte, Programme oder gar konkrete Realisierungswege einer »europäischen Einheit« von rechts gedacht werden kann, gilt es, einen Rahmen für europäische Begegnungen aufzuspannen. Die wiederholten Fraktionsauflösungen im Europaparlament aufgrund geschichtlicher Ereignisse, die fehlende Kooperation rechtsstehender Gruppen auf inter-nationaler Ebene – insbesondere sie legen ja nahe, daß eine tatsächlich zukunftsfähige europäische Rechte nur wird gedeihen können, wenn Ideologien der gegenseitigen Ablehnung, die noch immer häufig mit den nationalen Leidenschaften einhergehen, überwunden oder zumindest gezügelt werden.

Tiefsitzende und reproduzierte nationale Chauvinismen und Mikronationalismen sind Hindernisse, die überwunden werden müssen. Mit Mikronationalismus ist ein Nationalismus gemeint, der sich auf keine klassische Nation bezieht, sondern eine Region oder einen Teil einer bisherigen Nation zur eigenständigen Nation aufgewertet sehen will. Alain de Benoist formulierte, daß der Mikronationalismus alle Nachteile eines regulären, größeren Nationalismus in beengender Weise in sich aufnimmt, während die Vorteile einer größeren nationalen Integrationsidee keine Berücksichtigung finden. Ein Mikronationalismus wird in diesem Sinne als imaginierte oder überbetonte Gemeinschaft (man denke an das erfundene »Padanien« der alten Lega Nord; ein Gegenbeispiel wäre der vielschichtige Fall Katalonien) der größeren, nationalen Gemeinschaft entgegengesetzt. Er war über Jahrzehnte hinweg der Traum vieler Rechter. Das lag an der Schwäche der großen Nationen, an Kriegen, aber auch

»Ich bin ein Franzose Europas, ein Europäer französischer Sprache, keltischer und germanischer Abstammung. Die Genealogie hat mich zum Europäer gemacht.«

Dominique Venner:
Für eine positive Kritik,
Dresden 2017.

an der Idealisierung von kleineren Völkern. Man sprach vom Europa der Regionen, in dem Nationen überflüssig würden; Henning Eichbergs Umfeld war federführend.

Ein neuerlicher Regionalismus der Rechten, wie er im libertären Bereich um Hans-Hermann Hoppe und im neurechten Bereich von einzelnen Publizisten goutiert wird, verhielte für das 21. Jahrhundert eine gesamteuropäische und realpolitische Krisis, denn ein zerklüftetes und in sich noch mehr gespaltenes Europa wäre wirtschaftlich, technologisch, außenpolitisch oder militärstrategisch leichte Beute: China erschließt mit der neuen Seidenstraße Infrastruktur und Wirtschaftsfelder bis tief nach Europa hinein, die Türkei ist einer der externen *Player* auf dem Balkan, Rußland mischt in Osteuropa mit, die USA bindet speziell die baltischen Staaten an sich, die Golfstaaten bemühen sich um muslimische Minderheiten. Damit geraten europäische Länder und Völker in zusätzliche Interessenskonflikte, was Europa weiter schwächt und die Akteure von Außen auf Kosten der innereuropäischen Kohäsion stärken könnte. An inneren Widersprüchen ist Europa reich, mit ihnen wird man ringen müssen. Externe Widersprüche gilt es aus dem ureigenen Interesse des Selbsterhalts vom Kontinent gemeinschaftlich fernzuhalten.

Derartige Überzeugungen sind rechts der Mitte nicht *en vogue*, und das liegt oft an einem Mißverständnis: Viele Rechte, in Deutschland und anderswo, fürchten bei einer europäischen Positionierung den Vorwurf der EU-Apologie. Doch das jetzige EU-Europa ist kein Europa der Regionen, Nationen und Völker, sondern das Europa des freien Warenverkehrs, der offenen Grenzen nach innen und partiell auch nach außen: Es ist das Europa des Marktes, auf dem alles, wie Eberhard Straub formulierte, »zur Ware und damit zum Wert und jede menschliche Beziehung zu einer Geldbeziehung« reduziert wird. In seinem Buch *Zur Tyrannei der Werte* fährt Straub fort, daß nicht »Dasein, sondern Konsum« als »Pflicht« erscheine: »Der Aufstieg vom Menschen zum Endverbraucher war das Programm fröhlicher Markttheologen. Sie erhoben den Markt zum Erlöser, Retter und Befreier«. Diese Markthörigkeit liegt in der DNA der Europäischen Union, wie wir sie kennen – einer Union, die *deshalb* abgelehnt werden sollte und nicht aus dem Grund, daß ihre Hauptdarsteller eine gemeinsame Außenpolitik oder eine kollektive Sicherheitsstruktur präferieren.

Daß sich am Integrationskonzept des Kapitals die heterogene Riege der multikulturell-linksliberalen *Pressure groups* beteiligt, verschärft die antieuropäische Note der Europäischen Union. Einzelne Eingriffe »Brüssels« in den Alltag sind auch angesichts dieses Befunds nicht das Kernproblem, das von der EU in ihrer Gesamtheit verkörpert wird, in der die europäischen Völker (wie auch innerhalb der Völker die einzelnen Landsleute) oft mehr als Konkurrenten und weniger als Partner verstanden werden, ungeachtet dessen, daß unentwegt von gemeinsamen »europäischen Werten« und ähnlichem fabuliert wird. Es verhält sich anders: Die EU schürt gerade *durch* ihre vermeintlich »paneuropäische« Art nationale Chauvinismen und bringt Menschen gegeneinander auf, nicht zuletzt *qua* Wohlstandsdisputen. Es ist dies ein Muster, das auch in den USA oder China auftritt – man hat innerstaatlich mit alimentierten Regionen zu tun, was Mißgunst weckt und nur abgefedert werden kann, wenn eine verbindende Idee zumindest das Bewußtsein dafür schafft, daß Unterschiede und Ausgleichleistungen dem Gesamtinteresse unterstehen.

Doch der EU mangelt es nun an geistiger »Erdung« an ein Gesamtinteresse europäischer Völker und ihrer Identitäten angesichts des ökonomistisch ausgerichteten Nützlichkeitsdenkens. Dabei wäre für ein neues Europa, das Einigendes über Trennendes stellt, der Topos der Solidarität, eines Gefühls der Zusammengehörigkeit in Krisensituationen, unabdingbar. Diese soziale Solidarität erforderte die Erkenntnis dessen, daß der Hauptwiderspruch innerhalb der EU nicht zwischen den europäischen Völkern verläuft, sondern, überspitzt formuliert, zwischen den Bedürfnissen der Völker einerseits und dem Bedürfnis des transnationalen Kapitals und seiner unterschiedlichen Sachverwalter und Mittelsmänner andererseits. Zu den Sachverwaltern und Mittelsmännern dieses – hier verkürzt »Kapital« – genannten Blocks zählen Behörden, Verwaltungsstrukturen, die »Bürokratie« also; dazu zählen tonangebende Journalisten des Mainstreams; dazu zählt wesentlich die führende politische Klasse, welche die Völker nicht schützt, keine großen Erzählungen für sie entwickelt und keinerlei Idee für

»Als ein Staatenbündnis, das zur Bewahrung und Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsordnungen sichernden Prinzipien des freien Verkehrs von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital eingerichtet wurde und diese quasi als seine Verfassung verankert hat, steht und fällt die EU mit den Wirtschaftssystemen ihrer Mitgliedsländer.«

Andreas Wehr: *Die Europäische Union*, 2. Aufl., Köln 2015, S. 129.

den Raum Europa im 21. Jahrhundert besitzt – während die Mehrheit der europäischen Bevölkerungen, explizit der jüngeren Jahrgänge, im materialistischen Rausch allgegenwärtiger Konsummöglichkeiten gefangen sind und die westeuropäische »Postpolitik« (Chantal Mouffe) gerade deshalb so wenig widerständige Hürden bewältigen muß. Diese postpolitisch-konsumistische Entwicklung ist besonders für nichtmaterialistische Akteure Ärgernis und Hindernis zugleich, wobei man nun im Kleinen versuchen kann, sich dem konsumistischen Modell zu entziehen und andere in diesem Sinne zu beeinflussen. Durch individuelle Entscheidungen wird Formuliertes authentischer, wobei auch dann noch die Crux bestehen bleibt, daß man durch individuelles Verhalten keine grundlegenden Strukturen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft ändern können wird: Als kleine Minderheit der gegenteiligen Lebensführung im Zeitalter der Warenästhetik und -verfügbarkeit bliebe man ohne attraktive Massenwirkung.

Materialismus und »Besitzindividualismus« (Mouffe) prägen also die europäische Lebenswirklichkeit, während immerhin deutlich wird, daß monetäres Wohlergehen oder auch die bloße Aussicht auf Konsummöglichkeiten nicht länger verschleiern können, daß dies für eine europäische Einheit spätestens dann nicht (mehr) ausreicht, wenn andere Faktoren – nichteuropäische Massenzuwanderung, externe *Player* – daran erinnern, daß es an einem effektiven und nachhaltigen Schutzschirm für die Völker nach innen wie außen mangelt. Es ist nur folgerichtig, daß Günter Maschke der EU jedwede Großraumrolle abgesprochen hat. Europa, so der intellektuelle Solitär, sei »ein System geworden, das Gehorsam fordert, ohne Schutz zu bieten«. Der in der EU gegenwärtig ausgefochtene Klassenkampf von oben wird innerhalb dieses von Maschke angesprochenen Systems von den herrschenden Eliten gegen die Bevölkerungsmehrheiten geführt.

Was man indessen – nach Klärung der Feindbestimmungen – braucht, ist eine positive Vision eines einigen Europas jenseits kategorisch materialistischer Denkweisen, und das heißt: die Vision eines dreitausendjährigen Kulturkreises, der von einem Reichtum an kulturellen, nationalen und religiösen Werten, an Regionen, Kulturen und Völkern geprägt ist, die sich wechselseitig befruchtet und beeinflusst haben. Gerd-Klaus Kaltenbrunner forderte bereits vor 40 Jahren für die konservative Hemisphäre ein, sie solle fürderhin aus dem »unverbrauchten Reichtum an Intelligenz, Energie und Schöpfertum, den wir ›Europa‹ nennen dürfen«, Kraft schöpfen. Ebendiese unaufhebbare Verschränkung der europäischen Lebensrealitäten ist es, die – um jenseits der Metapolitik auch die realpolitische Praxis nicht zu vernachlässigen – Andreas Mölzer meinte, als er von der kulturellen, politischen und geographischen Nähe der Regionen und Nationen zueinander sprach; ebendiese typisch europäische Sonderlage schaffe »das Bewußtsein gemeinsamer Wurzeln« und gebe »Hoffnung für eine gemeinsame europäische Zukunft«. Freilich stellt sich daran anschließend die naheliegende Frage: Wie soll sie aussehen? Allein, Patentrezepte sind nicht die Sache an der Wirklichkeit orientierter politischer Akteure. Fest steht gleichwohl, daß die Überlegungen auf diesem zu beschreitenden Weg unter Drieu la Rochelles Maxime »Revolutionieren und Anknüpfen« stehen müßten. Gesucht wird die konservative Revolution europäischer Dimension.

Sie wird sich nicht nur gegen restaurative und zukunftshinderliche Bestrebungen der »alten« Rechten zu richten haben, sondern auch gegen massenmedial präsente linksliberale »Paneuropäer« wie Ulrike Guérot und ihr urbanes Fußvolk. Dieser Typus Europäer kennt nur den aufgeklärten, mündigen Weltbürger, der mithin zufällig auf dem Territorium der europäischen Staaten lebt. Wenn Rechte sie deshalb kritisieren, ist das folgerichtig. Das Problem dabei ist, daß dies meist mit dem Verweis auf Argumente aus dem 20. Jahrhundert geschieht, mit Bezugnahmen auf alte Problemstellungen, die nicht immer diejenigen von heute sind. Dabei kann man auch von einem rechten (pan)europäischen Standpunkt Guérot kritisieren: Denn die fehlende Rückgebundenheit an Region, Nation, Europa ist die Ursache aller weiteren Fehlschlüsse; die Rechte hat – theoretisch – freie Bahn. In der Praxis sieht es anders aus. Denn die nationalen Leidenschaften, die, wie der neurechte Publizist Wolfgang Strauss einige Jahre vorher in mehreren Büchern prognostizierte, etwa in Ostmitteleuropa und Südosteuropa den real existierenden Bürokraten-Sozialismus in den Or-

»Ein geeintes Europa wird nur als föderatives Europa Bestand haben. [...] Nur ein föderatives, in manchen Regionen die vorhandenen Staaten auflockerndes Europa ist nach den bisherigen historischen Entwicklungen als ein Europa der Zukunft denkbar.«

Andreas Mölzer: »Europa der Heimaten. Illusion und Wirklichkeit«, in: *Deutsche Annalen* 1994, S. 167–176, hier S. 170.

kus der Geschichte zu verdrängen halfen, bedürften für eine europäische Einigung der Zügelung. Europa ist nicht nur ein Schutzschirm nach außen vor externen Akteuren und Interessensgruppen, sondern auch ein Schutzschirm nach innen vor dem Comeback innereuropäischer Revanchegelüste, gerade in der Mitte, im Südosten und im Osten des Kontinents.

Die erste »Venner-Ebene« – europäische Begegnungen – funktioniert denn auch nur, solange man apodiktische nationale Fragen ausklammert. Denn würde man ausdiskutieren, daß – beispielshalber – für relevante Teile der serbischen Rechten Kroaten »katholische Serben« sind, wäre jeder weiterführende Verständigungsschritt unmöglich (was ebenso im umgekehrten Falle gilt, als versucht wurde, eine kroatisch-orthodoxe Kirche zu konstituieren, um die vom Kroatentum »abgefallenen« Serben zu »reintegrieren«). Würde man, jetzt im größeren Maßstab gedacht, die These, daß das Christentum (pan)europäische Identität stiftet, dahingehend zu spitzen, welche Konfession nun der Heilsbringer sein solle, wäre ebenso jeder weiterführende Verständigungsschritt unmöglich.

Eine abschließende und für alle Seiten akzeptable Geschichtsschreibung zu formulieren, ist schlicht unmöglich. Auf europäischer Ebene wäre vielmehr zu konstatieren und für die politische Praxis zu bedenken, daß jedes Volk eine individuelle schicksalhafte Vergangenheit mit eigenen Markern, Eckpunkten, Identitäten und Traumata hat, daß man aber zugleich die heutigen Lösungen und Ansätze nicht im trennenden Gestern suchen darf, sondern erkennen muß, daß gegenseitiges Abwerten stets in einen Abwärtsstrudel führt. Der wirkungsmächtige nationale Mythos, der in mancher Hinsicht (wieder) entfesselt ist, konnte den Kommunismus überwinden helfen und die Völker mit Selbsterhaltungswillen und Durchsetzungskraft ausstatten, aber er hat 2018 keine Antworten auf die neuen Krisen von heute oder von morgen. Die nationale Enge führte eben auch zu kleinteiligen, nachholbedürftigen Ökonomien, die sich in Abhängigkeit vom Westen befinden und seit kurzem auch von nichteuropäischen Konkurrenten umgarnt werden; sie führte auch zur Massenarbeitslosigkeit und Abwanderung der Jugend; sie führte auch zu weiterer sozialer und nationaler Spaltung, und zwar in stetiger Lauerstellung auf neu-alte Konflikte als externalisierender Ausweg für oftmals interne Problemstellungen.

Es ist in diesem Sinne die ewige Wiederkehr des Gleichen, die uns Europäer trennt: Alte wie frische Narben sorgen für Auseinandersetzungen und erschweren den europäisch-entschlossenen Neuanfang. Historische Verbrechen, Zerwürfnisse, Ungerechtigkeiten – Europa ist reich an ihnen. Nicht immer ist es für aufgewühlte patriotische Empfindungen rational einleuchtend, daß die europäischen Völker nie davon profitiert haben können, wenn sie ihre vermeintlichen und tatsächlichen Widersprüche auskämpften. Sieger, das waren nie die Völker. Sie waren immer die Verlierer – mit dem Ergebnis, daß wir heute beispielsweise die EU vorfinden, wie wir sie kennen.

Ein genuin rechtes Hindernis im Parcours zur europäischen Einheit ist dabei also die explizite Traditionsorientierung der eigenen politischen Denkweise. Die Rechte sollte daher ernst nehmen, was Karl Marx in seinem *Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte* schrieb, wonach die Menschen zwar ihre eigene Geschichte schreiben, aber »nicht aus freien Stücken unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorhandenen, gegebenen und überlieferten Umständen«. In Zeiten »revolutionärer Krise«, so fährt Marx fort, »beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit«. So werden den heute Lebenden die Traditionen aller toten Geschlechter oktroyiert. Doch Traditionen sind nicht per se zu goutieren, nur weil sie eben Traditionen sind – man wäre dann nicht konservativ, sondern reaktionär im schlechten Sinne. Denn es gibt Zeitpunkte, in denen man als Konservativer nicht nur bewahrend denken muß, sondern aufbrechend, d. h. revolutionär. Speziell in bezug auf eine ungesunde Vergangenheitsfixierung und innereuropäische Spaltungsmechanismen verhält es sich so. Denn daß es die Idee Europa schon *in status nascendi* unmöglich macht, wenn vergangene Konflikte reproduziert werden, um heute – etwa in kurzfristigen Wahlkämpfen verschiedenster rechter Parteien, die Stimmung gegen ein Nachbarland machen – auf Wählerstimmenjagd zu gehen, ist evident. Das Gegenargument, wonach das Volk solche einfachen Bilder benötige, weil Europa nur eine abstrakte Leerstelle sei, kann man verschieden entkräften: auch demoskopisch: Denn

»Man muß die Vereinigten Staaten von Europa schaffen, weil es die einzige Möglichkeit ist, Europa zugleich vor sich selbst und vor den anderen zu schützen.«

Pierre Drieu la Rochelle: *Le Jeune Européen suivi de Genève ou Moscou* (1927/28), Paris 1978, S. 226.

»Irgendwie gibt es ein kulturelles Gedächtnis von Europa und darin die Idee, dass wir alle zusammengehören. [...] Europa ja, EU nein. Das ist die Stimmung. Die Sehnsucht ruft nach einem anderen Europa.«

Ulrike Guérot: *Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie*, Bonn 2016, S. 24.

der diffuse Wille im Volk zur europäischen Zukunft ist durchaus zu konstatieren. Alle aussagekräftigen Umfragen, ob von Bertelsmann oder von weniger weltanschaulich festgelegten Instituten, belegen, daß tatsächlich mindestens 50, teilweise 60 bis 70 Prozent der Deutschen »für Europa« plädieren, und zwar für Europa als Gemeinschaft. Gewiß muß die Frage gestellt werden: Was meint Europa als Gemeinschaft? Was bedeutet es, sie zu befürworten? Jenseits des Nebulösen kann man konkret fragen: Was kann die politische Rechte diesen Menschen anbieten? Welche große Erzählung haben wir als substantielle Alternative für Europa? Daß es noch *keine* grundlegende Erzählung von rechts gibt, ist der schwierigen geschichtlichen Lage geschuldet, den Beständen, wie sie nun einmal sind, den jeweiligen (Leidens-)Erfahrungen der Menschen. Das Fehlen der europäischen Erzählung liegt infolgedessen nicht *nur* am latenten oder manifesten Chauvinismus, aber doch erheblich.

Mit dem schweren Gepäck von Nachbarschaftskriegen und Stereotypen beladen, das es erschwert, den Blick auf äußere Gegner und zeitgenössische Herausforderungen zu lenken, erreicht man als Fundamentalalternative zum Establishment und seinen Ausläufern weder die akademische Erasmus-Plus-Jugend noch die quantitativ viel stärkere Jugend von Athen bis Lissabon, von Warschau bis Madrid, die die EU mit Jugendarbeitslosigkeit und der uneingeschränkten Macht der sogenannten Markterfordernisse verbindet. Es ist dies eine europäische Jugend im Krisenmodus, die vielerlei Interessen und Hoffnungen hat, aber die es nicht verdient, daß die Rechte europäischer Länder von der Entweder-Oder-Frage ausgeht, als ob es nur die Wahl gäbe zwischen einer europäischen Superbürokratie und dem Rollback zum alten Nationalstaat. Keine der beiden angeblichen Optionen ist besser, beide sind schlimmer.

Eine neue Form der Einheit müßte in Bälde gefunden werden, in der die Nationalstaaten eine ähnliche Rolle spielten wie die Länder der Bundesrepublik. Ein Bayer bleibt auch in Deutschland Bayer, ein Schotte hört nicht auf, Schotte zu sein, weil es Großbritannien gibt. Es stellt sich die Frage, wieso es sich bei einem einigen Europa anders verhalten sollte, das sich über Zusammenschlüsse subsidiär von unten nach oben aufbaut, von einer Region über die Nation bis hinauf zu Europa. Man gibt Identität und Herkunft nicht preis, nur weil der staatliche Rahmen aufgrund der Anforderungen größer, sicherer und stärker aufgespannt wird.

Denn heute bieten die klassischen, auf sich bezogenen Nationalstaaten, diese Geschöpfe des 19. Jahrhunderts, weder Schutz vor den Failed states an den Grenzen Europas, noch Sicherheit vor den Verwerfungen des Weltmarktes, noch kann ein einzelner Nationalstaat in Europa die Digitalisierung beherrschen oder weitreichende infrastrukturelle, politische oder wirtschaftliche Gegenmodelle zu China oder den USA aufbauen. Anders postuliert: Der Nationalstaat allein schützt die Völker Europas nicht mehr, weil zunehmend neue Kapitel aufgeschlagen werden, die seine Handlungsoptionen überschreiten.

Gesucht werden muß nun jene – dezidiert europäische – Form der Einheit, in welcher die unterschiedlichen Stärken jeder einzelnen Region und Nation gebündelt und die Schwächen abgefedert werden. Wenn man sich aus nationalistischer Enge oder Selbstüberhöhung heraus für stark genug hält, alleine zu bestehen, erliegt man einer »Wahnvorstellung«, wie Drieu la Rochelle bereits in den 1930er Jahren voraussah – und zwar realisierte er das in einer Epoche, in der die rasanten Entwicklungen rund um Digitalisierung, Industrie 4.0 und Hyperglobalisierung noch gar nicht denkbar, geschweige denn so wirkungsvoll und folgenreich wie heute erscheinen konnten.

Die Antwort auf das Scheitern der EU kann daher nicht die Rückkehr zum Nationalstaatsdenken sein, jedenfalls nicht in Westeuropa, wo neue Wege beschritten werden müssen, deren exakte Routen entlang des Leitmotivs »Unser Europa ist nicht ihre EU« zu entwickeln sein werden. Denn unser Europa ist ein Europa, das mehr ist als nur Vertragswerk, mehr als offene Grenzen, offene Märkte, offene Gesellschaften; ein Europa, das Regionen, Nationen und Völker nicht gegeneinander ausspielt, sondern an ein gemeinsames Bewußtsein appelliert, weil wir im selben Boot sitzen und ein solidarisches und soziales, selbstbewußtes und souveränes Europa brauchen. Auch wenn man nun dem Historiker Rolf Peter Sieferle folgt, der davon ausging, daß für die kommenden Generationen

»Ich glaube aus konkreten Erfahrungsgründen, die nichts mit Romantik und vagen Ideen zu schaffen haben, an die Notwendigkeit einer europäischen Föderation. Sie ist das einzige Mittel, den ökonomischen Mißerfolg und die Zerstörung aller europäischen Länder abzuwenden.«

Pierre Drieu la Rochelle:
Socialisme fasciste, Paris
1934, S. 238.

der Sozialstaat nur als vereinigt Europa und das vereinigte Europa nur als Sozialstaat eine Zukunft hat, wird man doch der Kritik der Europaskeptiker beipflichten müssen, daß es derzeit nicht ausreichend bewußte Europäer gibt. Eine angemessene Zahl von ihnen ist aber Voraussetzung für alles weitere, und diese Europäer zu finden und zu formen, ist eine von vielen Aufgaben der sich als »Jungeuropäer« innerhalb der Rechten verstehenden Personenkreise.

»Daß es Deutsche gibt«, so schrieb Hendrik de Man vor 90 Jahren, »ist nicht die Folge des Bestehens eines Deutschen Reichs, sondern dessen Ursache. Ein unabhängiges Amerika, ein geeintes Italien, ein selbständiges Polen konnten erst bestehen, nachdem genug Amerikaner, Italiener und Polen da waren, die dies wollten. Ein neues Europa setzt daher neue Europäer voraus.« Neue Europäer, deren konkrete politische Utopie es sein muß, die EU sukzessive zu überwinden oder aber von innen heraus umzugestalten.

Die Idee »neuer Europäer«, deren Bewußtsein die nationale Leidenschaften mit einbezieht und als starken Motor der Geschichte begreift, ohne aber die gesamteuropäische Notwendigkeit zu negieren, ist idealistisch gedacht, und die Genese dieser »Elite« wäre äußerst langwierig und benötigte überdies – jenseits des Vernunfteuropäertums aus Sachzwängen – den Mythos des Gemeinsamen. Dieser Mythos könnte beispielsweise durch gemeinsame Kämpfe gegen ein »Außen« oder die Bewußtseinsentwicklung durch manifeste Krisenerlebnisse entstehen. Das derzeitige Fehlen eines solchen ist indes kein spezielles Argument gegen das vereinte Europa von rechts: Auch die Befürworter eines *Rollbacks* zum alten, mittlerweile erheblich durch die normative Kraft des Faktischen relativierten Nationalstaates des 19./20. Jahrhunderts können ja nicht erklären, wie sich diese Rückentwicklung gegen alle (sozialen, politischen, technologischen, wirtschaftlichen usw.) Realitäten vollziehen sollte, noch dazu ohne nationalbewußte Elite, die man in der Hinterhand wüßte als Gegenpol zur herrschenden Klasse. Die Rückkehr zu einem Status, der vergangen ist, ist ebenso utopisch wie das Anstreben eines Fernzieles, das *noch* nicht realisierbar erscheint. Pikanterweise könnten rechte Paneuropäer dabei auf den Faktor Emmanuel Macron hoffen: Womöglich werden der französische Präsident und vergleichbare Politiker auf ihrem (falschen) Weg zur europäischen Integration Hürden abräumen, die ihren Gegenspielern von rechts wiederum ihre eigene Vision leichter realisierbar machen ließe. Der neue Status quo gälte, folgt man diesem Gedankenexperiment, als Ausgangspunkt für ein neues Europa, das gewisse Klippen, die jetzt von Macron und Co. sukzessive abgetragen werden, gar nicht mehr vorfinden wird.

Vielleicht stagniert Macrons Europaplan aber auch und wir müssen mit dem Ist-Zustand zurecht kommen, der seine Krisen und Defizite über die Jahre hinweg verschleppen kann. Doch auch in diesem Falle würde die EU keine Ewigkeitsklausel kennen; ihr Bestand in zehn oder zwanzig Jahren wäre auch dann noch in Zweifel zu ziehen. Entweder erfolgt ein eventuell folgender Rückbau der EU aufgrund einer Schritt-für-Schritt-Reduktion durch Austritte, Beispiel Brexit, oder durch eine bewußte Abschaffung durch ihre Kernmitglieder. Eine bewußte Abschaffung indes würde in diesem Kontext bedeuten, daß eine politische Welt, deren Stabilität gebetsmühlenartig gepredigt wird, aus den Angeln gehoben würde. Derjenige aber, der eine bestehende Welt aus den Angeln heben will, bedarf, so Ernst Jünger in seinem Essay *An der Zeitmauer*, eines festen Fixpunktes, eines Denkstiles. Daß dieser Denkstil frei von Elementen einer überspannten nationalistischen Restauration sein wird, ist nur eine der drängenden Herausforderungen, die vor der Formulierung konkreter Ideen zum sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Aufbau Europas zu bewältigen sind. Das ist, so gilt es zu betonen, gänzlich unabhängig davon, wie weit man die europäische Vergemeinschaftung treiben möchte. Ob man daher an ein umfassendes oder eingeschränktes *Revival* des Nationalstaats glaubt oder das vereinigte »Jungeuropa« als Gegenmodell zum »Europa der Vaterländer«, der »Republik Europa« oder auch des EU-Europas erträumt: Identitätsbewußte Rechte sollten erkennen, daß die symbolischen Ressourcen nicht mehr länger ausschließlich aus nationalen Traditionen und Geschichtsbezügen, negativen zumal, geschöpft werden müssen, sondern daß es Zeit ist, sich dem »europäischen Morgen« (Drieu la Rochelle) zuzuwenden. Der Hindernisparcours ist kräftezehrend, aber zu bewältigen. ■

»Würde durch eine Vereinigung Europas der Sozialstaat gerettet, so könnte dies umgekehrt die Funktion haben, daß dem Projekt der europäischen Integration neue Legitimität in der Bevölkerung zuwüchse. Vielleicht hat der Sozialstaat nur als Vereintes Europas und ein Vereintes Europa nur als Sozialstaat eine Zukunft. Ein künftiger Sozialstaat Europa könnte zu einer starken Vision werden, in der sich die kontinentalen Traditionen eines ›Primats der Politik‹ mit elementaren Interessen der Mehrheit der Bevölkerung verbinden. [...] Einem Sozialstaat Europa könnte sicherlich eine bessere Prognose gestellt werden als den überkommenen Nationalstaaten.«

Rolf Peter Sieferle: *Epochenwechsel. Die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert* (1994), Berlin 2017, S. 278.

»Die Desintegrationstheorie lehrt uns, dass Systeme immer dann akut vom Einsturz bedroht sind, wenn alle, allen voran die Eliten, behaupten, dass etwas nie zusammenbrechen könne und es auch niemand will (man denke an die DDR und die Sowjetunion). Wenn das die Hypothese ist, dann steht die vermeintlich alternativlose EU, deren politische Einheit die Sophisten gerade allerorts beschwören, kurz vor dem Ende.«

Ulrike Guérot: *Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie*, Bonn 2016, S. 259.



Europäischer Bürgerkrieg, zweiter Dreißigjähriger Krieg

von Stefan Scheil

»Deutschland befindet sich praktisch seit 1914, also seit 26 Jahren, im Kriegszustand zur Verteidigung seiner Unabhängigkeit.« Das meldete am 11. Mai 1940 der deutsche Militärattaché Friedrich von Boetticher als prominente Meinungsäußerung aus Washington. Als allgemeine Washingtoner Auffassung habe ihm das der maßgebende Offizier für die politische Urteilsbildung des dortigen Kriegsministeriums mitgeteilt. Ja, es sei sogar allgemeine Washingtoner Auffassung. Im US-Generalstab verfolge man »mit warmem Verstehen gemeinsam mit mir die vorliegenden Nachrichten«. Gemeint waren hiermit die Meldungen über die am Vortag begonnene deutsche Westoffensive. Für die kommende Entscheidungsfindung der Roosevelt-Administration durfte also ein klein wenig Optimismus angebracht sein. Jedoch: Für solche Zuversicht gab es, im Nachhinein betrachtet, wenig Anlaß.

Wechselseitige Abneigung und ein deutsch-amerikanischer Gegensatz datierten schon aus der Zeit von vor 1914. Bis hinauf zum deutschen Kaiser verbreitete sich schließlich der Eindruck, der laufende Krieg sei ohnehin nur die erste Runde im Kampf gegen den anglo-amerikanischen »Welttrust«, wie Großadmiral Tirpitz den Feind nannte. Den bereits bestehenden gesamtdeutschen Einflußraum gegen diesen Trust und zugleich gegen den von Rußland ausgehenden Panslawismus zu behaupten, lag den deutschen Mitteleuropaplänen, die während des Krieges formuliert wurden, als letztlich passives Ziel zu Grunde, während es den langfristigen US-Planungen eigentümlich war, eben dies verhindern zu wollen, den eigenen Griff nach Europa aber als Verteidigungsschritt zu verstehen.

Als die gewaltsame Auseinandersetzung 1945 schließlich zu Ende war, nannte der britische Kriegspremier Winston Churchill die Periode zwischen 1914 und 1945 dann tatsächlich einen »zweiten Dreißigjährigen Krieg«. Er tat dies an prominenter Stelle, nämlich in der Einleitung seiner zwölbändigen Geschichte eben dieses Krieges, für die er unter anderem 1953 mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet wurde.

Das Motiv für diese Äußerung ist kein Geheimnis. Für Churchill stand fest, daß die deutsche Frage und die politischen Optionen des deutschen Volkes das zentrale Problem der Weltpolitik seien. Diese Auffassung war für ihn Zeit seines (an eben dieser Stelle auch als dreißigjährig hervorgehobenen) Politikerlebens selbstverständlich. Und für diese Ansichten gab es in der Tat objektive Gründe. Um das Jahr 1900 bestand immer noch die Möglichkeit einer Vereinigung aller Deutschen in einem Staat, wie er in Ansätzen bereits 1848/49 im Frankfurter Paulskirchenparlament skizziert worden war. »Großdeutschland« reichte dabei erheblich über den Deutschen Bund hinaus, schon damals Anlaß für Bedenken in London und St. Petersburg.

Sollten sich aber Kleindeutschland und Österreich-Ungarn unter den inzwischen eingetretenen Umständen des industriellen und bevölkerungsmäßigen Wachstums eng zu einem Block zusammenschließen oder sich

Winston Churchill: *Der Zweite Weltkrieg – Der Sturm zieht auf*, Bern 1948.

gar formal vereinigen, dann würde man Mitte des 20. Jahrhunderts eine neue Weltmacht mit zweihundert Millionen Einwohnern vor der britischen Haustür haben. Deren Grenzen würden ganz selbstverständlich und ohne jeden Eroberungsfeldzug von Flensburg bis kurz vor Bukarest und von Aachen bis ins heute ukrainische Lemberg reichen. Eventuell würde das Territorium dann zudem noch abgerundet werden. Diese Ausichten bildeten ein extremes Szenario, völlig unrealistisch waren sie jedoch nicht. »Germany in 1950« lautete die entsprechende Horrorvision, die um 1909 herum auch bildlich auf Flugblättern präsentiert wurde. Churchill nahm eines davon zu seinen persönlichen Papieren.

Dieses Szenario galt es aus britischer Sicht zu verhindern. Grundsätzliche Erwägungen geopolitischer Art zählten hierbei, was aber nicht nur im Westen der Fall war. Einer ähnlichen Meinung gab der russische Zar Alexander III. Ausdruck, als er den Abschluß des französisch-russischen Vertrags 1892 mit den Worten kommentierte, es sei »ein Abkommen zur Eroberung Deutschlands und seiner Aufteilung in Kleinstaaten«. In St. Petersburg reute es viele, gegen die kleindeutsche Einigung von 1871 nicht sofort Einspruch erhoben zu haben. Nun sah man sich statt dem traditionell zu einer Satellitenrolle verdamnten Preußen einem deutschen Staat gegenüber, der auf eine aus russischer Sicht schwer erträgliche Augenhöhe wert legte. Daher ruhten der russische Bund mit Frankreich und der vor 1914 jahrelang gemeinsam vorbereitete Angriff auf Deutschland auf einer scheinbar soliden Interessengrundlage. Man hielt den Krieg gegen Mitteleuropa gegenüber einer weiteren Entfaltung des dortigen deutschen Daseins für die bessere Option.

Andererseits gelang es der deutschen Politik nicht, in wichtigen fremden Staaten Verständnis für die eigene Situation zu entwickeln oder sie gar von der Nützlichkeit eines deutschen Mitteleuropa zu überzeugen. So reichte sich schließlich der Klub der Weltmächte die Hand. In diesem Sinn stufte Ludwig Dehio im Jahr 1948 die Dinge ein, wegen seiner jüdischen Herkunft vor 1945 verfolgt, dann bald zu einem der wichtigsten deutschen Nachkriegshistoriker aufgestiegen. Auf der Ebene staatlicher Macht und ihrer grundsätzlichen Entwicklungslinien ist das Ergebnis insofern recht eindeutig. Die damaligen »Großen Drei« wollten Deutschland als potentiellen Konkurrenten ausschalten. Sie brauchten letztlich dreißig Jahre dafür.

Doch enthalten »dreißigjährige Kriege«, die der Historiker mit dem Wissen des Nachgeborenen als abgeschlossene Periode skizziert, immer auch etliche andere Aspekte. Der erste dreißigjährige Krieg von 1618 bis 1648 stellte zwar ebenfalls einen Versuch dar, Deutschland auf neue Weise aufzuteilen. Überhaupt wurde jüngst von recht prominenter Seite durch den in Cambridge lehrenden Historiker Brendan Simms der Versuch unternommen, gleich die ganze Geschichte der Neuzeit als einen unentwegten Kampf um Deutschland darzustellen.

Aber die Jahre 1618 bis 1648 ließen sich ebenso als Religionskrieg verstehen, also als Streit auf einer Ebene, die im säkularisierten Europa inzwischen von den Ideologien eingenommen wurde. So ist denn für diese Aspekte des Zeitraums von 1914 bis 1945 der Begriff des »Weltbürgerkriegs« vorgeschlagen worden. Dafür gibt es ebenfalls nachvollziehbare Gründe. Die Frontlinien bewegten sich in dieser Zeit nicht nur entlang staatlicher Linien, sondern grenzten die politischen Überzeugungen verschiedener innerstaatlicher Lager in den beteiligten Mächten bürgerkriegsartig voneinander ab. Viele Staaten machten revolutionäre wie gegenrevolutionäre Prozesse durch.

Unter diesen Bedingungen verschwammen auch die – ehrlichen – Antworten darauf, welcher Staat denn nun politisch den Krieg tatsächlich gewollt habe. Der Brite A.J.P. Taylor, in den 30er Jahren Aktivist der politischen Linken, machte sich beispielsweise in den 1960er Jahren einen Namen, als er als erster prominenter Historiker den Nachweis führte, daß die deutsche Regierung den erneuten heißen Krieg 1939 nicht angestrebt hatte.

Ideologisch motivierte Erwartungen und Befürchtungen über das Aufkommen neuer oder den Untergang bestehender Welten gab es bei allen Kriegsparteien. Loyalitäten wurden in Frage gestellt, was sich in Deutschland in wiederholten Attentatsversuchen auf den Staatschef äußerte, aber auch einer beachtlichen Zahl an freiwilligen Kämpfern für die nationalsozialistische Sache. Der auf Stalingrad vorrückenden Wehrmacht kamen sowjetische Zivilisten in hoher fünfstelliger Zahl entgegen, nicht

»War es doch elementarer Grundsatz der Politik der Weltmächte, zusammenzustehen gegen jede Macht, die Miene machte, ihnen den Rang abzulaufen. Ihr enger Kreis besaß die geheime Tendenz zur Schrumpfung; eine Erweiterung durch den Zutritt aufsteigender Mächte wollte er nicht dulden, weder in Europa noch in Asien.«

Ludwig Dehio: *Gleichgewicht oder Hegemonie*, Krefeld 1948

Brendan Simms: *Kampf um Vorherrschaft. Kampf um Vorherrschaft. Eine deutsche Geschichte Europas 1453 bis heute*, München 2014.

viel weniger, als zeitgleich vor ihr nach Osten flüchteten. In Großbritannien wurden potentielle Oppositionelle jahrelang ohne Grund eingesperrt und mit John Amery zum erstenmal der Sohn eines amtierenden Ministers wegen Hochverrats verurteilt und hingerichtet. Er hatte sich auf die deutsche Seite geschlagen und die Westmächte von Deutschland aus öffentlich beschuldigt, den Krieg gewollt und zielgerichtet ausgedehnt zu haben.

Seit dem Jahr 1917 traten die liberal-kapitalistischen Systeme des Westens und der Kommunismus der nach der Oktoberrevolution von 1917 ausgerufenen Sowjetunion als Kriegsparteien auf. Die faschistisch-nationalsozialistischen Staaten Europas etablierten sich später, als Folge der Auseinandersetzung sowohl mit der eigenen Unzufriedenheit mit dem »Waffenstillstand« von 1919 als auch mit der kommunistischen Bedrohung. Vielfach ist der »Weltbürgerkrieg« oder »europäische Bürgerkrieg« als Auseinandersetzung dieser, grob zusammengefaßt, drei ideologischen Kriegsparteien bezeichnet worden.

Über diese Diskussion kann kaum ernsthaft gesprochen werden, ohne Ernst Nolte zu erwähnen. Eigentlich ein promovierter Philosoph mit erkenntnistheoretischen Interessen, wurde er 1964 mit einer Arbeit über den *Faschismus in seiner Epoche* als Historiker habilitiert und damit sofort zum meistbeachteten Autor in dieser Frage. Die genannte Epoche dehnte er zwar mit Blick auf französische Entwicklungen auf die Zeit vor 1914 aus, ließ den eigentlichen europäischen Bürgerkrieg aber erst 1917 beginnen und 1945 enden, mit der finalen Niederlage des Faschismus. Daher deckte der Bürgerkrieg für Nolte nicht die ganzen dreißig Jahre des staatlichen Krieges ab, und der »Westen« trat darin als Kriegspartei auch nicht in zentraler Position auf.

Für Nolte blieben nach Abwägung aller Dinge »Nationalsozialismus und Bolschewismus« die entscheidenden Kriegsparteien. Der nationalsozialistische Faschismus sei dabei, so Nolte, im wesentlichen als Anti-bolschewismus aufzufassen, der seinen Gegner fundamental bekämpfe, seine Methoden dabei mit aufnehme, aber den festen Rahmen des nationalen Denkens nie durchbreche. Das war nicht völlig neu, auch Ludwig Dehio hatte dem NS-Regime 1948 beiläufig eine mit der Zeit wachsende bolschewistische Beimischung attestiert. Noltens Betonung dieses Zusammenhangs wies dem Bolschewismus nun einen Rang als ebenso zeitliche wie logische Voraussetzung des Nationalsozialismus zu, machte ihn also in gewisser Weise zu dessen Ursache. Nolte verdichtete das später zu dem Begriff des »kausalen Nexus« zwischen beiden.

Eher geschichtsphilosophisch als empirisch orientiert, entfaltete Nolte diese Zusammenhänge trotzdem auf eine eigentümlich detaillierte Weise. Die nationalsozialistischen Methoden seien von dem Eindruck der stalinistischen Massenmorde in der UdSSR zutiefst beeinflusst gewesen. Der deutsche Angriff auf die UdSSR mußte aus seiner Sicht als der größte Vernichtungskrieg aller Zeiten bezeichnet werden, aber er richtete sich eben gegen das bis dahin mörderischste Regime aller Zeiten. Für Nolte prallten hier in erster Linie ideologische Gegenwelten aufeinander, das Konkurrenzspiel der Staaten vorher, nachher und während dieser Ära erachtete er dabei für eher zweitrangig. Der ideologische Zusammenhang sei das Entscheidende gewesen, wobei sich an dieser Stelle der bei Nolte etwas blinde Fleck des »Westens« negativ bemerkbar machte.

Ein marxistischer Denker wie der italienische Philosophieprofessor Domenico Losurdo wies in Auseinandersetzung mit Noltens Texten darauf hin, daß revolutionäre Zyklen nebst Krieg und Massenverbrechen weder eine nationalsozialistische noch eine sowjetische Spezialität seien, sondern sich ebenso im »Westen« finden ließen. Die unter den Kriegsbedingungen von der britischen Verwaltung herbeigeführte »Bengal Famine« von 1943 mit ihren etwa drei Millionen Todesopfern hatte Vorläufer aus eigener Tradition.

Nolte wies allerdings auch auf Konstanten des Freund-Feind-Denkens der gesamten Kriegsära jenseits der Ideologie hin, etwa den slawisch-germanischen Gegensatz. Josef Stalin bemühte ihn wiederholt, ebenso wie das zaristische Rußland vor ihm. 1934 sprach er auf dem »Parteitag der Sieger«, davon, die Slawen würden Berlin über den Haufen rennen, wie es einst die Germanen mit Rom getan hatten. Als zehn Jahre später dann die Einnahme von Berlin in Sicht kam, ließ er Staatsgäste vom Jugoslawen Milovan Djilas bis zum Franzosen Charles de Gaulle wissen,

»Ich beendete meine kurze Geschichte des Zweiten Weltkriegs mit den Worten: ›Der Zweite Weltkrieg war ein guter Krieg.‹ Ein jüngerer Kollege, den ich als Historiker sehr schätze, schrieb mir daraufhin, ein Krieg, in dem 30 Millionen Menschen starben, könne nicht ›guter Krieg‹ genannt werden. Wahrscheinlich haben wir beide Recht. Der Zweite Weltkrieg war ein entsetzlicher Krieg. Der Völkermord, den die Deutschen in Gang setzten, war widerwärtig, genauso wie die wahllose strategische Bombardierung Deutschlands durch die Briten, die nicht nur widerwärtig war, sondern auch noch restlos unnützlich. Und doch brachte der Krieg eine Inspiration mit sich, die sich unter den betroffenen Völkern verbreitete. Am Ende des Zweiten Weltkriegs glaubten wir, diese Inspiration wäre von Dauer und wir bekämen eine neue Welt. Unsere Erwartungen wurden enttäuscht.«

A.J.P. Taylor: *An old Man's Diary*, London 1984.

Domenico Losurdo: *Kampf um die Geschichte. Der historische Revisionismus und seine Mythen*, Köln 2007.



Diese Propagandakarte zeigt ein Deutsches Reich im Jahr 1950, das Österreich-Ungarn, Teile Russlands, der Niederlande, Belgiens, Dänemarks und des Balkans besetzt hält – mit einer Gesamtbevölkerung von 250 Millionen Menschen. »Germany in 1950: A Warning Printed in Glasgow«, März, 1909.

die slawische Einheit sei die Basis einer neuen Politik, gegen die niemand mehr einen Finger rühren könne.

Es gibt sicher keinen Weg, den machtpolitisch-nationalstaatlich-ethnischen Zugang zur Geschichte des zweiten dreißigjährigen Krieges mit der ideologiegeschichtlichen restlos in Einklang zu bringen. Verbindungen gibt es allerdings reichlich, sie ließen sich hier zahllos anführen. Man lebte vielfach in beiden Welten, zugleich dem ideologisch aufgeladenen Kampf in extremster Form und den jeweiligen nationalen Traditionen, Zwängen und vorhandenen staatlichen Möglichkeiten verpflichtet. Letzteres blieb für alle der entscheidende »undurchbrechbare Rahmen« ihrer Politik.

1945 endete diese Periode. Vielleicht ist das Bild vom amerikanisch-sowjetischen Handschlag bei Torgau an der Elbe dann doch das treffendste Symbol dafür. Für andere innereuropäische Konflikte als den bald darauf folgenden Kalten Krieg zwischen USA und UdSSR gab es danach fast keinen Spielraum mehr. Als Kampf um die nationale Unabhängigkeit auf Augenhöhe mit den Weltmächten hatte Deutschland den Krieg vollständig verloren. Zur Beantwortung der Frage, um was es in diesem dreißigjährigen Krieg gegangen sei, ist denn auch der Blick auf die Maßnahmen erhellend, die bei seinem Ende getroffen wurden. 1648 hatte der Krieg in allgemeiner Ermattung und einem langwierigen Verhandlungsprozeß geendet, an dem alle Parteien beteiligt waren. 1945 gab es keine Verhandlungen zwischen den Kriegsgegnern, der Krieg endete auch nicht in Ermattung, sondern in der Vernichtung einer Kriegspartei, die bis zuletzt alle Widerstandsmöglichkeiten ausschöpfte.

Um alle Optionen auf ein deutsch geprägtes Mitteleuropa auch für die Zukunft auszuschließen, billigten die Sieger die Austreibung deutschen Lebens jenseits von Oder und Neisse, Erzgebirge und bayerischem Wald. Jüngere Forschungen haben gezeigt, daß die Modalitäten dabei sehr wohl auch von westlicher Seite auf eine zahlenmäßige Reduzierung der Ausgesiedelten abzielten, also eine bewußte Massentötung darstellten. Um politischen Schwierigkeiten mit den Überlebenden aus dem Weg zu gehen, hatte das britische Außenministerium im Sommer 1944 ohnehin vorgeschlagen, die Ostdeutschen samt und sonders in Richtung Sibirien auszusiedeln, wo sie abseits der Weltpresse mit Zwangsarbeit zu beschäftigen wären. Die Sowjetunion lehnte ab.

Es folgten Dinge, die unter dem Stichwort »Umerziehung« auf eine weitere geistige Beeinflussung der Deutschen zielten, wozu insbesondere die Zuweisung einseitiger Verantwortung der Deutschen für jenen Krieg gehörte, der ihren Untergang gebracht hatte. Ergänzend kam die Vernichtung des hergebrachten und bis dahin für allgemein selbstverständlich erachteten Staatsnamens, wie es der US-Präsident im vorletzten Kriegsjahr angekündigt hatte. Dies geschah mit beachtlichem Erfolg, so daß »Deutschland im Jahr 1950« denkbar weit von den um 1900 skizzierten Aussichten entfernt stand und die Verwendung des Begriffs »Reich« auch im Jahr 2018 ein ungebrochen beachtliches Skandalisierungspotential mit sich bringt. Der Kampf um die Unabhängigkeit, wie es im Bericht aus Washington von 1940 hieß, ging verloren – und eine mögliche Zukunft Deutschlands mit ihm. Unter den vielen Themen des Zweiten Dreißigjährigen Krieges läßt sich das wohl alles in allem als das Entscheidende einstufen. Der Herbst 1918 leitete vor 100 Jahren nur einen Waffenstillstand ein. ■

R.M. Douglas: »Ordnungsgemäße Überführung«. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, München 2012.

»Nehmen sie bitte zur Kenntnis, daß ich nicht gewillt bin, zu diesem Zeitpunkt zu sagen, wir beabsichtigen nicht, die deutsche Nation zu zerstören. Solange es in Deutschland das Wort »Reich« gibt als Inbegriff der Nationalität, wird es immer mit dem gegenwärtigen Begriff des Nationalgefühls in Verbindung gebracht werden. Wenn wir das einsehen, müssen wir danach streben, eben dieses Wort »Reich« und alles, wofür es steht, auszumerzen.«

Roosevelt am 1. April 1944 zu seinen Stabschefs.



Georges Demartial, Stefan Scheil (Hrsg.)

Die dreiste Fälschung

Das französische Gelbbuch und
die Kriegsursachen von 1914

176 S., gebunden, 19 €

Nicht nur die Deutschen waren nach 1918 konsterniert über die einseitige Schuldzuweisung durch die Siegermächte. Die Verlogenheit der französischen und englischen Diplomatie im Vorfeld des Kriegsausbruchs 1914 war auch in diesen Ländern selbst Thema.

Dem französischen Historiker Georges Demartial ist es, wie Stefan Scheil in seinem Vorwort schreibt, »vor 90 Jahren gelungen, sich vollkommen in die französischen Absichten hineinzudenken.« Kein Wunder, daß seine Quellenuntersuchung zum »Gelbbuch« der französischen Regierung in Frankreich selbst nicht auf offene Ohren stieß. Scheil gibt diese atemberaubende Untersuchung nun auf deutsch heraus – versehen mit Anmerkungen und zwei begleitenden Texten.

Verlag  Antaios

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel: (034632) 90 43 96 · Fax: (034632) 90 43 97 · e-Post: vertrieb@antaios.de
www.antaios.de

Die Europäer und die anderen

von Andreas Vonderach

Unter europäischer Kultur versteht man im allgemeinen die abendländische Kultur. Sie entstand im frühen Mittelalter aus der Synthese von Elementen der antiken Mittelmeerkultur, des Christentums und der Kultur der nordalpinen (germanischen und keltischen) Völker. Im Mittelalter dehnte sie sich auf die nordgermanischen und westslawischen Völker aus und eroberte das nach dem Ende der Völkerwanderung zeitweise zu großen Teilen an den Islam verlorene Spanien zurück. Der Osten und Südosten Europas gehören nicht zur westlichen, sondern zur christlich-orthodoxen Kultur, die Rußland und die Balkanstaaten einschließlich Griechenland umfaßt. Beiden Kulturen sind die Wurzeln in der Antike, das Christentum und die Zugehörigkeit zur indogermanischen Sprachfamilie gemeinsam.

Was die abendländische Kultur von allen anderen Hochkulturen unterscheidet, ist der Prozeß der Säkularisation, in dessen Folge die kulturelle Moderne entstanden ist. Das religiöse Weltbild wurde von einer rationalen Weltansicht abgelöst, die die zunehmende Beherrschung der Natur ermöglichte. Beginnend mit der Renaissance in Italien, setzte sich der Rationalismus vor allem im 17. und 18. Jahrhundert zuerst in Nordwesteuropa durch. Verbunden damit war eine zunehmende Verrechtlichung und Pazifizierung der Gesellschaft. Sie wurde begünstigt durch die individualistische Tendenz des westlichen Christentums, durch die europäische Kleinfamilie, die die Reproduktion an die ökonomischen Ressourcen band und das individuelle Leistungsprinzip förderte, die geographisch bedingte Fragmentierung in viele Staaten und Nationen, was selbständige Entwicklungen und Konkurrenz förderte, und durch eine sich immer wieder ausbildende Tendenz zur politischen Selbständigkeit kleiner Gemeinden, aus der schon bei den Griechen wie auch im Mittelalter demokratische Ansätze erwachsen. Anders als in anderen Kulturen gerieten die rationalen und wissenschaftlichen Ansätze, die es zum Beispiel auch in der Antike oder in China gab, in einen sich selbst verstärkenden Prozeß positiver Rückkopplung, der bis heute anhält. Die Europäer zeichnen sich auch heute durch ihren ausgeprägten Individualismus aus. Alle nichtwestlichen Länder einschließlich Japan und andere asiatische Länder sind dagegen kollektivistisch. In individualistischen Gesellschaften wird zur Selbständigkeit erzogen, es gilt das Ideal der eigenen, unabhängigen Meinung. Die kulturellen Normen sollen nicht nur äußerlich anerkannt, sondern auch verinnerlicht werden (»Schuld-« versus »Scham-Kultur«). Weitere Besonderheiten sind die Wertschätzung der individuellen Freiheit, die sich seit der Zeit der Griechen und Germanen bis in die neuere europäische Geschichte zieht, die Tendenz zum Realismus statt Mystizismus, und die geachtete Stellung der Frau, die ein germanisches Erbe ist.

Anthropologisch gehören die Europäer zu den Europiden. Das heißt, sie gehören zu einer der drei Großrassen oder Rassenkreise des Menschen. Die Europiden sind vor allem durch eine charakteristische, reliefreiche

»Rassenfragen führen unweigerlich auf vermintes Gelände. Deutschsprachige Soziologen machten einen großen Bogen darum, weil sie das Problem allenfalls an den Rändern der Gesellschaft verorten, als Marotte einiger weniger Alt-nazis oder desintegrierter Jugendlicher.«

Jörg Albrecht in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 17. Mai 2015.

Physiognomie mit im Verhältnis zum Hirnschädel kleinem Gesicht, tief liegenden Augen, vorspringender schmaler Nase, kleinen Wangenknochen und tiefen Wangengruben charakterisiert. Haar, Augen- und Hautfarben sind tendenziell heller. Zu den Europiden gehören auch die Bewohner Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens. Diese Gliederung, die auf den sichtbaren morphologischen Merkmalen beruht, wird durch moderne, genomweite DNS-Untersuchungen bestätigt. Dabei weisen die Bevölkerungen Indiens und des Nahen Ostens (einschließlich Nordafrikas) einen größeren Abstand zu den übrigen Europäern auf.

Gemessen mit dem Fixations-Index von Sewall Wright (FST) sind die Populationsunterschiede recht gering, wenn man sie mit der Variabilität der Individuen innerhalb der Populationen vergleicht. Sie tragen nur zu etwa zehn bis 15 Prozent zur Gesamtvariabilität bei, während etwa 85 Prozent der Variabilität auf den Unterschieden innerhalb der Populationen beruhen. Dieser Wert von zehn bis 15 Prozent ist bemerkenswert gleichbleibend, egal ob man Blutgruppen, verschiedene Arten von DNS-Polymorphismen oder Schädelmaße betrachtet. Für einige politisch korrekte Genetiker und Anthropologen ist das der Grund, zu bestreiten, daß es überhaupt Rassen beim Menschen gibt. Tatsächlich entspricht der Grad der Rassendifferenzierung damit dem bei Säugetieren zwischen Subspezies (Rassen) üblichen Niveau, das zwischen fünf und 20 Prozent liegt. Es gibt also keinen Grund, beim Menschen nicht von Rassen zu sprechen. Bei statistischen Untersuchungen mittels Diskriminanzanalyse, egal ob mit morphologischen oder genetischen Merkmalen, kann man die Menschen zu nahezu 100 Prozent ihren jeweiligen Herkunftsgruppen (Rassen) und teilweise auch ihren Völkern oder ethnischen Gruppen richtig zuordnen. Diese Unterschiede sind nicht nur äußerlicher Art. Es gibt Unterschiede in der Anatomie des Skeletts und entsprechend von Gang und Bewegung, der Lage und Größe innerer Organe, des Verlaufs kleinerer Muskeln, Gefäße und Nerven, bei physiologischen Parametern wie Hormonen, Grundumsatz und Wärmeregulation, ja selbst in der Furchung der Großhirnrinde. Selbst die Chromosomen zeigen unter dem Mikroskop erkennbare Unterschiede in ihrer Bandenstruktur und Gestalt.

Auch psychologische Temperamentsunterschiede sind durch die Untersuchungen von Daniel G. Freedman (1927–2008) an Neugeborenen verschiedener Rassen nachgewiesen. Schon aus theoretischen Gründen sind solche sehr wahrscheinlich. Es ist bekannt, daß psychische Merkmale einschließlich des IQ in beträchtlichem Maß durch genetische Einflüsse bedingt sind. Wenn aber auch psychische Strukturen eine genetische Basis haben, unterliegen sie ebenso den populationsgenetischen Gesetzen wie andere Merkmale und sind der Wirkung von Selektion und Gendrift (zufälligen Schwankungen der Genfrequenzen) ausgesetzt. Die Neugeborenen chinesischer Herkunft erwiesen sich als passiver und weniger leicht erregbar als diejenigen europäischer Herkunft. Die europiden Säuglinge unterlagen in ihren Stimmungen größeren Schwankungen und reagierten stärker auf Störungen ihres Wohlbefindens oder auf akustische oder optische Reize. Negride Säuglinge waren ähnlich reizbar wie die europiden, zeigten aber vor allem stärker entwickelte motorische Fähigkeiten, viele von ihnen konnten schon bei der Geburt den Kopf hochhalten. Die Ergebnisse Freedmans wurden durch spätere Untersuchungen auf weitere ethnische Gruppen ausgeweitet. Säuglinge australischer Ureinwohner haben ein ganz eigenständiges Merkmalsprofil, zu dem ebenso große motorische Fähigkeiten gehören wie bei den Negriden, aber auch eine ähnliche Passivität wie bei den siniden Mongoliden. Japanische Neugeborene und die nordamerikanischen Navajo-Indianern zeigen ein ähnliches Verhalten wie die chinesischen Säuglinge, letztere (logisch wäre: ERSTERE) übertreffen diese sogar in ihrem stoischen Temperament.

Obwohl alle Rassen einer einzigen Art des *Homo sapiens* angehören, haben sie sich nicht alle in gleichem Maße vom archaischen *Homo sapiens* der Altsteinzeit entfernt. Menschheitsgeschichtlich alte, archemorphe Merkmale (früher nannte man sie primitive Merkmale) wie allgemeine Knochengrobheit, ein großer Gesichts- und im Verhältnis dazu kleiner Hirnschädel, eine niedrige, fliehende Stirn, betonte Überaugenwülste, massige Wangenknochen, Prognathie des Untergesichts oder große Zähne finden sich in unterschiedlicher Häufigkeit auch noch in heutigen Populationen. Archemorphe Merkmale haben sich vor allem in Randla-

»In Deutschland ist schon das Wort ›Rasse‹ durch den Holocaust an den Juden zum Unwort geworden. Fällt es ausnahmsweise doch einmal, wird es automatisch in Anführungszeichen gesetzt, damit klar ist, dass sich der Autor davon distanziert. Manche behelfen sich mit dem englischen Begriff *race* und schreiben ihn vorsichtshalber kursiv. Aber insgesamt hat sich die Sprachregelung der Unesco durchgesetzt, die 1950 gefordert hat, den Ausdruck Rasse ausnahmslos durch ›Ethnie‹ oder ›Ethnizität‹ zu ersetzen. Wer es noch neutraler haben will, spricht von ›Populationen‹ und ›Subpopulationen‹. Oder neuerdings von ›Humandiversität‹, um zu unterstreichen, dass genetische Vielfalt auf diesem Planeten nicht nur gewünscht ist, wenn es um Sumpffrüchte oder Ackerwildkräuter geht.«

Jörg Albrecht in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 17. Mai 2015.

gen und Rückzugsgebieten erhalten, wie zum Beispiel bei den Australiden, die die archemorphste rezente Gruppe darstellen.

Allen diesen Gruppen ist gemeinsam, daß sie auf sehr alten kulturellen Entwicklungsstufen verharrten, und schon vor Ausbreitung der Europäer von ihren kulturell und biologisch progressiveren Nachbarn in unwirtliche Weltregionen abgedrängt worden sind. Die Australier, die Feuerlandindianer, die Wedda auf Ceylon, die Negritos auf den Andamanen und die afrikanischen Buschmänner lebten als nicht sesshafte Jäger und Sammler noch bis vor kurzem in der Altsteinzeit.

Es ist offensichtlich, daß eine enge Korrelation zwischen der biologischen Dimension Archemorphie-Neomorphie und der kulturellen Entwicklungsstufe besteht, die die Völker der verschiedenen Weltregionen vor der Ausbreitung der Europäer erreicht haben. Die progressivsten Formen finden sich dort, wo die Menschen schon früh eine agrarische Lebensweise angenommen und auf dieser Grundlage autochthone Hochkulturen entwickelt haben. Auch zeitlich läßt sich anhand von Skelettfunden nachvollziehen, wie sich die Menschen in den Hochkulturregionen schon vor Jahrtausenden veränderten, während sie in jenen Weltregionen, wo sie bei ihrer alten Lebensweise blieben, weitgehend unverändert blieben.



Grabfund in Milow (Brandenburg), ca. 3300 bis 3000 v. Chr.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Diskussion über psychische Rassenunterschiede, insbesondere über die Unterschiede beim Intelligenzquotienten (IQ), in einem anderen Licht. Die Weltverteilung des IQ zeigt bekanntlich erhebliche Unterschiede. Der durchschnittliche IQ der autochthonen Bevölkerung beträgt in Ostasien 105, in Europa 100, in Südostasien 90, in Nordafrika, dem Mittleren Osten, Indien und Amerika 85, in Schwarzafrika 75 und ist am niedrigsten bei Australiern (62) und afrikanischen Buschmänner (56). Daran, daß hier kulturelle und soziale Faktoren eine Rolle spielen, kann kein Zweifel bestehen. Der britische Psychologe Richard Lynn sieht in den Anforderungen, die das Eiszeitklima stellte, die Ursache für die höhere Intelligenz der Siniden und der europäischen Europiden. Das Leben in den nördlichen Breitengraden unterlag einem größeren Selektionsdruck als in den tropischen oder subtropischen Regionen. Während in den warmen Regionen Afrikas und Südasiens die Menschen mehr Sammler als Jäger waren, standen sie in den nördlichen Regionen vor den kognitiven Problemen, die die Jagd auf große Säugetiere im offenen Grasland stellte. Ebenso waren hier die Erfordernisse und Schwierigkeiten bei der Herstellung von Behausung und Kleidung und der Entfaltung und Hütung des Feuers größere. Archäologen haben gezeigt, daß Jäger und Sammler in tropischen und subtropischen Regionen mit nur etwa zehn bis 20 Werkzeugen auskamen, während die in nördlichen Region zwischen 25 und 60 benötigten. Im Norden waren schon die Jäger und Sammler darauf angewiesen, Lebensmittel zu bevorraten, um den Winter zu überleben. Alle diese Anforderungen erzeugten einen verstärkten Selektionsdruck in Richtung auf kognitive Fähigkeiten.

In der Folge werden die erst einmal erreichten kulturellen Fortschritte selbst die Evolution kognitiver Fähigkeiten begünstigt haben. Sie ermöglichten, daß der ständige Selektionsdruck in Richtung Robustizität abnahm und sich gracilere Typen durchsetzten. Das häufige Vorkommen kleinerer körperlicher Defekte wie Kurzsichtigkeit, Farbsehstörungen und Deformationen der Nasenscheidewand, sowie der Verlust zahlreicher

»Glücklich ist derjenige, dessen Lebensumstände seinem Temperament angepaßt sind; höher noch aber steht derjenige, der sein Temperament allen Lebensumständen anzupassen vermag.«

David Hume.

Riechgene in der europäischen und ostasiatischen Bevölkerung bezeugen das Nachlassen des Selektionsdruckes, den der Zwang zum Überleben unter naturnahen Bedingungen ausgeübt hatte. Der Fortpflanzungserfolg belohnte zunehmend ein Sozialverhalten, das an eine komplexe Gesellschaft angepaßt war. Der Verlust motorischer Fähigkeiten bei Mongoliden und Europiden erscheint so als das Ergebnis des nachlassenden natürlichen Selektionsdrucks. Gleichzeitig liegt es nahe, die Friedfertigkeit und geringe Provozierbarkeit sowie den hohen IQ der ostasiatischen Mongoliden als Anpassungen an das Leben in einer zivilisierten Großgesellschaft zu interpretieren. Da in allen Kulturen bis auf die europäische seit dem 19. Jahrhundert der soziale Erfolg mit einem überdurchschnittlichen Fortpflanzungserfolg verbunden war, züchteten die Kulturen sich so selbst über viele Generationen auf die Eigenschaften hin, die in ihnen soziales Prestige und sozialen Aufstieg ermöglichten. In bäuerlichen Gesellschaften auf bäuerliche Tugenden wie Voraussicht und Geduld, in Händlergesellschaften auf kaufmännische und in Kriegergesellschaften auf kriegerische Tugenden hin.

Bislang wissen wir nicht, wie groß der genetische Beitrag zu den IQ-Unterschieden zwischen den Rassen ist. Es ist möglich, daß er nur eine geringe Rolle spielt. Erst die Aufklärung über die molekulargenetischen Grundlagen der Intelligenz wird uns Klarheit verschaffen.

Genetische Untersuchungen von Henry Harpending, Gregory Cochran, John Hawks, Eric T. Wang, Jonathan Pritchard und Joshua M. Akey haben im menschlichen Genom Hinweise darauf gefunden, daß sich die Evolution des Menschen durch Selektion in den letzten 40000 Jahren und besonders seit der letzten Eiszeit vor etwa 10000 Jahren erheblich verstärkt hat. Es gibt Hinweise darauf, daß die Veränderungen bei Europäern und Ostasiaten stärker waren als bei Afrikanern. Dabei betrifft nur ein Fünftel der neu evoluierten Gene alle Menschen, während bis zu vier Fünftel rassenspezifisch sind. Ein großer Anteil der durch Selektion veränderten Gene betrifft das Gehirn und das Nervensystem. So zum Beispiel das Mikrocephalin-Gen und das ASPM-Gen, die beide die Gehirnentwicklung steuern. Beide zeigen eine deutliche geographische Korrelation zur Gehirngröße und dem IQ.

Den IQ- und Temperamentsunterschieden entsprechen die Erfahrungen, die man mit den unterschiedlichen Rassen in multikulturellen Gesellschaften und Einwanderungsländern gemacht hat. Die intelligenten Ostasiaten, selbst wenn sie als ausgebeutete Arbeiter wie für den Eisenbahnbau in den USA ins Land kamen, stiegen überall, wie die Beispiele in Amerika, Europa, Indochina oder Indonesien zeigen, rasch in den Mittelstand und die wirtschaftliche Elite auf, während die Schwarzafrikaner überall auch noch nach Jahrhunderten in vergleichsweise niedriger Stellung verharrten und nur sehr wenigen von ihnen der soziale Aufstieg gelang. Als noch schwieriger erwies sich die Integration der australischen Aborigines in die moderne Gesellschaft, von denen die meisten am unteren Rand der Gesellschaft verblieben; 90 Prozent von ihnen leben von der Sozialhilfe.

Durch ihre Aggressivität, auch in sexueller Hinsicht, zeichnen sich in Einwanderungsgesellschaften immer wieder die Araber aus. Bei eher ruhigem Grundtemperament sind unter ihnen nach psychologischen Untersuchungen Choleriker zwei- bis dreimal so häufig wie bei Europäern. Daß die schlechte Integrierbarkeit der Araber nicht nur am Islam liegt, zeigt die Tatsache, daß schon antike Autoren wie Pompeius Trogus (1. Jh. v. Chr.), Claudius Ptolemäus (2. Jh. n. Chr.) und Ammianus Marcellinus (4. Jh. n. Chr.) aus Nordafrika und dem Nahen Osten von der Aggressivität der Bewohner, von dem starken Sexualtrieb der Männer und der Verschleierung und Wegsperrung der Frauen berichten, lange vor dem Islam. Mit 15,6 Prozent weisen die Araber den weltweit höchsten Wert des mit impulsiver Aggressivität verbundenen MAOA-2R-Allels auf.

Die hier aufgeführten Befunde verweisen darauf, daß für die Frage der Integrationsfähigkeit in moderne Gesellschaften neben den unbestreitbaren kulturellen Faktoren (deren Beharrungskraft man auch nicht unterschätzen sollte) auch genetische Einflüsse eine Rolle spielen können. So wie es aussieht, holen wir uns in Europa mit einer Dritten-Welt-Bevölkerung auch Dritte-Welt-Verhältnisse ins Haus. Es hilft nicht, das Thema zu tabuisieren, und es stellt sich die Frage, wie eine aufgeklärte Gesellschaft damit umgehen soll. ■

»In den Vereinigten Staaten gehört es in der Forensik und in der Medizin mittlerweile zum Alltag, zwischen Afroamerikanern, Hispaniern, Asiaten und Europäern zu unterscheiden. Kein Kriminaltechniker würde darauf verzichten, Tatortspuren auf ethnische Herkunft zu prüfen. Klinische Studien, die nicht nachweisen können, einen repräsentativen Teil der Bevölkerung zu erfassen, werden von den National Institutes of Health gar nicht erst gefördert. Und die Betroffenen fühlen sich in dieser Hinsicht auch nicht diskriminiert: Minderheiten fordern heute ganz selbstverständlich, dass eigens für sie Medikamente entwickelt werden.«

Jörg Albrecht in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 17. Mai 2015.

Literaturhinweise:

Richard Lynn: *Race Differences in Intelligence. An evolutionary analysis*, 2. Aufl., Arlington VA 2015;

Ilse Schwidetzky: »Rassen- evolution beim Menschen«, in: Gerhard Heberer (Hrsg.): *Die Evolution der Organismen*, Bd. III, Stuttgart 1974, S. 518–571;

Andreas Vonderach: *Völkerpsychologie. Was uns unterscheidet*, 2. Aufl., Schnellroda 2016;

Nicholas Wade: *A troublesome inheritance. Genes, race and human history*, New York 2014;

Michael A. Woodley: »Is Homo sapiens polytypic? Human taxonomic diversity and its implications«, in: *Medical Hypotheses* 74, 2010, S. 195–201;

Wenn Aeneas vor der Wahl steht

von Martin Lichtmesz

»Es ist gut, Hilfe zu leisten. Aber keine dauerhafte Ansiedlung. Ich denke, daß Europa den Europäern gehört.« Diese Worte zur »Flüchtlingsfrage« sprach zum Schock der linksliberalen Öffentlichkeit kein Geringerer als der Dalai Lama auf einer Pressekonferenz in Malmö, Schweden, am 12. September 2018. Bereits 2016 hatte er in einem Interview mit der *FAZ* geäußert, daß den Flüchtlingen einerseits geholfen werden solle; andererseits seien es aber »mittlerweile zu viele. Europa, zum Beispiel Deutschland, kann kein arabisches Land werden. Deutschland ist Deutschland. Auch moralisch gesehen finde ich, daß diese Flüchtlinge nur vorübergehend aufgenommen werden sollten. Das Ziel sollte sein, daß sie zurückkehren und beim Wiederaufbau ihrer eigenen Länder mithelfen.«

Nur wenige Tage vor der Pressekonferenz des Dalai Lama in Malmö hatte Bono, Frontmann von U2, Multimillionär und selbstherrlicher Globalist, während einer Show in Paris die Schwedendemokraten attackiert. In der Bühnenpersona des teuflischen »Macphisto« bejubelte er »ironisch« die Ergebnisse der schwedischen Reichstagswahl, die am selben Tag wie das Konzert stattfand. »Ich wußte gar nicht, wie sehr ich die Schweden mag. Groß, blond, blauäugig ... langweilig. Aber jetzt scheint es so, daß die Schweden beginnen, ihr arisches Potential zu entdecken.« Dann brüllte er den Namen des Chefs der Schwedendemokraten »Åkesson!« und streckte den Arm zum Hitlergruß aus. Die »AfD Schwedens« hatte mit einem Stimmenanteil von 17,53 Prozent den dritten Platz erlangt, während die Sozialdemokraten zwar weiterhin an der Spitze blieben, jedoch ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 110 Jahren einfuhren. Schweden ist das am gründlichsten politisch korrekte Land Skandinaviens und zugleich dasjenige, in dem die durch Masseneinwanderung hervorgerufenen Probleme am heftigsten eskalieren: steigende Kriminalitätsraten, Vergewaltigungsepidemien, Terroranschläge, Islamisierung und rasante Überfremdung, wobei Malmö, die drittgrößte Stadt Schwedens, besonders stark betroffen ist: Im Stadtteil Rosengård beträgt der Ausländeranteil bereits 85 Prozent. Der Wahlerfolg der Schwedendemokraten fiel zwar hinter die Erwartungen zurück, ist aber doch beachtlich, wenn man in Rechnung stellt, daß der sozial-mediale Druck im konformistischen Schweden auf Vertreter und Anhänger der Partei sehr hoch ist und es kein Wahlgeheimnis gibt. Zusätzlich können die Sozialdemokraten mit der »ethnischen Wahl«, einem hohen Stimmenanteil von Migranten und Doppelpaßbesitzern, rechnen.

Der Dalai Lama hat also indirekt für die Schwedendemokraten Partei ergriffen, die dasselbe Prinzip vertreten wie die anderen »rechtspopulistischen« Parteien Westeuropas: Liberalität, humanitäre Hilfe und sogar Einwanderung an sich werden nicht grundsätzlich abgelehnt, aber es muß eine Grenze gesetzt werden, sobald die Identität der Aufnahmeländer gefährdet ist. Schweden soll Schweden, Deutschland Deutschland, Italien Italien, Frankreich Frankreich und – in der übergeordneten Per-

»Diese neuen Maßnahmen auf dem Gebiet der Kultur, Religion und Erziehung, verbunden mit dem ungebremsten Zustrom chinesischer Einwanderer nach Tibet, haben den Effekt, Tibets kulturelle und religiöse Identität zu erdrücken und die Tibeter zu einer bedeutungslosen Minderheit in ihrem eigenen Land zu machen. Sie summieren sich zu einer Politik des kulturellen Genozids. In den meisten Städten und Großstädten sind die Tibeter bereits marginalisiert. Wenn dieser Bevölkerungsaustausch anhält, dann wird die tibetische Zivilisation in wenigen Jahrzehnten aufhören, zu existieren.«

dalailama.com vom
10. März 1997.

spektive – Europa Europa bleiben. Das bedeutet letzten Endes nichts anderes, als die europäischen Völker in ihrer biologischen Substanz zu erhalten. In seinem Buch *Reflections on the Revolution in Europe* (2009) stellte Christopher Caldwell die Frage, ob Europa es selbst bleiben könne, wenn »andere Menschen« es bevölkerten – er verneinte das gleich selbst emphatisch. Andere machen sich an dieser Stelle weniger Sorgen. Der norwegische Anthropologe Thomas Hylland Eriksen formulierte die typische Haltung so: »Es gibt Dinge, um die man sich mehr Sorgen machen muß als über die Zukunft der weißen Rasse. Etwa die Werte der europäischen Aufklärung wie Menschlichkeit, Brüderlichkeit, Toleranz und Optimismus.«(zitiert nach gatesofvienna.net, 12. Juni 2012).

Auch die bekanntesten Mahner vor dem »Selbstmord Europas« (Douglas Murray) oder der »feindlichen Übernahme« (Thilo Sarrazin) konzentrieren sich häufig auf das Problem der Islamisierung, wodurch die Debatte weg von gewissen Minenfeldern auf eine Ebene der »Werte« und der »Kultur« verlegt wird. Inzwischen haben jedoch auch die meisten liberalen Islamkritiker begriffen, daß das europäische Migrationsproblem nicht allein eine Frage der Islamisierung ist. Schon bereiten die europäischen Eliten und ihre medialen Gehilfen ihre Nationen auf die nächste große Einwanderungswelle vor, die aus Schwarzafrika erfolgen wird. Nicht nur »Eurabien« (Bat Ye’Or) ist am Entstehen, sondern auch »Eurafrika« oder ein Hybrid aus beidem. Im April 2018 verkündete Emmanuel Macron im französischen Fernsehen, daß Europa in ein Zeitalter »beispielloser« Massenmigration treten werde. Die Bevölkerungsexplosion Afrikas, kombiniert mit Armut, »Klimawandel« und »geopolitischen Konflikten« werde »über Jahre hinweg« eine Flutwelle von Afrikanern nach Europa spülen. Dabei berief er sich auf ein Buch des Afrikaforschers Stephen Smith, wonach die Zahl der in Europa lebenden Afrikaner innerhalb der nächsten dreißig Jahre von neun auf 150 bis 200 Millionen (!) anwachsen, also ein Viertel der europäischen Bevölkerung ausmachen werde.

Die europäischen Eliten und die UNO sehen hier nicht nur keinen Handlungsbedarf, Europa zu schützen, sondern bereiten stattdessen Wege vor, diese Invasion zu fördern, zu steuern und zu legalisieren. Als Matteo Salvini auf einem EU-Ministertreffen in Wien gegenüber dem luxemburgischen Migrationsminister Asselborn äußerte, »Wenn ihr in Luxemburg neue Migration braucht – in Italien helfe ich lieber den Italienern, daß sie wieder Kinder kriegen«, warf dieser vor Wut seine Kopfhörer auf den Tisch und fluchte unflätig.

Dieses demographische Problem, das die angestammten Völker zu Minderheiten in ihren Heimatländern machen wird, betrifft heute sämtliche westeuropäischen Nationen, und je weiter der Prozeß fortgeschritten ist, um so mehr treten überwunden geglaubte »rassische« Kategorien wieder in den Vordergrund, nicht zuletzt in der Sprache der »antirassistischen« Linken – hierzulande ist etwa »Weißdeutscher« der letzte Schrei, um die deutschen Staatsbürger ohne Migrationshintergrund oder auch bloß ohne nicht-europäischen Migrationshintergrund zu kennzeichnen. Der gemeinsame Nenner der Völker und Ethnien, die nach Europa strömen, ist nicht der Islam, sondern ihre außereuropäische, »nicht-weiße« Herkunft. Und wer den Blick über Europa hinaus erweitert, wird feststellen, daß sich auch seine kolonialen angelsächsischen Ableger wie USA, Kanada, Australien oder Neuseeland in sehr ähnlichen demographischen Krisen befinden. Nicht anders verhält es sich in Rußland, dessen weiße, slawische Kernbevölkerung ebenfalls schrumpft, was ein Vakuum erzeugt, das zunehmend von zentralasiatischer und kaukasischer Binnenwanderung gefüllt wird.

Global gesehen sind die europäischstämmigen Völker in einer schwindenden Minderheit. 1950 stellten Weiße über ein Viertel der Weltbevölkerung, heute sind sie auf etwa 15 Prozent geschrumpft, 2060 werden es schätzungsweise nur mehr zehn Prozent sein. Der Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung beträgt 2018 9,83 Prozent (worldometers.info), wobei die Millionen in Europa lebenden nicht-europäischen, nicht-weißen Migranten mitgezählt sind.

Wer also eine gesamteuropäische Politik ins Auge faßt, sollte damit rechnen, daß womöglich weite Teile des Kontinents in wenigen Jahrzehnten allenfalls nur noch geographisch als Europa bezeichnet werden können. Der liberale Islamkritiker Michael Ley geht in seinem Buch *Die letz-*

»Was ich völlig im Ernst gut finde ist, daß diese demographische Struktur Europas nicht mehr zu halten ist. Je eher die Europäer das einsehen, desto besser. Einige Städte sind schon recht farbig und nicht mehr »arisch« weiß, und dagegen kann man überhaupt nichts sagen. Ich würde gerne das weiße Europa aufgeben, aber ich würde ungern das demokratische Europa aufgeben.«

Henryk M. Broder, hagail.com vom 20. Juli 2006.

»Die beiden Optionen, Festung Europa vs. Eurafrika, könnten sich eines Tages als die Wahl zwischen Verleugnung und Wirklichkeit herausstellen. Europa kann sich nicht von den dramatischen, langfristigen Verschiebungen seines kontinentalen Nachbarn abkapseln. Ob es einem gefällt oder nicht, Eurafrika ist Europas demographisches und kulturelles Schicksal. Statt es zu ignorieren oder abzulehnen, ist es gewiß besser, daran zu arbeiten, es zu einem Erfolg zu machen.«

»Charlemagne«: »Why Europe should focus on its growing interdependence with Africa«, economist.com vom 20. September 2018.

»Angesichts der verschiedenen »kommunitarischen« Gemeinschaften, die sich heute in den Trümmern der Integration bilden und die sich bis 2050 dauerhaft und auch institutionell verankert haben werden, wird es sich hier – ich suche nach einem passenden Begriff – um eine Art Gemeinschaft der »Kontinuität des Französischen« handeln. Sie wird ihre Kraft aus den Familien schöpfen, ihren Geburtenraten, einer überlebensnotwendigen Endogamie, ihren Schulen, ihren solidarischen Netzwerken, sogar aus ihren geographischen Zonen, ihren territorialen Hoheitsgebieten und – warum nicht? – aus ihrem christlichen und mit etwas Glück auch katholischen Glauben, wenn dieser bis dahin erhalten bleibt.«

Jean Raspail: »Big Other«, in: *Der letzte Franzose*, Schnellroda 2014.

»Ich lebe in einem multikulturellen Viertel mit hohem Ausländeranteil und das ist das Deutschland in dem ich leben will. Deine Partei empfinde ich als Bedrohung des inneren Friedens und der Demokratie, da kann in eurem Programm stehen was will. Wenn du das willst, was die wollen, will ich nicht mehr dein Freund sein. Leb wohl.«

Twitter-Fundstück vom 19. September 2018, @Menschaffe.

»Eine Mio. Jahre dachten die Menschen ihre Gemeinschaften in völkischen Kategorien. Die moderne europäische Idee der Nation ist nicht älter als 500 Jahre und sie wird nur eine kurze Episode gewesen sein, deren Auflösung wir gerade erleben ... Die Zukunft wird wieder völkisch!«

Raskolnikow, Twitter vom 8. Mai 2018.

ten Europäer – Das neue Europa (Osnabrück 2017) davon aus, daß »die Idee des Kontinentalismus als geopolitische Alternative« aus demographischen Gründen kaum mehr zu verwirklichen sei. Europa werde sich »balkanisieren« oder »libanonisieren«, vor allem aber aufspalten in »islamisierte Länder und solche, die wenige oder so gut wie keine Muslime« aufweisen. Jene Länder, die von der – in einen neuen Totalitarismus mündenden – Islamisierung »verschont« bleiben, könnten die Basis für eine künftige »De-Islamisierung« bilden. Eine solche »neue europäische Föderation« sei aus demographischen und ideologischen Gründen nur noch im Osten möglich. Innerhalb einer solchen Föderation sei die »Rückkehr zum National- und Rechtsstaat die wichtigste Voraussetzung für ein Überleben der europäischen Zivilisation. Dabei handelt es sich nicht um einen neuen Nationalismus, sondern um ein Selbstbestimmungsrecht souveräner Nationen.« Ihren Kristallisationspunkt könnten die Visegrád-Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn bilden, eine Gruppe, die um Österreich – »aus historischen, politischen, ökonomischen und geopolitischen Gründen ein prädestinierter Partner« –, Slowenien und die baltischen Staaten erweitert werden könnte. Vorstellbar »sei auch ein Anschluß der deutschen Freistaaten Bayern und Sachsen«. Man könnte ergänzen: vor allem jener Teile Deutschlands, die nach Aussage von Anetta Kahane »zu weiß« geblieben sind, und nicht zufällig dem Ostblock angehörten. »Diese erwähnten Staaten«, so Ley, »könnten den Kernbestand einer neuen europäischen Zivilisation ausmachen, die sich wieder auf die Grundlagen ihrer Kulturen besinnt.« Von dieser alternativen Union der »letzten Europäer«, könnte vielleicht eines Tages eine gesamteuropäische Reconquista, ein »neues Europa« ausgehen.

Eine verwandte, aber um einiges radikalere Sicht der Dinge bietet der südafrikanische Autor Arthur Kemp in seiner Aufsatzsammlung *Nova Europa* (2013) an, die beinahe den gleichen Titel wie Leys Buch trägt. Kems »historische Parallele« ist die Entwicklung Südafrikas, die zeige, wie entscheidend sich die Demographie auf das Schicksal der Völker und Nationen auswirke. Die zahlenmäßig stärkste Gruppe wird demnach immer das Wesen einer Gesellschaft in einem Territorium bestimmen, egal, wem es ursprünglich gehört hat. An der Politik der Apartheid kritisiert Kemp, daß sie weder demographisch noch moralisch haltbar war: die Herrschaft einer Minderheit über eine gewaltsam segregierte, rasant wachsende, überwältigende Mehrheit, auf deren Arbeitskraft sie auch noch angewiesen ist, ist auf die Dauer unmöglich. Mit der Umwandlung Südafrikas in eine »Regenbogennation« hat sein Abstieg vom Erst- zum Drittweltland begonnen. Dreißig Jahre später sind weiße Farmer einer feindseligen schwarzen Regierung ausgeliefert, die nach ihrer ersatzlosen Enteignung strebt, sowie einer genozidalen Gewalt, die sich in bestialischen Mordserien niederschlägt, die bis dato tausende Opfer gefordert haben. Die bessere Lösung wäre ein Rückzug der Weißen in autonome, ethnisch homogene Gebiete gewesen, was allerdings den Preis gehabt hätte, fortan auf schwarze Arbeitskraft zu verzichten. Beispielhaft sieht Kemp diesen Ansatz in der Siedlung Orania in der Provinz Nordkap verwirklicht, die etwa 1500 Einwohner umfaßt und sich als Keimzelle eines erneuerten Burenstaats versteht.

Laut Kemp ist auch Europa auf dem Weg, sich in eine Art kontinentales Südafrika zu verwandeln, mit ähnlichen Folgen. Während Ley vor allem in den Kategorien muslimisch/nicht-muslimisch denkt, sieht Kemp eine grundsätzlichere Spaltung in weiß/nicht-weiß voraus. Ley denkt eher »staatlich« (ohne den Faktor Demographie auszublenden), Kemp eher »völkisch«. Im Gegensatz zu Ley stehen in Kems Vision die »souveränen Nationen« insgesamt vor dem Zusammenbruch. Übrig bleiben werden womöglich nicht einmal die historischen europäischen Völker, sondern nur der »Rohstoff«, der sich zu neuen Ethnogenesen mischen und formen könnte. Kemp betrachtet ganz unverblümt die »weiße Rasse« als unhintergehbare Basis der europäischen Zivilisation. Den Begriff »Weiße« gebraucht Kemp synonym mit »Europäer«, mit nicht minderer Berechtigung als die universal akzeptierte Gleichsetzung von »Schwarzen« und »Afrikanern« (auch in Kombinationen wie »Afro-Amerikaner« oder »Afro-Deutsche«). »Sprache und nationale Identität sollten also nicht als größeres Problem betrachtet werden. Alle Ethnien und Kulturen sind rasischen Ursprungs, und solange nur die Rasse intakt bleibt, läßt sich fast alles Weitere zu einem späteren Zeitpunkt erneuern.«

Dabei lehnt Kemp – analog zu Leys Ablehnung des Nationalismus – jeglichen »rassischen Überlegenheitsanspruch« ab, betont stattdessen das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« und das Recht der Weißen auf ein »europäisches Heimatland«. Er sieht einen Exodus jener Weißen vor, die nicht in dem post-nationalstaatlichen Vielvölker-Imperium der Globalisten leben wollen; diese müßten allerdings geeignete Siedlungsgebiete finden, etwa in Rußland, Weißrußland, Moldawien, in der Ukraine oder in den baltischen Staaten, die allesamt relativ dünn besiedelt sind und ebenfalls demographische Probleme haben. Voraussetzung sei allerdings die Kooperation der Staaten, in denen diese potentiellen Siedlungsgebiete liegen. Während Kemp Israel und den frühen Zionismus als Vorbild und Modell nennt, betont er, daß nicht derselbe Fehler begangen werden dürfe, ein angestammtes Volk gewaltsam zu verdrängen.

Diese langfristige vorzubereitende »Exit«-Strategie sieht Kemp als einzige Überlebenschance der weißen Rasse: Die fatale Kombination aus demographischem Schwund und Masseneinwanderung aus der dritten Welt hat eine Entwicklung in Gang gesetzt, die mit demokratischen Mitteln nicht mehr aufzuhalten ist – etwa mit der Wahl »rechtspopulistischer« Parteien, die kaum die notwendigen absoluten Mehrheiten erreichen können. Auch »gewaltsame Erhebungen« wären »von vornherein zum Scheitern verurteilt.« Und schließlich gäbe es »aus verschiedenen ideologischen und dysgenischen Gründen eine große Anzahl Weißer, die entweder unmöglich zu »retten« sind oder nicht einmal gerettet werden wollen; diese Gruppe bildet die Mehrheit der heutigen Europäer«. Dies deckt sich in der Tat mit der Erfahrung, die man auch im »gespaltenen« Deutschland machen kann.

Der grenzenlose, thymosbefreite Konsumschmelztiegel am Ende der Geschichte scheint für viele eine attraktive Option zu sein; ob er sich verwirklichen läßt, steht auf einem anderen Blatt. Diejenigen, die heute in Deutschland »Wir sind das Volk« rufen und »Wir wollen nicht Bevölkerung, sondern wieder selbstbestimmtes Volk sein« meinen, sind heute in der Minderheit und werden vom deutschen Staat als Feinde bekämpft. Die sich selbst als die siegreichen »87 Prozent« feiern oder mit dem Hashtag #wirsindmehr brüsten, beteuern, daß sie in einem »bunten« Deutschland leben wollen, und meinen es vielleicht sogar subjektiv ehrlich. Der »Nationalmasochismus« ist gleichsam ihre zweite Natur geworden und häufig in eine seltsam nihilistische Gleichgültigkeit übergegangen. Daher könne, so Kemp, nur eine Minderheit »gerettet« werden, »im Sinne eines Wachrüttelns der realen Folgen des modernen Liberalismus westlicher Prägung.« Dieser hat sich in der Tat wie ein HIV-Virus ausgewirkt, während die östlichen Länder den Kommunismus wie einen Schnupfen überstanden haben, der ihr Immunsystem zumindest teilweise gestärkt hat. Das bedeutet, daß die Mehrheit der Europäer den kommenden »genetischen Flaschenhals« nicht passieren, die demographische Krise nicht überleben wird. Kemp akzeptiert dieses Schicksal als unvermeidlich, und sieht den Rückzug als einzige Option: »Nur durch die Bewahrung unseres Volkes, wenn auch nur einer Kerngruppe, können wir unsere Kultur und Zivilisation bewahren.« Diejenigen, die gewillt sind, die europäische Identität und Kultur zu wahren, müßten also in einem »weißen Ethnostaat« gesammelt werden, den Kemp's deutscher Adept Johannes Scharf eine »Alternative zu Deutschland« nennt: »Geographische Konsolidierung als Strategie gegen das Verschwinden.« Selbst wenn man diese Siedlungsutopien ablehnt oder für unrealisierbar hält, wird man nicht um die Frage nach künftigen Sezessionen, Abspaltungen und Grenzziehungen herumkommen. Wenn das »Finis Germaniae« unvermeidlich ist, steht Aeneas vor der Wahl, das brennende Troja mitsamt seiner Familie zu verlassen oder mit ihm unterzugehen. ■

»Ich habe auf diesen Seiten gelegentlich darauf insistiert, daß eine Entmischung der Gesellschaft – keine ethnische, sondern eine ideologisch-lebensartliche – uns die Lösung vieler Probleme beschermen könnte.«

Michael Klonovsky, *Acta Diurna* vom 15. September 2018.



»Aeneas flieht aus Troja« (Federico Barocci 1598).

»Und hier finde ich neuer Begleiter riesige Anzahl / hergeströmt und bin voll Staunen, Mütter und Männer, / Jugend, hier zur Verbannung vereint, armselige Menge. / Allseits strömten sie her, mit Mut und Mitteln gerüstet, / mir übers Meer zu folgen in was auch immer für Lande.«

Vergil, *Aeneis*, 2. Buch, dt. von Johannes Götte.

Migrationskrise, Pan-Europa, Rousseau

von Matthias Bennau

Als der unglückliche Kanzlerkandidat Martin Schulz auf dem SPD-Parteitag Anfang Dezember 2017 erklärte, er wolle die »Vereinigten Staaten von Europa« bis zum Jahr 2025 realisieren, regte sich Widerstand. Es war weniger die Idee selbst, sondern die überstürzte Eile, mit der Schulz das neue politische Konstrukt aus der Taufe heben wollte, was die Kritiker der etablierten Parteien auf den Plan rief. Tatsächlich sind alle Altparteien auf die EU und auf die Vereinigten Staaten von Europa als deren langfristiges Ziel eingenordet.

Wer verstehen will, was es mit den Vereinigten Staaten von Europa auf sich haben könnte, braucht ein theoretisches Konzept. Mit dessen Hilfe wird es möglich, (Teil-)Ziele und politische sowie soziale Prozesse auf dem Weg zu ihrer Umsetzung zu analysieren und Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Es ist sinnvoll, den Protagonisten eines vereinigten Europas rationales Handeln zuzugestehen. Mit Max Weber gehen wir davon aus, daß Menschen aufgrund eines Sinns handeln, den sie mit dem Ziel ihres Handelns oder dem Akt des Handelns selbst verbinden. Rational ist ein Handeln oder Denken dann, wenn es in der Wahl des Ziels oder der zu dessen Erreichung eingesetzten Mittel »vernünftig« im Rahmen dieses Sinns ist. Es ist also nicht eine *absolute* Rationalität gemeint, wie sie in der Aufklärung beschworen wurde, sondern eine *relative* Rationalität, die abhängig von dem Sinn ist, mit dem sie verbunden ist.

Paneuropa

Die Europäische Union verfügt über eine Rationalität, die ihr Sinn, Ziel und legitimatorische Existenzberechtigung gibt. Sie gibt dem objektiven Prozeß, der auch als »europäische Integration« bezeichnet wird, seine Stoßrichtung, und von ihm wird nicht eher abgesehen, als bis das Ziel erreicht oder das gesamte Vorhaben in einer Weise gescheitert ist, daß es nicht wieder aufgenommen werden kann. Der Name dieser Rationalität ist »Paneuropa«.

Die Paneuropa-Rationalität wurde in den frühen 1920er-Jahren von dem österreichischen Philosophen und späteren Politiker Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (1894–1972) in mehreren Schriften ausformuliert. Sie entstanden in einer äußerst bewegten Zeit, in der die verschiedensten Gesellschaftsentwürfe (republikanische Demokratie, Monarchie, Sozialismus und der frühe Nationalsozialismus) gegeneinander antraten und um ihre Realisierung rangen. Die Situation war in den meisten europäischen Staaten ähnlich: Die alten Herrschaftsstrukturen waren zerbrochen und die Gesellschaften waren gezwungen, neue Wege zu beschreiten.

In diesem Klima der allgemeinen Unsicherheit formulierte Coudenhove-Kalergi »Paneuropa« als Programm. Hierzu zählt zunächst das Buch *Pan-Europa*, das erstmals 1923 erschien und die (geo-)politische Kon-

»Die Ethik fordert vom kommenden Umsturz Europas [d. i. Paneuropa], daß er das menschliche Leben schon und heiligt – die Technik fordert vom kommenden Umsturz Europas, daß er das menschliche Schaffen schon und heiligt. Wer einen Menschen mutwillig tötet – frevelt am heiligen Geiste der Gemeinschaft; wer eine Maschine mutwillig zerstört – frevelt am heiligen Geiste der Arbeit. Dieses doppelten Frevels hat sich im höchsten Grade schuldig gemacht der Kapitalismus im Weltkrieg, der Kommunismus in der russischen Revolution. Beide kannten weder Ehrfurcht vor menschlichem Leben noch vor menschlichem Schaffen.«

Coudenhove-Kalergi: »Apologie der Technik«, in: ders.: *Praktischer Idealismus*, S. 144.

zeption in Form der »Vereinigten Staaten von Europa« darstellt. In dem Aufsatz »Adel« (1920) entwickelt er die Anthropologie dieser zukünftigen Welt. Der Aufsatz »Apologie der Technik« (1922) entwickelt eine Geschichtsphilosophie, deren zentrale Begriffe »Technik« und »Ethik« sind. Sie stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander und bilden die Triebkräfte der Geschichte. Und in *Pazifismus* (1924) erarbeitet Coudenhove-Kalergi den Frieden als eine politisch-philosophische Zielstellung, die es mit Hilfe »Paneuropas« oder der »Vereinigten Staaten von Europa« zu realisieren gilt.

Diese vier Schriften bilden die wesentlichen strukturellen Elemente der Paneuropa-Rationalität: (geo-)politische Konzeption, Anthropologie, Geschichtsphilosophie und der daraus abgeleiteten Zielstellung.

»Die Vereinigten Staaten von Europa«

Coudenhove-Kalergi beginnt gleich im Vorwort von *Pan-Europa* mit einer düsteren Diagnose: »Während die übrige Welt täglich vorwärtsschreitet, geht es mit Europa täglich bergab.« Für ihn sind es die politische Uneinigkeit und Nicht-Verfaßtheit des europäischen Kontinents (er bezeichnet sie als »internationale Anarchie«), die das eigentliche Problem darstellen. Aufgrund dieser Anarchie sei Europa auf dem Wege in die Bedeutungslosigkeit. Es habe im Laufe der letzten Jahrzehnte seine wirtschaftliche und politische Bedeutung verloren.

Die Lösung der »europäischen Frage« könne nur Paneuropa sein, der »politische und wirtschaftliche Zusammenschluß aller Staaten von Polen bis Portugal zu einem Staatenbund« (*Pan-Europa*, S. 27).

Coudenhove-Kalergi verspricht viel für Paneuropa. Für Europa, also nach innen hin, sei es ein Garant für den Frieden. In Hinblick auf Rußland wäre es ein militärischer Schutz vor der »russischen Invasion«, zugleich ein wichtiger Absatzmarkt für die europäische Wirtschaft. In Hinblick auf die USA und eine zukünftige Panamerikanische Union wäre es ein weltwirtschaftliches Gegengewicht und eine durch Solidarität verbundene Schwesterunion durch britische Vermittlung. Das Streben nach Paneuropa erscheint also mit dem Streben nach Frieden und Wohlstand identisch, wodurch es seine Legitimation erhält. Eine Gegnerschaft zur paneuropäischen Vision erscheint dadurch als ein Verbrechen, die rücksichtslose Bekämpfung seiner Gegner als ein Gebot.

Die Anthropologie, die Coudenhove-Kalergi in »Adel« entwickelt, beginnt mit einer allgemeinen Analyse von Menschentypen, die sich in den europäischen Gesellschaften finden lassen. Hierbei organisiert er diese Typen anhand von Gegensatzpaaren: Landmensch/Stadtmensch, konservativ/fortschrittlich, Junker/Literat, Blutadel/Geistadel usw. In einem weiteren Schritt versucht er eine biologische Erklärung für diese Wesensunterschiede zu finden: »Meist ist der Rustikalmensch Inzuchtprodukt, der Urbanmensch Mischling« (»Adel«, S. 20). Mit seinem starren biologisierten Binarismus kommt er schließlich zu dem Ergebnis:

»Inzucht stärkt den Charakter, schwächt den Geist – Kreuzung schwächt den Charakter, stärkt den Geist. Wo Inzucht und Kreuzung unter glücklichen Auspizien zusammentreffen, zeugen sie den höchsten Menschentypus, der stärksten Charakter mit schärfstem Geist verbindet. Wo unter unglücklichen Auspizien Inzucht und Mischung sich begegnen, schaffen sie Degenerationstypen mit schwachem Charakter, stumpfem Geist« (»Adel«, S. 22).

Auch die entschiedensten Gegner der Idee menschlicher Rassen sollten Coudenhove-Kalergis Gedankengang an dieser Stelle nicht als Spinerei oder ausschließliches Produkt seiner Zeit verwerfen. Vielmehr dient das Rassenkonzept lediglich dazu, über die Verschiedenartigkeit von Menschen nachzudenken und sie zu erklären. Daß es eine solche Verschiedenartigkeit gibt, ist eine der Arbeitsprämissen in Coudenhove-Kalergis Konzeption und muß allein zum Zweck der Analyse akzeptiert werden.

Ohne es weiter herzuleiten oder zu begründen, prophezeit Coudenhove-Kalergi für die zukünftigen Menschen folgendes: »Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die *eurasisch-negroide Zukunftsrasse*, äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen« (»Adel«, S. 22f., Hervorhebung im Original).

»Diese russische Orientierung Deutschlands bildet eine der größten Gefahren für die Zukunft Europas. Denn ein Anschluß Deutschlands an die russische Staatengruppe [d. i. die Sowjetunion] würde den Rhein zum Grenzfluß Europas machen: der Rest der europäischen Weltmacht wäre ein Torso, angewiesen auf das angelsächsische Protektorat; die paneuropäische Idee wäre für immer begraben.«

Coudenhove-Kalergi:
Pan-Europa, S. 61.



Diese Passage, die manchmal auch als »Kalergi-Plan« mißverstanden wird, ist in zweifacher Weise interessant. Zunächst einmal ist das gesamte Kapitel »Inzucht – Kreuzung« des Aufsatzes darauf ausgelegt, auf die »eurasisch-negroide Zukunftsrasse« hinauszulaufen. Dennoch, und dies ist der zweite Punkt, fehlt eine kausale Herleitung und stichhaltige Begründung, warum der zukünftige Mensch Paneuropas und der Welt ein Mischling sein soll. Der Blick in die Geschichte durch die rassen-theoretische Brille gibt keinen Anlaß, von einer Durchmischung globalen Ausmaßes auszugehen. Warum unternimmt Coudenhove-Kalergi also den ungelungenen und fast schon stümperhaften Versuch, eine eurasisch-negroide Mischlingsrasse der Zukunft zu begründen? Oder anders gefragt: Welche innere Notwendigkeit und Logik seines Entwurfs für Paneuropa zwingt ihn zu diesem Schritt?

Aufschluß hierüber können die Klassiker der Staatstheorie geben.

Die Idee des Gesellschaftsvertrags

Die Idee eines hypothetischen Gesellschaftsvertrags tauchte gegen Ende des Mittelalters auf, als sich die mittelalterliche Sozialordnung aufzulösen begann und das Individuum als eine neu zu denkende Gestalt die Bühne der Geschichte betrat. Die Beziehungen zwischen Herrscher, Gesellschaft und Individuen mußten neu ausgelotet werden. Es entstanden zahlreiche staatstheoretische Schriften, die sich dieser Aufgabe annahmen. Schon die ersten spätmittelalterlichen Überlegungen zum Gesellschaftsvertrag gehen davon aus, daß dem Herrscher die Macht nur per (hypothetischem) Vertrag durch das Volk übertragen worden sei. Die Frage, wie das Volk als eine Gesamtheit agieren sollte und wie aus der Unmenge an einzelnen Individuen ein zusammengehöriges Volk werden konnte, wurde erst von den Staatstheoretikern der Frühen Neuzeit aufgegriffen. Es ist der französischstämmige Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) aus Genf, der mit seinem 1762 erstmals erschienen Werk *Du Contrat social (Vom Gesellschaftsvertrag)* die Idee des Gesellschaftsvertrags zu einem Ende führte. Er entwickelt in diesem Werk die Idee des Gesellschaftsvertrags weiter zu einer Theorie legitimer bürgerlicher Herrschaft auf freiheitlicher und demokratischer Grundlage. Das Werk wurde aufgrund seiner Aufgabenstellung auch zu einem Schlüsselwerk der Französischen Revolution, da es in gewisser Weise deren theoretische Fundierung lieferte.

Der Gesellschaftsvertrag steht in Rousseaus Argumentation am Anfang, der wir hier aber nicht vollständig zu folgen brauchen. Denn wichtig ist für unsere Argumentation lediglich der integrative Charakter des Gesellschaftsvertrages: Er schweißt aus einer Masse an freien Individuen, die sich vormals im ungeordneten Naturzustand befanden, eine Gesamtkörperschaft zusammen, in der die Individuen weiterhin frei sind.

Sobald ein Volk einem anderen Staat oder einer anderen politischen Körperschaft die Gefolgschaft verspricht, sich unterwirft, verliert es seine eigene Souveränität und hört damit in gewisser Weise auf, als Volk zu existieren, da es keinen Gemeinwillen mehr besitzt, der es zu einer Einheit zusammenschließt. Der Gemeinwille ist in seiner rudimentärsten Form das Interesse am (Fort-)Bestehen dieser Einheit aus Volk und Staat. Solange es den Gemeinwillen gibt, ist eine Fremdherrschaft nur gegen dessen Widerstand möglich.

Hier wird deutlich, welche konzeptionelle Bedeutung der eurasisch-negroiden Zukunftsrasse bei Coudenhove-Kalergi zukommt. Sie ist die Voraussetzung dafür, daß Paneuropa als politisches Konstrukt stabil sein kann, denn es ist davon abhängig, daß seine Bewohner keine unterschiedlichen Geschichten und Identitäten haben, aufgrund derer sie eigene *Interessen* entwickeln könnten. Die Idee der Selbstbestimmung oder gar die Forderung nach Sezession wären die Folgen einer nicht-homogenen Bevölkerung, was langfristig zu einem Zerfall eines solchen politischen Gebildes führen würde: »Solange sich mehrere Menschen vereint als eine einzige Körperschaft betrachten, haben sie nur einen einzigen Willen, der sich auf die gemeinsame Erhaltung und auf das allgemeine Wohlergehen bezieht« (Rousseau, IV,1).

Was Rousseau hier schreibt gilt sowohl für Nationalstaaten als auch für Paneuropa als europäischer Nation, wie sie Coudenhove-Kalergi im Sinn hat. Der jeweilige Gemeinwille der verschiedenen europäischen Völker, der sich aus ihrer Identität speist und in seiner rudimentärsten Form

»Gemeinsam stellen wir alle, jeder von uns seine Person und seine ganze Kraft unter die obere Richtschnur des Gemeinwillens; und wir nehmen, als Körper, jedes Glied als untrennbaren Teil des Ganzen auf.«

Jean-Jacques Rousseau: *Vom Gesellschaftsvertrag*, S. 18.

das Interesse an der eigenen Existenz ist, steht der Errichtung eines stabilen Paneuropas entgegen. Sobald diese Vereinigung den Interessen der Völker widerspricht, würden sie aus ihr austreten wollen. Folglich muß den Völkern die Fähigkeit zur Ausbildung eigener Interessen genommen werden, indem sie nivelliert werden. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse ist dann das Ergebnis des Nivellierungsprozesses.

Multikulturalismus als Rationalität und als Politik

Dieser Nivellierungsprozeß ist ebensowenig ein Schicksal wie die Auflösung der Nationalstaaten unter die Idee Paneuropas, sondern politisch gewollt und gelenkt. Er besitzt lediglich einen sehr viel größeren zeitlichen Planungshorizont als das, womit es Berufspolitiker für gewöhnlich zu tun haben. Damit sie aber dennoch diesen Prozeß politisch in Gang setzen und am Leben erhalten, müssen sie mit einer eigenen Rationalität mit kürzerem Planungshorizont versorgt werden. Es wurden im Laufe der letzten Jahre eine ganze Reihe verschiedenster Rationalitäten eingeführt, deren Zweck einzig die objektive Beförderung des Nivellierungsprozesses ist: die Argumentationen um den Fachkräftemangel, die demographische Entwicklung, das Rentensystem, humanitäre Verpflichtung und Solidarität oder auch das politische Programm der Vereinten Nationen zur »replacement migration«. Je nachdem für welchen Arbeitsbereich und für welchen zeitlichen Planungshorizont ein politischer Akteur zuständig oder empfänglich ist, kann er seinem Handeln über eine der Rationalitäten einen Sinn geben. Weil sie einzig ihrer Rationalität verpflichtet sind, verstehen sie in der Regel nicht den objektiven Sinn ihres Handelns und würden ihn, konfrontierte man sie mit ihm, diesen empört zurückweisen. (Solche Akteure bezeichnet man gemeinhin als »nützliche Idioten«.)

Eine der wirkmächtigsten Rationalitäten hierzu ist der Multikulturalismus. Er ist der Rationalität der »Vereinigten Staaten von Europa« untergeordnet, denn er ist nur ein Werkzeug. Seine Funktion scheint mindestens eine zweifache zu sein. Erstens gibt er den Akteuren eine Zielvorgabe, die von ihnen als erstrebenswert angesehen wird und ihr Handeln mit einem Sinn versieht. Konflikte und soziale Verwerfungen, die sich unweigerlich aus einer multikulturalistischen Politik ergeben, werden auf der Grundlage einer Gesinnungsethik ausgeblendet oder kleingeredet. Eine häufig zu beobachtende rhetorische Taktik der Gesinnungsethiker ist, Kritik nicht aufgrund allgemeiner Überlegungen zuzulassen, sondern nur aufgrund persönlicher negativer Erfahrungen. Dadurch ist es möglich, die Kritik psychologisierend auf diese negative Erfahrung zu reduzieren und von der eigentlich berechtigten Kritik an der Sache abzulenken. Nur eine solche Kritik wird als legitim anerkannt, wird aber als nichtig angesehen, weil sie »psychologisch motiviert« ist. Systemische Probleme werden mit dieser Ablenkungstaktik gezielt aus dem Diskurs herausgehalten.

Das ist fatal. Denn was die Anhänger des Multikulturalismus durch die Scheuklappen ihrer Rationalität nicht erkennen, ist, daß die vielfältige Gesellschaft niemals entstehen wird. Eine multikulturelle Gesellschaft kann kein Ziel eines guten Regierens sein, denn sie ist eine Gesellschaft unter Spannung und kann daher langfristig nicht stabil sein. Freilich ist es möglich, diese Spannungen im Rahmen staatlicher Politik bis zu einem gewissen Grade und über einen gewissen Zeitraum auszugleichen. Jedoch liegt es im Sinne einer Ökonomie des Politischen im Interesse eines Staates, die hierfür zu leistenden ökonomischen, politischen, symbolischen und sozialen Kosten so niedrig wie möglich zu halten. Eine dauerhafte Einrichtung eines multikulturellen Staates ist deshalb *nicht* in seinem Interesse. Sollte ein Staat *dennoch* Multikulturalität anstreben, so ist nach der zugrundeliegenden Rationalität und Logik zu fragen. Eine bunte Vielfaltsgesellschaft kann nur ein vorübergehender Zustand, ein Übergangsstadium sein, weil sie durch keinen Gemeinwillen (*volonté générale*) im Sinne Rousseaus zusammengehalten wird. Es fehlt das Interesse *ein* (Volks-)Körper, *eine* Einheit zu sein oder besser: es gibt zu viele Interessen zu vieler Ethnien nebeneinander, die darum konkurrieren, die



Richard Nikolaus
Coudenhove-Kalergi

»Die multikulturelle Gesellschaft ist hart, schnell, grausam und wenig solidarisch, sie ist von beträchtlichen sozialen Ungleichgewichten geprägt und kennt Wanderungsgewinner ebenso wie Modernisierungsverlierer; sie hat die Tendenz, in eine Vielfalt von Gruppen und Gemeinschaften auseinanderzustreben und ihren Zusammenhalt sowie die Verbindlichkeit ihrer Werte einzubüßen.«

Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmid: »Wenn der Westen unwiderstehlich wird«, in: *Die Zeit* vom 22. November 1991.

»Was wir als das Selbstverständlichste empfinden, weil wir von klein auf in diesen Standard der Gesellschaft eingepaßt und auf ihm hin konditioniert werden, mußte von der Gesellschaft als Ganzem erst mühsam erworben und durchformt werden. Das gilt von so kleinen und scheinbar unbedeutenden Dingen, wie der Gabel, nicht anders als von Verhaltensformen, die uns größer und wesentlicher erscheinen.«

Norbert Elias: *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Erster Band: Wandlungen des Verhaltens in den westlichen Oberschichten des Abendlandes*, S. 180.

Literaturhinweise:

Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi: *Pan-Europa*, Wien 1923 (hier Neuaufgabe 1982);

Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi: »Adel«, in: ders.: *Praktischer Idealismus. Adel – Technik – Pazifismus*, Wien 1925, S. 5–57;

Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi: »Apologie der Technik«, in: ders.: *Praktischer Idealismus. Adel – Technik – Pazifismus*, Wien 1925, S. 59–151;

Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi: »Pazifismus«, in: ders.: *Praktischer Idealismus. Adel – Technik – Pazifismus*, Wien 1925, S. 153–192;

Norbert Elias: *Über den Prozeß der Zivilisation*, 2 Bde, Frankfurt a.M. 1997;

Michel Foucault: *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt a.M. 1976;

Thomas Hobbes: *Leviathan. Erster und zweiter Teil*, Stuttgart 1970;

Jean-Jacques Rousseau: *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*, Stuttgart 1986.

bestimmende zu sein. Und selbst wenn es keine Konkurrenz der Ethnien um Dominanz gäbe, gäbe es Konflikte aufgrund kultureller Mißverständnisse und zivilisatorischer Unterschiede.

So offenbart sich das strategische Wesen des Multikulturalismus, denn sein objektiver Effekt ist eine Gesellschaft unter Spannung, die umso stärker ausfällt, je multikultureller sie ist. Eine gezähmte Welt wie die westeuropäische, in der die Affekte kontrolliert und Frustrationen ertragen werden, ist auf zivilisierte Menschen ausgerichtet. Die Aussicht auf Strafe ist vielfach Anreiz genug, nicht delinquent zu werden. Dementsprechend zahm ist auch das europäische Strafsystem mit Freiheitsstrafen und Resozialisierung ausgerichtet. Unzivilisierte Menschen, die ihre Affekte nicht kontrollieren und ihre Bedürfnisse unmittelbar befriedigen müssen, sind in einer zivilisierten Gesellschaft eine Quelle vielfältiger Konflikte: Sexueller Lust wird unmittelbar nachgegangen, Frustration entlädt sich schnell und unmittelbar in Gewalt, kleine Auseinandersetzungen um Nichtigkeiten eskalieren innerhalb weniger Augenblicke, narzißtische Kränkungen erwarten eine blutige Antwort undsoweiter.

Der fleischgewordene Multikulturalismus baut langsam ein immer größer werdendes Konfliktpotential auf, das immer schwieriger zu kontrollieren sein wird. Der Staat muß immer totalitärer werden, immer mehr Energie aufwenden, um die Kontrolle nicht zu verlieren. Bis schließlich ein Punkt erreicht ist, an dem keine Kontrolle mehr möglich ist, der Staat zerbricht und sich das gesamte aufgebaute Konfliktpotential entlädt. Rousseau ging davon aus, daß der Gemeinwille grundsätzlich nicht zerstört, aber durch andere Interessen überlagert werden könne. Seine knappen Überlegungen zum verstummten Gemeinwillen beziehen sich auf demokratische Abstimmungen. Die Frage, um die es hier allerdings geht, und für die ich eine positive Antwort annehme, lautet: »Können die Mitglieder eines Volkes so weit individualisiert werden, so weit von der Identifizierung ihrer selbst mit dem Volk entfernt werden, daß sie in der Mehrzahl nicht mehr in der Lage sind, diesen Gemeinwillen in sich wahrzunehmen oder gar dagegen ankämpfen?«

In dieser Weise wird der Gesellschaftsvertrag gesprengt und ein Äquivalent des Naturzustands geschaffen in dem Sinne, wie er von Thomas Hobbes als ein »Krieg aller gegen alle« beschrieben wurde.

Das objektive Endergebnis einer konsequent verfolgten multikulturellen Politik wird keine Vielfalt sein, sondern eine Einheit. Entweder gelingt es der Gesellschaft, wenn sie erkennt, daß der Multikulturalismus Ausdruck eines schlechten Regierens ist, die Spannung zu überwinden, indem sie die Ursachen dieser Spannung wieder aus ihrer Mitte entfernt. Dies muß kein gewalttätiger Vorgang sein. Er kann geordnet und friedlich vonstatten gehen, wenn der politische Wille dementsprechend ist. Oder aber die Gesellschaft zerfällt und hört auf, eine Gesellschaft zu sein. Auf den Trümmern der alten Völker wird durch Gewalt eine neue homogene Masse geformt, die Zivilisation und Kultur nicht kennt und nichts mehr mit dem gemeinsam hat, woraus sie entstand. Sie wird dann schließlich in einem politischen Akt zu Paneuropa vereint, das politisch stabil sein wird, weil es keine verschiedenen Identitäten und Interessen mehr gibt.

Schluß

Solange der politisch-ideologische Fluchtpunkt der EU die Vereinigten Staaten von Europa und Paneuropa ist, erweist sie sich als Feind der europäischen Völker, und zwar nicht nur als ein Feind in politischer Hinsicht, der ihnen die mühsam und nicht selten blutig erkämpfte Souveränität in betrügerischer Weise wieder entwendet und ihnen dauerhaft versagen möchte. Vielmehr ist die EU auch in existentieller Hinsicht der Feind der europäischen Völker, da sie in ihrer Zukunftsvision schlicht nicht mehr vorkommen, weil sie durch Vermischung zu einer »eurasisch-negroiden Mischrasse« geworden sind. Eine nachhaltige Lösung der »Migrationskrise«, die zum Wohle der Völker in Europa ist und ihre Kulturnationen erhält, wird man deshalb von der EU nicht erwarten können. Aus Sicht derer, die die langfristige Entwicklung der EU im Blick haben, besitzt sie nämlich weniger den Charakter einer Krise als den einer Chance – der Chance auf einen großen Um- und Neubau auf den Trümmern der europäischen Zivilisation und ihren national verfaßten Völkern. ■

Institut für Staatspolitik – Studien



Thor v. Waldstein
Wer schützt die Verfassung vor Karlsruhe?

30 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 34, Schnellroda 2017

Das Bundesverfassungsgericht entwickelt in seiner neueren Rechtsprechung ein atomistisches, die Existenz eines Volkes leugnendes Menschenbild. Damit paßt sich Karlsruhe auf juristischer Ebene einer seit Jahrzehnten herrschenden Politik an, deren wesentliches Kennzeichen es ist, die Rechte des einzelnen gegen die Rechte der Gemeinschaft künstlich in Stellung zu bringen, was am Ende zu einer Auflösung aller Strukturen und Institutionen führt, in denen der Mensch Halt finden konnte (Ehe, Familie, Stamm, Volk usw.). Diese Rechtsprechung ist indes weder mit Entstehungsgeschichte, Geist und Buchstabe des Grundgesetzes noch mit der bisherigen Judikatur des Bundesverfassungsgerichts in Übereinstimmung zu bringen.

Josef Schüßlburner
**»Verfassungsschutz«: Der Extremismus
der politischen Mitte**

62 S., geheftet, 5 €

Wissenschaftliche Reihe Heft 30, Schnellroda 2016

Der Verwirklichung einer »normalen Demokratie« in der Bundesrepublik Deutschland, die man daran erkennt, daß sie rechte Parteien und Gruppierungen in der gleichen Weise akzeptiert wie linke Gruppierungen oder solche der »Mitte«, steht der »Verfassungsschutz« entgegen. Wer eine »liberale Demokratie des Westens« in der Bundesrepublik Deutschland will, muß die den »Verfassungsschutz« tragende Konzeption zu überwinden suchen. Es gilt, dem Extremismus der Mitte entgegenzutreten: Die Bundesrepublik Deutschland muß endlich eine normale Demokratie werden!



Institut für Staatspolitik

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra
Tel: (034632) 904396 · Fax: (034632) 904397
www.staatspolitik.de

Die Saar und Europa

von Günter Scholdt

2015 hielt ich in Saarbrücken einen Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung »Die politischen Entscheidungsjahre 1815, 1935 und 1955 an der Saar«. 1814 hatten nämlich Saarbrücker Patrioten dagegen protestiert, im Ersten Pariser Frieden Frankreich zugeschlagen zu werden, was 1815 im zweiten Friedensvertrag korrigiert wurde. 1935 und 1955 gab es jeweils Abstimmungen, die direkt oder indirekt zur Rückgliederung des Saarlands an Deutschland führten. Mein Thema beschäftigte sich mit der Propaganda-Rolle der Schriftsteller bei den drei Anlässen. Ich musterte außerdem die Ereignisse aus heutiger Europa-Sicht und die Wertungsprämissen (vor allem saarländischer Historiker) im Wandel der Zeiten: Als ich vor fünf Jahrzehnten an die Saar kam, galt das mehrheitliche Bekenntnis zum Vaterland weithin als natürliche Entscheidung, und die wenigen Gegenstimmen rubrizierten fast noch unter »Vaterlandsverrat«. Knapp zwei (Historiker-)Generationen später scheinen eher prodeutsche Bekundungen als rechtfertigungsbedürftig.

Als früher Europa-Begeisterter, der 1962 in den Genuß des deutsch-französischen Jugendaustauschs gekommen war, sah und sehe ich zwischen dem Bekenntnis zu Europa und dem zum Vaterland keinen Widerspruch. Auch de Gaulle hatte sich schließlich in diesem Sinne ausgesprochen. Alles Forcierte und Zwanghaft-Technokratische transnationaler Vereinigung schien mir hingegen wenig zukunftsträchtig, bis hin zu den aufgeblähten Machtgebilden der Gegenwart. Doch ist mir bewußt, daß dergleichen Bedenken aktuell als dubios gelten und offiziell unerwünscht sind. Daher zögerte ich im Vorfeldgespräch zum erwähnten Vortrag mit meiner Zusage. Schließlich wisse ich, was man quasi auftragsgemäß mit dieser Veranstaltung wolle, bei der sich als Geldgeber auch noch die Landeszentrale für politische Bildung anbot. In einem knapp einstündigen Telefongespräch widersprach man meinen angeblich gegenstandslosen Zweifeln heftig. Geschichtsforschung lebe gerade vom Widerspruch, von den Querdenkern, die neue Perspektiven eröffneten, usw. usf. Schließlich machte ich die Probe aufs Exempel und referierte, um dann als Novum in meiner fast fünfzigjährigen Forschervita erfahren zu müssen, daß meine Ausführungen für den Sammelband untragbar seien. *Quod erat demonstrandum*. Glücklicherweise gibt es Alternativen. Im folgenden lesen Sie den Schlußteil meines Vortrags.

»Daß man Europa auf diesen Raub gründen will, ist ein böser Streich, und die Saarländer haben bewiesen, daß sie darauf nicht hineinfallen.«

Ernst Jünger: 26. X. 1955
an Armin Mohler

1815 – 1935 – 1955: Saarländische Schicksalsjahre und die Schriftsteller

[...] Ich komme zu einem Fazit, bezogen auf das Gesamtthema dieser Ringvorlesung, die sich für Zäsuren und Kontinuitäten interessiert. Durchgängig kennzeichnet alle drei Daten

- ♦ der vernehmbare Protest betroffener Volksteile gegen die fragwürdige Praxis, daß ferne Politinstanzen über deren Gebiet verfügen, ungeachtet ethnisch-sprachlicher Identitäten,
- ♦ ein konfrontatives Spannungsfeld zwischen dem Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit und diversen Staats- oder Menschheits-Prinzipien, die man jeweils für höherwertig erklärte: 1815 die europäische Friedensordnung (auf monarchischer Basis), 1935 Liberalismus und Antifaschismus mit starkem kommunistischem Akzent, ab 1955 die Europa-Idee,
- ♦ der letztlich erfolglose bzw. aufgegebene Versuch, das nationale Selbstverständnis zu ignorieren oder zurückzudrängen.

Sprechen wir auch über Zäsuren. Die wichtigste ergab sich 1935 – zunächst vornehmlich im Bewußtsein einer Minderheit von meist Linksinтеллектуellen und jüdischen Verfolgten. Diese Überzeugungsbasis hat sich bis heute erheblich verbreitert. Denn zuvor wurde Freiheit als Volkswille ganz selbstverständlich mit nationaler Selbstbestimmung verbunden. 1815 geschah dies im Rahmen der erstrebten deutschen Einheit, 1935 flankiert durch den Nationalsozialismus, der sich als Freiheitsbewegung definierte, 1955 in Verbindung mit ökonomischen und bürgerrechtlichen Erwartungen, während die Unterstützung durch bundesrepublikanische Literaten unerheblich blieb.

Zwei Generationen danach zündet Schillers »Ans Vaterland, anseure, schließ dich an« (zumindest im Mainstream) kaum noch als Losung. Gebe es doch Wichtigeres als die Nation: Menschheit und Menschenrechte, Frieden und Weltbürgertum oder Europa respektive dessen gegenwärtige Verwirklichungsform EU. Bis 1989 stand vielfach sogar noch Kommunismus auf der Agenda. Dies blieb nicht ohne Folgen für die Einschätzung der hier behandelten Schicksalsjahre. In dem Maß, wie die neue Autoren- oder Historiker-Generation Verlage, Redaktionen und Fernsehstationen eroberte, beeinflusste sie zunehmend auch die heute gängige Geschichtserzählung bzw. den ihr zugrundeliegenden Denkstil, wonach die Nation nur mehr als rückständiges oder anachronistisches Politobjekt figuriert, als eine Art ideelle Altlast, die man irgendwie entsorgen müsse. Den Lösungsschlüssel bot danach z.B. die EU. Denn fallen ohne Nationen nicht umgehend auch alle Nationen-Konflikte fort? Demgemäß deutete man nun auch die Abstimmungsergebnisse von 1935 bzw. 1955 als regressive oder wenigstens retardierende Entscheidungen. Und die (schnelle) Deutschland-Option gerät zunehmend unter Ideologieverdacht.

Solcher Paradigmenwechsel reizt mich, die momentan unterrepräsentierte Gegenerzählung zu vertreten und dabei zugeständenermaßen etwas Wasser in den Wein der politisch so erwünschten wie verbreiteten Erfolgsgeschichte eines 200-jährigen Wegs nach Europa zu gießen. Ob es sich um eine eher unspektakuläre Antithese handelt oder das argumentative Widerspiel eines *Advocatus Diaboli*, lasse ich offen. Zumindest entschleiern sich so die den gängigen Urteilen zugrundeliegenden geschichtspolitischen Vorgaben.

I. Problematisch am retrospektiven Europa-Narrativ erscheint mir nämlich die heute verbreitete Tendenz, ständig etwas moralisch zu skandalisieren, was im Sinne der jeweiligen Epoche schlicht selbstverständlich war. Insbesondere halte ich die von zeitgenössischen Gegebenheiten abstrahierende Frage, warum die Saarländer jeweils so abstimmten, wie sie es taten, mit dem Hinweis, »weil sie nun mal Deutsche waren«, im Kern für beantwortet. Zwar sollten Zeitdiagnostiker auch dem scheinbar Evidenten durchaus einen zweiten Blick schenken. Aber die vom Aufwand her hypertrophe Insistenz und ahistorische Schwerpunktsetzung, mit der man bis in die jüngsten Tage hinein NS-bezogene Vorwürfe prüft, rechtfertigt sich kaum durch Forschungsdefizite. Vielmehr verweist es auf tagespolitische respektive volkspädagogische Dienstbarkeiten unseres Fachs, das partout nicht historisieren, sondern Geschichte zur Legitimation der Gegenwart nutzen soll.

II. Ergiebiger als eine Vertiefung des vermeintlich so erklärungsbedürftig Besonderen scheint mir die Suche nach Gemeinsamkeiten mit der heutigen Zeit. Dazu gehört die Kontinuität von immergleichen Illusionen, auf deren Basis seit Jahrhunderten europäische Belange

geordnet werden bzw. werden sollen. Wer bedauert, was in Zusammengehörigkeitsdemonstrationen von 1814, 1935 oder 1955 zum Ausdruck kam, zeigt einen auffallend technokratischen Hang zur Lösung von Bevölkerungsfragen am Reißbrett der Politik- und Geschichts-Konstrukteure, verbunden mit einer problematischen Neigung, über konkrete Interessenlagen vieler Menschen hinwegzusehen bzw. -zugehen. Solche »Fortschritts«-Gesinnung – wir erleben aktuell kaum anderes – zeigt sich stets aufs Neue überrascht durch die Zählebigkeit scheinbar obsoleter geschichtsbestimmender Faktoren wie Nation, Religion, Geschlecht, Ethnie oder geopolitische Zwänge. Sie gelten manchen als beliebig umformbare Konstrukte, ohne zu berücksichtigen, daß sich internationale Identitätsstiftungen oder die unterstellte globale Interessengemeinschaft und -solidarität erheblich konstruierter und illusionärer ausnehmen.

Im Versailler Vertrag wurde das Saargebiet unter eine französisch dominierte Völkerbunds-Verwaltung gestellt. 1935 sollte die Bevölkerung darüber abstimmen, ob sie nach Deutschland zurückkehren, an Frankreich angegliedert werden oder den Status quo bewahren wollte. 90,7 Prozent entschieden sich für die Rückgliederung an Deutschland.

Der populärste Propaganda-Beitrag zu beiden Abstimmungen war das Saarlid, 1920 gedichtet vom Saarbrücker Lehrer Hanns Maria Lux zur Melodie von »Der Steiger kommt«:

»Deutsch ist die Saar,
deutsch immerdar,/ und
deutsch ist unseres Flusses
Strand/ Und ewig deutsch
mein Heimatland,/ Mein
Heimatland, mein Heimat-
land.«

Seit Juli 1945 war das Saargebiet französisch besetzt. Annexionswünsche scheiterten allerdings am alliierten Widerstand. Es kam nur zu einer Wirtschaftsunion und verfassungsmäßig vorgeschriebenen Trennung von Deutschland. Die Regierungen unter MP Johannes Hoffmann verfügten über eine begrenzte Autonomie, wobei letztinstanzlich der französische Hochkommissar Grandval entschied. Im Vorfeld einer deutschen Westverankerung mußte die Saarfrage gelöst werden. Man einigte sich auf eine Europäisierung des Gebiets bei weiterer Wirtschaftsbindung an Frankreich, geregelt durch ein Saarstatut, das in der Volksbefragung vom 23. Oktober 1955 jedoch 67 Prozent ablehnten. Hoffmann trat darauf zurück. Neuverhandlungen ermöglichten eine Rückgliederung an Deutschland.

III. In dieser Sicht triumphierten in den Schicksalsjahren im jeweiligen Volkswillen schlicht Emotionen gegen die Ratio. Doch dies war selbst 1935 nicht so simpel, wie eine moralistisch verengte Betrachtung uns lehrt, die meist vieles ausklammert, was die damaligen Saarländer zu einer heute mißbilligten Entscheidung führte. Denn warum eigentlich sollten sie sich von Hitler in der Frühphase des Regimes weit beunruhigter zeigen als zahlreiche ausländische Staatsmänner, die ihm erste Erfolge zuschanzten? Welche Seriosität verbürgte das überraschende Anti-Hitler-Bündnis ehemaliger politischer Erzfeinde um das Zentrums-Mitglied Hoffmann, den Sozialdemokraten Braun und den Kommunisten Pfordt? Angesichts millionenfacher sowjetischer »Säuberungen« sprach selbst die internationale Staatsterror-Bilanz keineswegs dafür, ausgerechnet kommunistischer Agitation gegen ein »Heim ins Reich« zu folgen. Und deren plötzliche »Liebe« zum Vatikan im Wahlkampf war gewiß nicht glaubwürdiger als die der SA zum Heiligen Rock in Trier. Das agitatorische Kuriosum, wonach nun ausgerechnet die KP als Sachwalter der Religionsfreiheit auftrat, glossierte der Exilant Gustav Regler im autobiographischen Rückblick:

»Sie leiteten ihre Leitartikel plötzlich mit Bibelversen ein. »Einigt euch, der Papst will es«, lautete die Überschrift eines Wahlartikels [...]. Als in einem Dorf das Kind eines bekannten Kommunisten starb, erhielt der rote Führer den Befehl, den Pfarrer um die kirchliche Beerdigung zu bitten [...]. In den Redaktionsstuben der kommunistischen Partei aber konnte man die neuen Christen sich befreien hören mit ironischem Gruß: Gelobt sei Jesus Christus.«

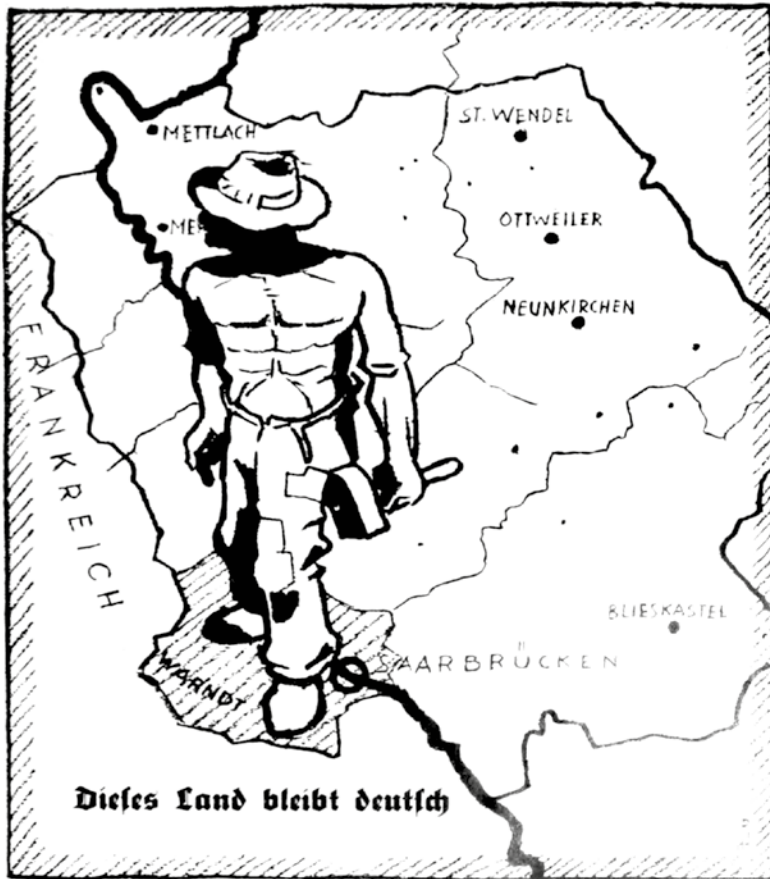
Auch zog ökonomische Schwarzmalerei (Alfred Kerr: »Deutschland startt von hungrigen Horden«) nicht so recht. Vielmehr begann im »Reich« gerade so etwas wie ein Wirtschaftswunder, zumindest im Vergleich zum stagnierenden Frankreich. Zudem waren Befürchtungen, daß jetzige Anti-Anschluß-Wähler später von Genf verschaukelt würden, keineswegs abwegig. Selbst der jüdische Satiriker Kurt Tucholsky fand die Völkerbund-Erklärung, ob bei einem Wahlsieg der Hitler-Gegner eine spätere Neuabstimmung gesichert sei, provozierend unklar: »Ich, der ich mir schmeichele, von Sprache etwas zu verstehen, ich verstehe das nicht, so leer ist das.« Der entsprechende Passus lautet übrigens sybillinisch:

»Aus der Tatsache, daß in dem hier behandelten Fall der Völkerbund zum Inhaber der Souveränität über das Gebiet werden wird, geht auch hervor, daß er in der Zukunft das Recht haben wird, über diese Souveränität Verfügungen in dem Maße zu treffen, in dem das mit den Bestimmungen des Vertrages vereinbar ist, und in dem Maße, in dem es übereinstimmt mit den Prinzipien, auf deren Basis die Souveränität über das Gebiet ihm übertragen worden ist und von ihm ausgeübt werden muß.«

Ich habe in meinem Bekanntenkreis auch unter juristisch Gebildeten bislang noch niemanden getroffen, der hieraus zweifelsfrei eine Neuabstimmung hätte folgern können.

Auch für 1955 hält sich vielfach das Erklärungsmuster vom Sieg der Emotionen über die Ratio – ein recht simples Urteil. Denn gehen wir einmal davon aus, daß keines der politischen Lager die Chancen wie Risiken seines Handelns völlig absehen konnte, fragt sich, ob es tatsächlich so viel vernünftiger war, sein Vertrauen in die nebulöse Europa-Utopie und eine uneigennützig, zukunftsweisende französische Partnerschaft zu setzen als in die konkretere Vision einer baldigen Rückgliederung. Gelang

Über allem steht die Nation



es Paris doch nicht einmal, den EVG-Vertrag zu ratifizieren, und – um ein besonders populäres Anschauungsbeispiel anzuführen – schaffte es nicht einmal Gouverneur Grandval, den 1. FC Saarbrücken an der französischen Fußballmeisterschaft teilhaben zu lassen.

War also der Verdacht abwegig, das frühe Europa-Experiment solle allein auf Kosten eines von Deutschland isolierten Saarlands bestritten werden? Bereits kurz nach der für Frankreich desillusionierenden Abstimmung hat Christian Pineau, Sozialist und mehrfacher Minister, in *Le Franc Tireur* (Paris) vom 27. Oktober 1955 selbstkritisch eingestanden: »Warum haben wir nicht begriffen, daß die Niederlage unausweichlich war? Kann man vernünftigerweise eine Bevölkerung auffordern, zwischen Deutschland und Europa zu wählen, da das letztere durch unsere Fehler einfach nicht existiert?« War es somit politisch kleingläubig, oder zeigte es sogar einen robusteren Realitätssinn der Saarländer, sich dagegen zu wehren?

Und wenn der saarländische Ministerpräsident Hoffmann sich in seinen Memoiren darüber beklagte, die Opposition habe die vorgesehene Fragestellung in die nach der Zugehörigkeit zu Deutschland »umgefälscht«, so war dies gewiß kein irrationaler Vorgang, sondern eher eine entscheidungsbezogene Zuspitzung. Mit Recht ließ sich auf den larmoyanten Vorwurf antworten, nun erst sei die jahrelang durch Repression verhinderte, die Bevölkerung aber nach wie vor aufwühlende eigentliche Frage zur Abstimmung gelangt.

Setzt man aber das Risiko sehr hoch an, das zu jener Zeit im Nein der Mehrheit gelegen habe, so mag man sich am Beispiel der osteuropäischen Wende von 1989 veranschaulichen, ob wir uns stets jene Art politischer Rationalität von Völkern wünschen sollen, die über Jahrzehnte hinweg globale Machtstrukturen ohne echte Mitwirkung der Betroffenen zementierte. Im Sinne heutiger Saar-Historiker war es vielleicht »unvernünftig«, was Polen, Tschechen, Ungarn und schließlich auch Ostdeutsche taten, aber Welch perverser Art von politischer Vernunft hatten sie jahrzehntelang gehorcht bzw. gehorchen müssen?

Schriftsteller im Wandel der Zeiten, exemplarisch Johannes Kirschweg:

× 1934 in *Der Widerstand beginnt*: »Er [...] wußte, daß sie hier an der Saar jetzt ein Deutschland in der Verbannung sein würden, eine bedrohte Insel, die vom härtesten Gestein sein mußte, um nicht unterspült und in ihrem Grund zerfressen zu werden. Er hörte auch, wie französische Soldaten [...] singend in ihre Quartiere zogen [...]: ›On les aura‹ [...]. Da lachte er zum ersten Mal wieder, wenn es auch ein zorniges und spöttisches Lachen war, und dann ging er schlafen, weil er am anderen Morgen da sein wollte und wach und lebendig, um für sein Teil dieses ›on les aura‹ zunichte zu machen.«

× 1946 in *Bewahrtes und Verheißendes*: »Das Reich ist nicht mehr. [...] Die Zugehörigkeit zu einem deutschen National- und Machtstaat, die uns ganz natürlich schien, weil wir in dem Gedanken daran aufgewachsen waren, erweist sich uns mehr und mehr als eine Verfälschung unseres politischen Schicksals.«

»Man nehme eine beliebige Provinz irgendeines Nationalstaates [...]. Dort stimme man darüber ab, ob sich diese Bevölkerung von der übrigen Nation trennen und nicht etwa einen eigenen autonomen Staat gründen, sondern unter einem internationalen Regime leben wolle. Das Ergebnis ist klar. [...] Bindungen, die sonst nur in revolutionären Aktionen zum Teufel gehn, Bindungen an die kirchliche Disziplin, an die patriotischen Sentiments, an ein ungeheures ideologisches Gebilde sollten in einem Wahlkampf zerbrochen werden. Das ist nicht geglückt. [...] Bis zum Abschluß der Einheitsfront gab es überhaupt keinen nennenswerten Widerstand an der Saar. Der Mut der Sozialisten, die nun breit vor die Öffentlichkeit traten, mußte zunächst als Selbstmord erscheinen. [...] Warum wir das alles nicht vorher sagten? Vor dem Feind wird gekämpft, nicht disputiert.«

Hermann Budzislawski,
Herausgeber der Exilzeitschrift *Die Neue Weltbühne*, unmittelbar nach der Abstimmung 1935.

IV. Was die nationskeptischen Geschichtsbild-Produzenten kritisieren, fällt auf sie selbst zurück. Imaginieren sie doch stets eine Welt, die vornehmlich aus (Zukunfts-)Projektion oder sogenannten höheren Gesichtspunkten besteht. Konkrete Befindlichkeiten spielen darin keine Hauptrolle. Sie ignorieren beständig, was etwa in Afrika angerichtet wurde, wo man auf ethnische Faktoren keine Rücksicht nahm. Und heute wird Europa in einem Tempo etabliert, dem ein beachtlicher Teil seiner Bürger nicht folgt. Hier agieren machtbewußte Schulmeister, unterstützt von »Intellektuellen-Priestern«, wie sie Schelsky nannte, indem sie vermeintliche Rückständigkeits definieren.

Gemeinsam ist auch die politische Mentalität der Handelnden oder Getriebenen bzw. der visionäre Denkstil der sie feiernden Schriftsteller oder Historiker. Letzterer mag seine Größe haben, aber auch bemerkenswerte Schwächen. Begreifen oder akzeptieren diese Visionäre doch viel zu selten, wie die, über die sie ständig reden und für die sie angeblich sprechen, wirklich empfinden. Und wenn etwa unsere politmediale Klasse in Sachen EU tatsächlich einmal mit ganz anderen Empfindungen konfrontiert wird, zieht sie blitzschnell die Denunziationskarte und gesteht günstigstenfalls Kommunikationsprobleme ein. Interpretiert sie doch unangenehme Realitäten in der Regel aus einer Parallel- und Propagandawelt, wenn nicht gar aus einem Parteien- oder Meinungsghetto.

V. Auch das hat Tradition. Denn schon immer sahen Propagandisten einer *One world* fast nur ihr Endziel. Reglers kurz vor der Abstimmung am 13. Januar 1935 erschienener Roman *Im Kreuzfeuer* enthält einen höchst bezeichnenden Satz aus der Perspektive von Jungkommunisten: »Manchmal begreift man nicht, daß wir nicht jetzt schon gesiegt haben, daß dieser Januar noch kommen mußte.« Er spiegelt exemplarisch, mit welchen Illusionen Anti-Anschluß-Kämpfer an der Saar agitierten oder aus der Ferne urteilten. Man denke an Bert Brechts »Saarlied« vom Oktober 1934 (»Da werden sie sich rennen / An der Saar die Köpfe ein«), an Paul Zech, Oskar Maria Graf, Ilja Ehrenburg, Rudolf Olden, an Heinrich, Klaus, Golo und Thomas Mann, an Tucholsky oder den bedeutenden Reporter, Romancier und Essayisten Arthur Koestler. Er zumindest hat im Rückblick, schonungslos selbstkritisch, seine völlige Lageverknennung als symptomatisch begriffen:

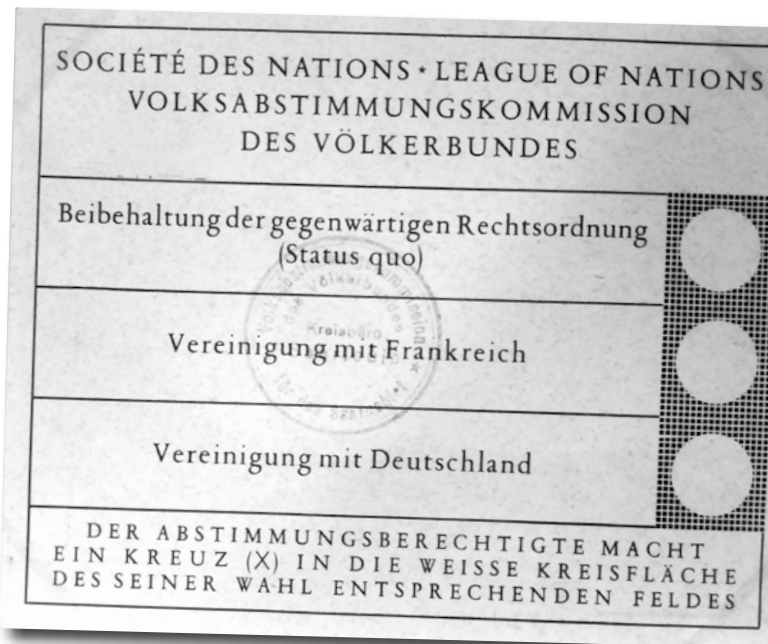
»Ein Drittel der Saar, schrieb ich, sei geschlossen antinazistisch, ein anderes Drittel unentschieden; die antihitlerische Stimmenzahl werde daher zwischen dreißig und sechzig Prozent betragen [tatsächlich betrug sie 9,2]. Ich glaubte natürlich an diese Schätzung, sonst hätte ich sie nicht publiziert. Bevor ich in die Kommunistische Partei eintrat, war ich ein hochbezahlter und recht erfolgreicher politischer Journalist; das katastrophale Versagen meines politischen Instinkts, das diese Geschichte zeigt, ist ein Beispiel für die Folgen des Lebens innerhalb eines ›geschlossenen Systems‹.«

VI. Die Sympathie, mit der man durchweg das couragierte Anti-Hitler-Engagement an der Saar kommentiert, darf aller Verdienste zum Trotz nicht über eine gewisse Blindheit respektive Sturheit hinwegtäuschen, einen Kampf überhaupt zu beginnen, den die Opposition nie gewinnen konnte, ja, in dessen Verlauf sie scheinbar das bestätigte, was die Gegner ihr ständig vorhielten: »vaterlandslose Gesellen« zu sein. Denn unverkennbar hat gerade die Herausforderung durch die den Anschluß ablehnende antifaschistische »Einheitsfront« Saarländer dem Nationalsozialismus nähergebracht, deren Partei noch 1932 ja hier nicht einmal sieben Prozent Zustimmung erfahren hatte.

VII. Eine gewisse Blickverengung charakterisiert auch manche Historiker. In Gerhard Pauls gewichtiger Studie *Deutsche Mutter – heim zu Dir!* wird vom Verfasser wie von Eike Hennig im Vorwort nachdrücklich gefragt, warum das Saar-Votum die Hitler-Opposition und wahlsoziologische Erwartungen auf faschismusresistentes Verhalten so bitter enttäuscht habe. Die Antwort fiele leichter, wenn nicht das Wunsch-, sondern das historisch Erwartbare den Erklärungsmaßstab bildete. Kenne ich doch keinen Modellfall der neueren Weltgeschichte, in der sich eine Bevölkerung wenige Jahre nach der gewaltsamen Trennung

vom staatlichen Gesamtkomplex (einschließlich der gewohnten Sprach- und Kulturzugehörigkeit) nicht für schnellstmögliche Rückgliederung ausgesprochen hätte.

Insofern ist demoskopisch gar nichts Überraschendes geschehen. Denn man durfte als Forscher natürlich niemals die Ergebnisse der Saarwahl von 1932 zugrundelegen und daraus schließen, welch unvorhersehbare Meinungserosion sich vollzogen habe. Von 33 Prozent Stimmen für Kommunisten und Sozialdemokraten auszugehen, ein gutes Drittel der 43 Prozent fürs Zentrum zu addieren und daraus auf eine Mehrheit gegen Deutschland zu spekulieren, war schlicht eine Milchmädchenrechnung. Denn das 1932er Resultat betraf ja Parteipräferenzen, aber keine nationale Schicksalsfrage, bei der selbst Parteimitglieder niemals einer Deutschland-skeptischen Führung gefolgt wären. Vernünftiger geht man von einer fast hundertprozentigen Zustimmung zum Anschluß aus, die bis zum 13. Januar 1935 auf 91 Prozent abschmolz. Mehr zu erhoffen, hätte geradezu sensationell günstige Propagandavoraussetzungen erfordert. Daß es daran fehlte, weist Pauls Studie ja überzeugend nach.



VIII. Auch das Referendumsergebnis 1955 wird mittlerweile nicht mehr als die Selbstverständlichkeit bewertet, die es ist. Schließlich produzierte selbst die große Wiedervereinigung 1989 bei nicht wenigen Intellektuellen erhebliches Bauchgrimmen, allen voran Günter Grass, von DDR-Nostalgikern ganz abgesehen. Völlig unvorbereitet, und entsprechend panisch fielen denn auch etliche Reaktionen aus: Kapuzinerpredigten, weil das »tumbe Volk« ihren Ratschlägen und Prämissen nicht folgte. Die heimische Diskussionsfolklore bringt es mit sich, daß dabei auch das diskursausgrenzende Totschlag-Argument »Faschismus« nicht fehlen durfte. Auch das ein Moment deutscher Kontinuität – allerdings eine hier nicht zu vertiefende andere Story.

Ich halte inne und relativiere meine Antithese ein wenig selbst: Denn der Widerspruch gegen den Anschluß an NS-Deutschland scheint moralisch zwingend und inkompatibel mit dem, was gegenwärtig (zumindest von Regierungsseite) offenbar frei über Europa vereinbart wurde. Und das Nationenrechte beschränkende Gemeinschaftsprojekt liegt nicht auf der gleichen Ebene wie nach Kriegen verfügte Gebietsabtrennungen, selbst wenn kein Geringerer als Hans Magnus Enzensberger die EU als »sanftes Monster« klassifizierte. Vergleichbar ist dennoch eine zumindest schlechende Entrechtung der jeweiligen Bevölkerung, die erlebt, wie niemals plebiszitär, sondern lediglich in dubioser Repräsentativität über ihre wichtigsten Anliegen verfügt wird.

Prophetie gehört gewiß nicht zu den genuinen Aufgaben des Historikers. Gleichwohl wage ich die Prognose, daß die gegenwärtige diskursive Beerdigung der Nation – es sei denn, man befasse sich mit Kunstgebilden wie der Ukraine – zu früh erfolgt. Desgleichen, daß es nicht genügen wird, den Weltstaat oder die EU schlicht von Global-Player-Eliten her auszurufen und alle gegenläufigen Empfindungen in bemerkenswerter argumentativer Schlichtheit als »Populismus« zu verteufeln. (Letzterer übrigens, sofern denunziatorisch verwendet, ein geradezu verräterischer Begriff. Zeigt er doch, wie peinlich der politischen Klasse die Rückkopplung zum »Volk« erscheint.)

Wer diesbezüglich von einem »Ende der Geschichte« träumt, wird noch manche Überraschung erleben wie jene, die den Faktor Religion allzu früh marginalisiert hatten, weil sie selbst nur globalen zivilreligiösen Direktiven folgen. ■

Literaturhinweise:

Günter Scholdt: »Die Saarabstimmung 1935 aus der Sicht von Schriftstellern und Publizisten«, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend* 45 (1997), S. 170–200;

Günter Scholdt: »Saarländische Autoren zur Volksbefragung 1955«, in: *Grenzverschiebungen*, hrsg. v. Wolfgang Brücher, St. Ingbert 2003, S. 261–305.

Im Text erwähnte Autorenzitate zur Abstimmung 1935 meist in:

Ralph Schock: *Haltet die Saar, Genossen!*, Berlin/Bonn 1984.

Die Zitate von Gustav Regler (der dortigen Reihenfolge nach) in:

Gustav Regler: *Werke*, Frankfurt a. M. 1994ff, Bd. 6, S. 54; Bd. 2, S. 44f;

Gerhard Paul: *Deutsche Mutter – heim zu Dir*, Köln 1984;

Roland Stigulinsky: *Von Spichern bis zur kleinen Wiedervereinigung*, Saarbrücken 1995.

Nation und Europa – fünfzehn Konzepte

zusammengestellt von Erik Lehnert, Benedikt Kaiser und Till-Lucas Wessels

Mitteuropa

Die bekannteste Konzeption zu Mitteleuropa beruht auf dem gleichnamigen Buch des liberalen Politikers Friedrich Naumann (1860–1919). Es erschien 1915 und wurde bald zu einem Bestseller. Naumann forderte darin vor dem Hintergrund der allgemeinen Kriegszieldebatte einen »liberalen Imperialismus«, mit dem er vor allem das Überleben der beiden deutschen Staaten Deutsches Reich und Österreich-Ungarn sichern wollte. Die langanhaltende Debatte um dieses Buch zeigte, daß sich in Deutschland vor Ausbruch des Krieges niemand ernsthaft Gedanken über Kriegsziele gemacht hatte und viele mit den überzogenen Forderungen völkischer Kreise nicht einverstanden waren.

Ausgangspunkt der Überlegungen Naumanns war der Zusammenschluß des Deutschen Reiches mit der Doppelmonarchie zunächst in wirtschaftlicher und später in politischer Hinsicht. Anlässe wiederum waren der Krieg, der das Überleben in Frage stellte, und die von Naumann postulierte Tatsache, daß langfristig nur Großwirtschaftsräume überlebensfähig seien. Naumann war davon überzeugt, daß nicht nur beide allein, sondern auch beide zusammen zu klein zum Überleben seien und sich daher, wenn man nicht in Isolation untergehen wollte, England oder Rußland anschließen mußten, damit man gemeinsam als »Planet« würde überleben können. Souveränität gebe es aber nur, wenn man selbst Mittelpunkt werde, indem man, analog zum deutschen Zollverein, ein größeres Gebiet vereine.

Gesamtdeutschland mußte also eine Wirtschaftsmacht »erster Klasse« werden und dazu die anderen mitteleuropäischen Staaten und Nationen angliedern, um gemeinsam ein eigener Weltwirtschaftskörper zu werden. Konkret wurde Naumann nur, was den Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten betraf, bei anderen hielt er sich bedeckt und setzte auf die Attraktivität des neuen Mitteleuropas, dem sich die Staaten dann von allein anschließen würden. Getreu seiner nationalsozialen Überzeugungen wollte Naumann das Projekt zu einer Sache des Volkes machen.

Mitteuropa ist eine der »Ideen von 1914«, die letztlich am Ausgang des Krieges scheiter-

ten, durch das Chaos, das die Pariser Vorortverträge in Mitteleuropa anrichteten, aber aktuell blieb. (EL)

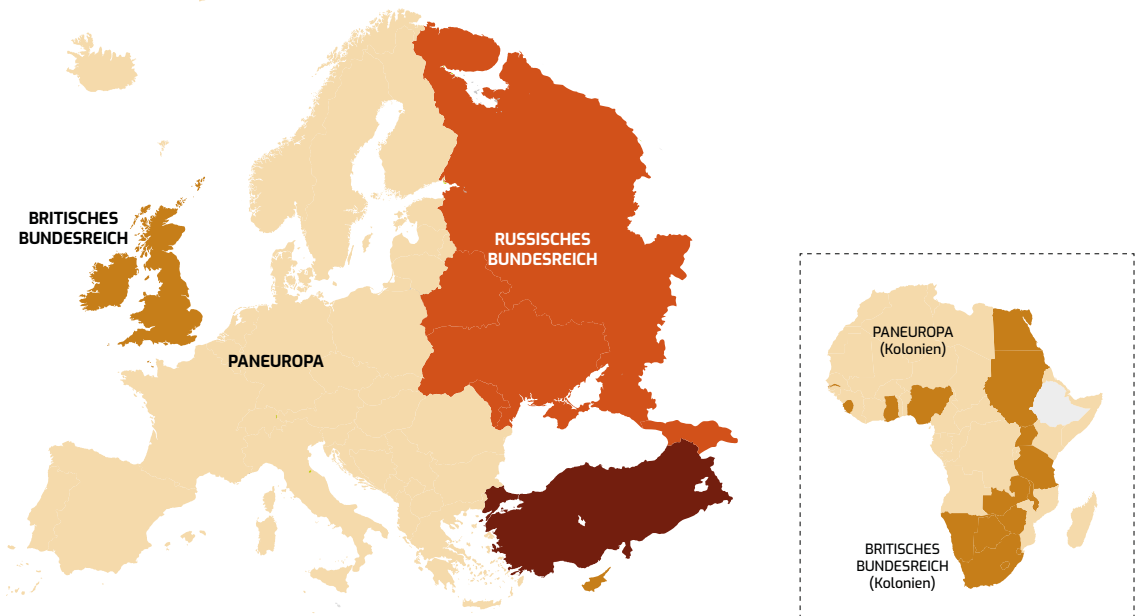
Panuropa/Vereinigte Staaten von Europa

Die Panuropa-Union des japanisch-österreichischen Publizisten Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (1894–1972) kann als eines der zeitweilig erfolgreichsten Vorgängerprojekte der EU bezeichnet werden. Kernstück von Coudenhove-Kalergis Werk von 1923 war die Bildung eines europäischen Staatenbundes über verschiedene Teilschritte: Einrichtung eines europäischen Schiedsvertrages, eines Defensivbündnisses und einer Zollunion. Dieser Staatenbund sollte wiederum Ausgangspunkt sein für eine umfassende Einigung nach dem Vorbild der USA, sein Kernbestreben war dabei die Verhinderung weiterer kriegerischer Auseinandersetzungen in Europa und eine Selbstbehauptung des Kontinents gegenüber der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika. Einer Teilhabe Rußlands an diesem Bund stand Coudenhove-Kalergi daher ebenso ablehnend gegenüber wie einer Beteiligung Großbritanniens, das wesensverwandt zu den USA wäre, obgleich er weder für das eine noch für das andere Land eine Mitgliedschaft grundsätzlich ausschloß. Die Überseekolonien der europäischen Staaten hingegen sollten integriert werden. Coudenhove-Kalergi sah sie als fruchtbare Möglichkeit, die wachsende Bevölkerung Europas zu ernähren.

In der Regel wird Coudenhove-Kalergi heute als Vertreter und Vorbereiter einer demokratischen Europa-Union wahrgenommen. So bezog sich Winston Churchill auf ihn, als er in seiner »Rede an die akademische Jugend« die »Vereinigten Staaten von Europa« forderte. Wie Coudenhove-Kalergi schloß er allerdings auch Großbritannien und Rußland von diesem Europa aus. (TLW)

Europäische Zollunion/Kerneuropa

Die von Otto Strasser (1897–1974) und anderen dissidenten Nationalrevolutionären angestrebte »Europäische Zollunion« wurde wiederholt modifiziert. Zunächst formulierte man in den 1920er Jahren das Ziel »Kerneuropa«. In diesem würde ein Binnenmarkt entstehen, der



– neben Deutschland – die ökonomisch verwandten zentraleuropäischen Länder Ungarn, Dänemark, die Niederlande, Luxemburg und die Schweiz umfassen würde. Ausdrücklich betont wurde, daß ein erfolgreiches Kerneuropa mit gemeinsamem Währungssystem bedeutete, daß aus diesem Nukleus heraus weitere Vergemeinschaftungsschritte auf europäischer Ebene erfolgen könnten.

Die »Vereinigten Staaten von Europa« – mit Deutschland als natürlichem Hegemon – wurden als langfristiges Ziel angeführt. In den 1960er und 1970er Jahren vertraten die Anhänger Strassers um ihren Inspirator die Idee einer »europäischen Föderation«, die letztlich an dem deutsch dominierten Zollverein »Kerneuropa« festhielt. Strasser formulierte nach dem Zweiten Weltkrieg, diese Föderation besäße Legitimität, »wenn sie die Eigenart der europäischen Völker bewahrt und ihre Entwicklungsmöglichkeit sicherstellt«. Wie Oswald Mosley oder Pierre Drieu la Rochelle betonte auch Strasser die Notwendigkeit, jedweder Nivellierung entgegenzuwirken, da die genuin europäische Vielfalt »Europas Kraft und Schönheit« ausmache – die Europäische Föderation um Kerneuropa müßte so verfaßt sein, daß jedwedem Volk größtmögliche Handlungsautonomie erhalten bliebe. Anders jedoch als Drieu (vor 1945) und Mosley (nach 1945) wollte Strasser die Nationalstaaten nicht in einem Staat Europa aufgehen lassen, sondern die einzelnen Nationen »konföderieren«; insbesondere Strassers Briefwechsel mit Mosley veranschaulicht die Kluft zur »Nation Europa«. (BK)

Zwischeneuropa


Aus der Erbmasse der im Ersten Weltkrieg untergegangenen Reiche waren in Ostmitteleuropa zahlreiche neue Nationalstaaten entstanden, denen spätestens nach der Konsolidierung der Sowjetunion klar wurde, daß sie allein kaum eine

Überlebenschance haben würden. Vor diesem Hintergrund erörterten Intellektuelle und Politiker verschiedene Varianten einer transnationalen Zusammenarbeit, die vom Zweiten Weltkrieg und der anschließenden kommunistischen Herrschaft hinweggefegt und erst nach Ende des Kalten Krieges und der Auflösung der Sowjetunion in einzelne Nationalstaaten wieder aktuell wurden. Vorreiter dieses Gedankens war der polnische Marschall Piłsudski, der Polen in seinen mittelalterlichen Grenzen wiederherstellen wollte. Langfristig dachte er an die Errichtung einer slawischen Föderation, die von der Ostsee bis zum Mittelmeer (Miedzynorze, »Zwischenmeer«) reichen sollte. Diese heute unter dem Namen Intermarium fortexistierende Idee war immer von der Frontstellung gegen Deutschland im Westen und gegen Rußland im Osten geprägt.


Der Journalist und Volkswirt Giselher Wirsing (1907–1975) erweiterte den Gedanken und prägte 1932 den Begriff »Zwischeneuropa« für die zwischen Deutschland und der Sowjetunion liegenden Staaten. In seinem gleichnamigen Buch forderte er von Deutschland nach dem gescheiterten Ausgriff auf das Weltmeer und dem vergeblichen Bemühen um Freundschaft mit dem Westen die Wendung nach Osten. Deutschland sollte sich mit den Völkern Zwischeneuropas näher verbinden, um eine eigenständige Wirtschaftsform auszubilden, die sowohl gegen den doktrinären Marxismus als auch den imperialistischen Kapitalismus gerichtet sein müsse. Ihm schwebte dabei eine föderalistische Struktur des deutsch-zwischeneuropäischen Raumes auf Grundlage der Nationen vor, wobei er das Vorbild der Sowjetunion nicht verleugnen wollte. Da die Staaten nur über eine Scheinsouveränität verfügten, sei dies der einzige Weg zur Selbstbehauptung.

Die heutige Renaissance der Intermarium-Konzeption hat mit Wirsing nichts zu tun und

Visegrádstaaten und Intermarium

 Visegrádstaaten

-  Polen
-  Tschechien
-  Slowakei
-  Ungarn

 Intermarium, Stand 2018, einschließlich der Visegrádstaaten. Krim und Ostukraine gelten darin selbstverständlich als ukrainisches Staatsgebiet.

- | | |
|--|---|
|  Polen |  Rumänien |
|  Tschechien |  Slowenien |
|  Slowakei |  Ukraine |
|  Ungarn |  Lettland |
|  Estland |  Litauen |
|  Bulgarien |  Kroatien |



wird als Alternative zur deutsch dominierten EU propagiert, obwohl die meisten Staaten mittlerweile selbst EU-Mitglieder sind. Eine realpolitische Variante dieser Idee verbirgt sich hinter dem Zusammenschluß der sogenannten Visegrád-Staaten (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei) in einer Zollunion, die heute unter dem Dach der EU als informelles Bündnis fortbesteht. (EL)

Eurasien

Bei dem insbesondere im Dunstkreis des Philosophen Alexander Dugin (geb. 1962) verwendeten »Eurasien«-Begriff handelt es sich nur im Ansatz um eine konkrete Ordnungskonzeption. Eigentlich hat Dugin zunächst nur eine Sammlung von Großraumtheorien vorgelegt, die der Frage nachgehen, ob und wie Rußland zu Europa gehöre und umgekehrt. Bei Dugin trägt der Begriff »Eurasien« außerdem eine metaphysische und teilweise regelrecht spirituelle Komponente. Anhänger »Eurasiens« vertreten die These, daß es einen eurasischen Block gebe, der dem atlantisch-westlichen Teil der Welt antipodisch gegenüberstehe.

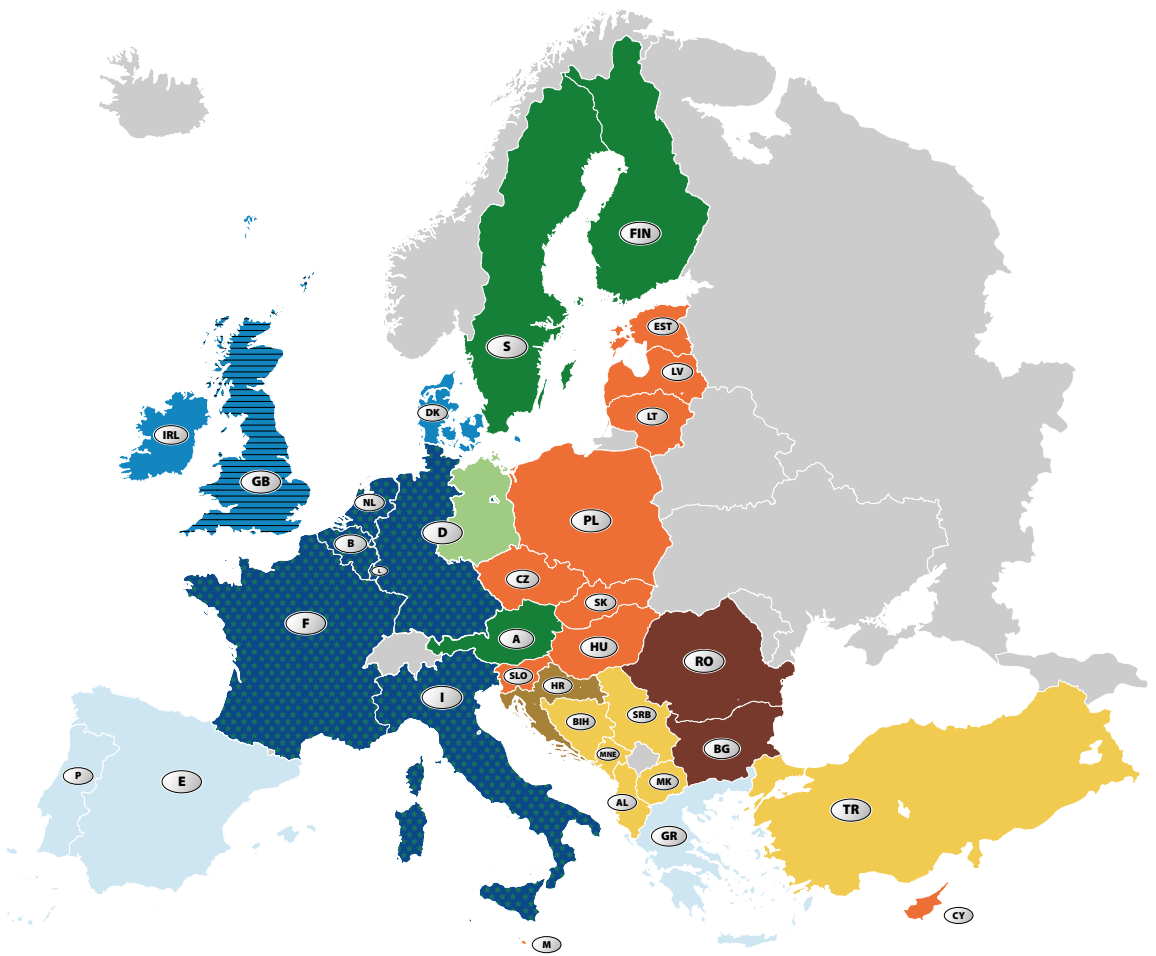
Über das Ausmaß dieses Blocks gibt es verschiedene Vorstellungen. Sie reichen vom Umfang der Eurasischen Wirtschaftsunion (primär bestehend aus Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Weißrußland und Rußland) bis hin zum zeitweise von Dugin propagierten »Eurasien von Dublin bis Wladiwostok«. Jedenfalls gehören ihm europäische und asiatische Völkerschaften gleichermaßen an, und Rußland nimmt eine natürliche Hegemonialstellung ein.

Von Seiten der Konservativen Revolution und des sozialrevolutionären Linksnationalismus waren bereits vor und während dem Zweiten Weltkrieg entsprechende Forderungen laut geworden, die sich zum Beispiel in Person von

Ernst Niekisch, Ernst von Salomon oder Otto Strasser auch nach dem Krieg entsprechend zu Wort meldeten. Auf europäischer Ebene traten mit Jean Thiriart und dessen Schüler Carlo Terracciano zwei weitere eurasische Denker auf den Plan, wobei ersterer als materialistischer Atheist einen rational-geopolitischen Zugang zu der Thematik propagierte, während Terracciano sich stark auf Aspekte der Philosophie Julius Evolas bezog und sich dementsprechend nicht in einem antiamerikanischen Bündnis erschöpfte, sondern, ähnlich wie die frühen russischen Eurasier um Nikolai Trubezkoi, das Moment einer spirituellen Erneuerung hervorhob. (TLW)

Großraumordnung

Eine produktive Weiterentwicklung des Reichsbegriffs lieferte der Jurist Carl Schmitt (1888–1985) 1939 mit seinem Vortrag »Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte«. Darin nimmt er die Grundgedanken der Monroe-Doktrin von 1823 auf, in welcher der amerikanische Präsident Monroe neben der Forderung der Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten die Nichteinmischung außeramerikanischer Mächte in diesem Raum, bei gleichzeitiger Nichteinmischung Amerikas in außeramerikanische Räume, proklamiert hatte. Der Grundsatz »Amerika den Amerikanern« wurde laut Schmitt in der Folge als ein Recht der Vorherrschaft der Nordamerikaner in ganz Amerika interpretiert, was 1917 mit dem Kriegseintritt der Amerikaner schließlich auf die ganze Welt ausgedehnt worden sei. Ursächlich dafür sei, daß die Welt von den Amerikanern als offener Kapitalmarkt betrachtet werde, der am besten mit einer liberaldemokratischen Verfassung funktioniere, was jeden Eingriff gegen widerstrebende Kräfte rechtfertige. Schmitt nimmt den Gedan-



- | | | | | | |
|---|--|---|---|---|--|
|  | Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl («Montanunion», 1951) |  | Beitritt neue Bundesländer (1990) |  | Beitritt Rumänien und Bulgarien (2007) |
|  | Beitritt UK, Irland und Dänemark (1973) |  | Beitritt Schweden, Finnland und Österreich (1995) |  | Beitritt Kroatien (2013) |
|  | Beitritt Griechenland (1981), Portugal und Spanien (1986) |  | Erste Osterweiterung mit Malta und Zypern (2004) |  | EU-Beitrittskandidaten |
| | | | |  | Austrittskandidaten (BREXIT) |

ken eines konkreten Großraums auf und wendet ihn auf Europa und die Situation unmittelbar vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs an. Im Sinne der ursprünglichen Monroe-Doktrin fordert er für Deutschland das Recht, die deutschen aber auch die europäischen Belange selbst, ohne Einmischung raumfremder Mächte, zu regeln, und proklamiert einen europäischen Großraum. Dieser orientiert sich an den kontinentalen Grenzen, schließt also Großbritannien aus. Bestimmt wird dieser Großraum vom Deutschen Reich, das in der Mitte Europas und damit in der Frontstellung gegen die beiden Universalismen steht: den bolschewistisch-weltrevolutionären Osten und den liberaldemokratischen, völkeras-

similierenden Westen. Dagegen habe das Reich die »Heiligkeit einer nichtuniversalistischen, volkhaften, völkerachtenden Lebensordnung« zu verteidigen, die im Großraum Gestalt annehme. In dieser Verbindung sah Schmitt die Voraussetzung für eine echte neue Ordnung, die sowohl Volk als auch Staat in die Raumvorstellungen des 20. Jahrhunderts integrieren könne. Das Deutsche Reich sollte für die Völker Europas der Garant ihrer Lebensformen sein. Diese Idee wurde in der Folge gründlich diskreditiert, bleibt aber als Gegenbild zu den europapolitischen Ideen der Nachkriegszeit lebendig, wenn man die EU als das Gegenteil des durch das Reich geprägten europäischen Großraums begreift. (EL)

Eurofaschismus

Der sogenannte Eurofaschismus war eine ideenpolitische intellektuelle Strömung, die ihre Hochzeit von 1934 bis 1945 erfuhr, bevor ihre letzten Ausläufer verschiedenartig in die »Nation Europa« (Mosley) oder in »Eurasien« (Dugin/Thiriart) aufgingen. Geographisch umfaßte der eurofaschistische Bundesstaat, wie er wesentlich von Pierre Drieu la Rochelle (1893–1945), aber auch von den Belgiern José Strel und Pierre Daye vertreten wurde, das heutige Europa ohne Rußland, aber mit Großbritannien; er war rein *geographisch* betrachtet mit Mosleys Konzept identisch. Der Unterschied bestand im Föderalisierungsgrad: Mosleys Konzept war zentralistischer, dasjenige Drieus entlang der Linie »Region, Nation, Europa« subsidiärer und föderalistischer. Durch eine Lösung europäischer Grenzfragen mittels regionaler Brückenfunktionen in einem sozialen »Panneuropa« (nicht zu verwechseln mit Coudenhove-Kalergi) sah Drieu die Hindernisse für eine europäische Vereinigung überwunden. Zuerst bedürfte es indes der Abkehr vom »bürgerlichen« hin zum »jungen« Europa; gereinigt von Chauvinismen, Dekadenz, Individualismus. Der Eurofaschismus als »romanische« Erscheinung war zudem eine Protestbewegung gegen das nationalsozialistische Deutsch-»Europa« (»Großgermanisches Reich« usw.). Drieu legte am 15. Juli 1944 eine Abrechnung mit der NS-Außenpolitik vor; bis heute gilt diese *Bilan fasciste* als ein Schlüsseltext »europäistischer« Ideenwelten von rechts. Im NS-Umfeld selbst gab es nur einzelne, primär ökonomische Entwürfe nachgeordneter Institute (»Europäische Wirtschaftsgemeinschaft«). Gedanken über die neue Ordnung Europas machten sich – neben dem Juristen Alexander Dolezalek – indes auch der Historiker Karl Richard Ganzer mit seiner Schrift über *Das Reich als europäische Ordnungsmacht* (1941). Diese und weitere Versuche blieben bis Kriegsende marginalisiert, während der Schützengraben-Europäismus der Waffen-SS das Jahr 1945 in Veteranen-Zirkeln überdauerte. (BK)

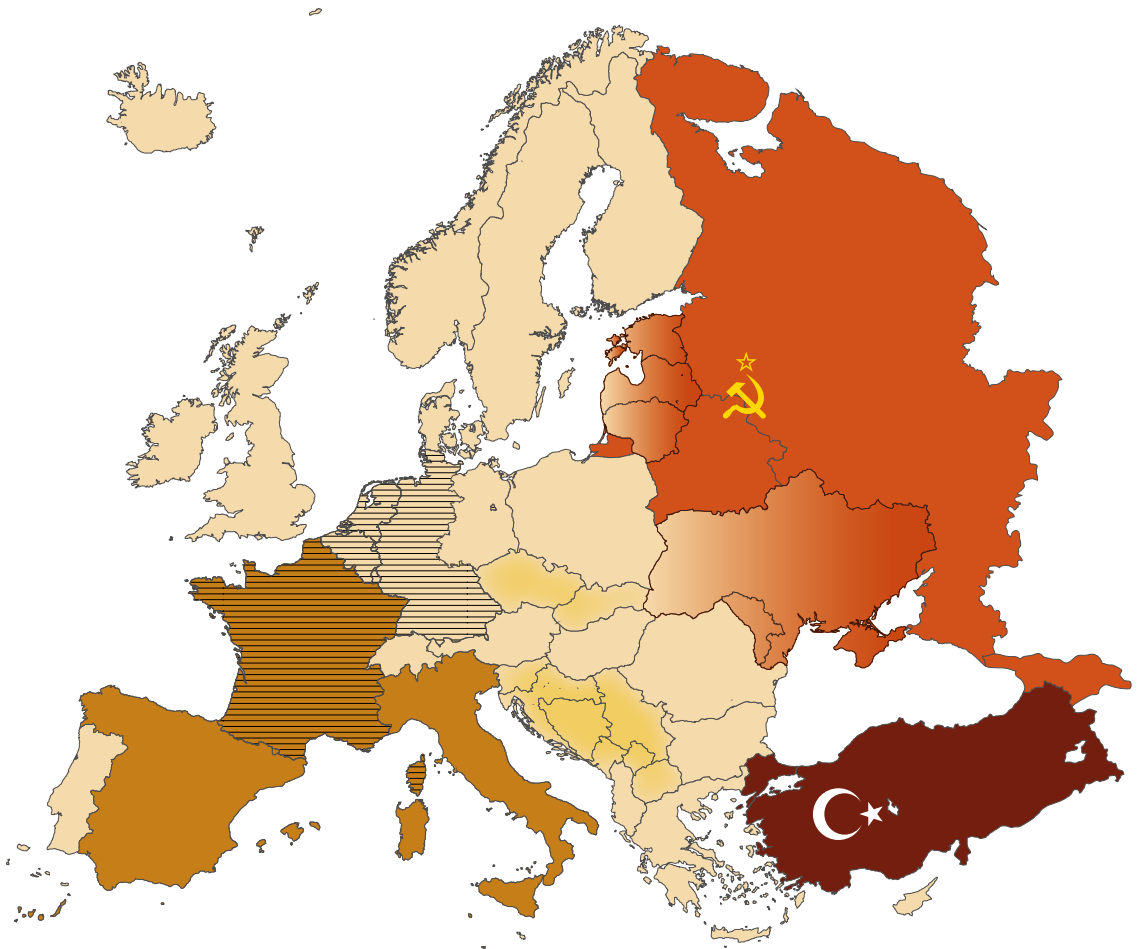
Europäische Union

Die Anfänge der heutigen Europäischen Union waren kein Resultat europapolitischer Theorien, sondern standen ganz in der Tradition klassischer Bündnispolitik. Im Brüsseler Pakt von 1948 hatten sich Frankreich, Großbritannien und die Benelux-Staaten zu einem Verteidigungsbündnis zusammengeschlossen. Hintergrund war der sich abzeichnende Kalte Krieg und die Angst vor Deutschland, in dem man trotz Demilitarisierung eine potentielle Gefahr sah. Durch den Beitritt der Westunion in die ein Jahr später gegründete NATO konzentrierten sich die europäischen Einigungsbestrebungen dann auf den wirtschaftlichen Bereich, bei dem auch Deutschland mittun durfte. Die Montanunion von 1951, die vor allem die Harmonisierung der deutschen und französischen Stahl- und Kohleindustrie zum Ziel hatte, zu-

sätzlich noch Italien und die Benelux-Staaten ins Boot holte und erstmals eine supranationale Behörde schuf, gilt seither als Keimzelle der späteren Europäischen Gemeinschaft. Deutschland erhielt vier Jahre später durch die Pariser Verträge eine eingeschränkte Souveränität und trat dem Brüsseler Pakt (jetzt Westeuropäische Union) und der NATO bei, was die Spaltung Europas in zwei Blöcke zementierte. 1957 folgten mit den Römischen Verträgen die Europäische Wirtschafts- und Atomgemeinschaft. Aus diesen Gemeinschaften wurde die Europäische Gemeinschaft, der 1973 einige nordeuropäische Staaten beitraten. 1981 folgten die bislang wegen ihres autoritären Regimes nicht berücksichtigten Länder Griechenland, Portugal und Spanien. Dem seit Mitte der 1980er Jahre vor allem in Frankreich gehegten Wunsch nach einer Erweiterung der EWG zu einem europäischen Binnenmarkt folgte man 1992 mit dem Vertrag von Maastricht, mit dem die EU als Wirtschafts- und Währungsunion gegründet wurde. 1995 folgte die zweite Norderweiterung, 2002 die Einführung des Euro (den mittlerweile 19 Länder als Währung haben), ab 2004 der Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten. Der 2007 beschlossene Vertrag von Lissabon, der die EU als zentralistischen Superstaat definiert, war ein Kompromiß, da die Europäische Verfassung wegen der gescheiterten Referenden in Frankreich und Niederlanden nicht durchsetzbar war. Kroatien trat der EU 2013 als bislang letztes Land bei, so daß mittlerweile 28 der 47 europäischen Staaten der EU angehören. (EL)

Nation Europa

Das Europakonzept »Nation Europa« stammt von Oswald Mosley (1896–1980). Mosley war in der Zwischenkriegszeit Tory-Politiker, wechselte zur Labourpartei, bevor er als Parteigründer der British Union of Fascists (BUF) bekannt wurde. Vom Faschismus und einem seiner Wesenskern – dem Nationalismus – wandten sich Mosley und sein Umfeld sukzessive ab. In den 1930er Jahren wurde das Bild der westzentrierten »Nation Europa« bereits in Konturen entwickelt; die eigentliche Konzeption stammt indes aus der Zeit von 1945 bis zu Mosleys Tod 35 Jahre später. Ziel der »Nation Europa« sei es, so Mosley in einem Programmtext (*Ich glaube an Europa*, 1962) zusammenfassend, einen europäischen Einheitsstaat zu bilden, der »die europäischen Völker vor der Nivellierung und Vermischung« bewahren sollte, »ob diese Gefahr nun durch Amerikanisierung oder Bolschewisierung« drohen möge. Von den europäischen »Bruderkriegen«, dem Kalten Krieg und der schwindenden europäischen Lebensenergie geprägt, orientierte sich Mosleys Denken an einem Großraumprojekt, das er als Zusammenschluß aller europäischen Länder – inklusive Großbritannien und des afrikanischen Kolonialraumes (»Eurafrika«), exklusive Rußland – verstand, indem regionale und nationale Besonderheiten gebündelt werden sollten, um mit gemeinsamer Zentralregierung und gemeinsamer Armee als



Nation Europa, Oswald Mosleys Konzeption (1962) reichte damals bis an die sowjetischen Grenzen.



Lateinisches Reich: Alexandre Kojeve beschränkte sich 1945 auf Frankreich, Italien und Spanien.



Frankreich, Westdeutschland und BeNeLux bildeten für de Gaulle nach 1945 den Kern eines Europas der Vaterländer.

Sowjetunion

Türkei

Machtblock zusammenzuwirken. Die einzelnen Länder sollten eine ähnliche Rolle spielen wie die föderalen Bestandteile Großbritanniens oder Deutschlands: Ein Schotte, so Mosley, bliebe schließlich auch im Vereinigten Königreich ein Schotte, ein Bayer auch im vereinigten Deutschland ein Bayer. Mosleys Vorstellungen (»Europäischer Sozialismus« im »Staat Europa«) zirkulierten innerhalb der Nachkriegszeiten im Umfeld der (frühen) Zeitschrift *Nation Europa*, des *European* und einzelner Intellektuellenzirkel um Maurice Bardèche, bevor die Idee der europäischen Nation allmählich ins rechte Hintertreffen geriet und von ehemaligen »Mosleyanern« wie Jean-François Thiriart etwa ins Eurasische weiterentwickelt wurde. (BK)

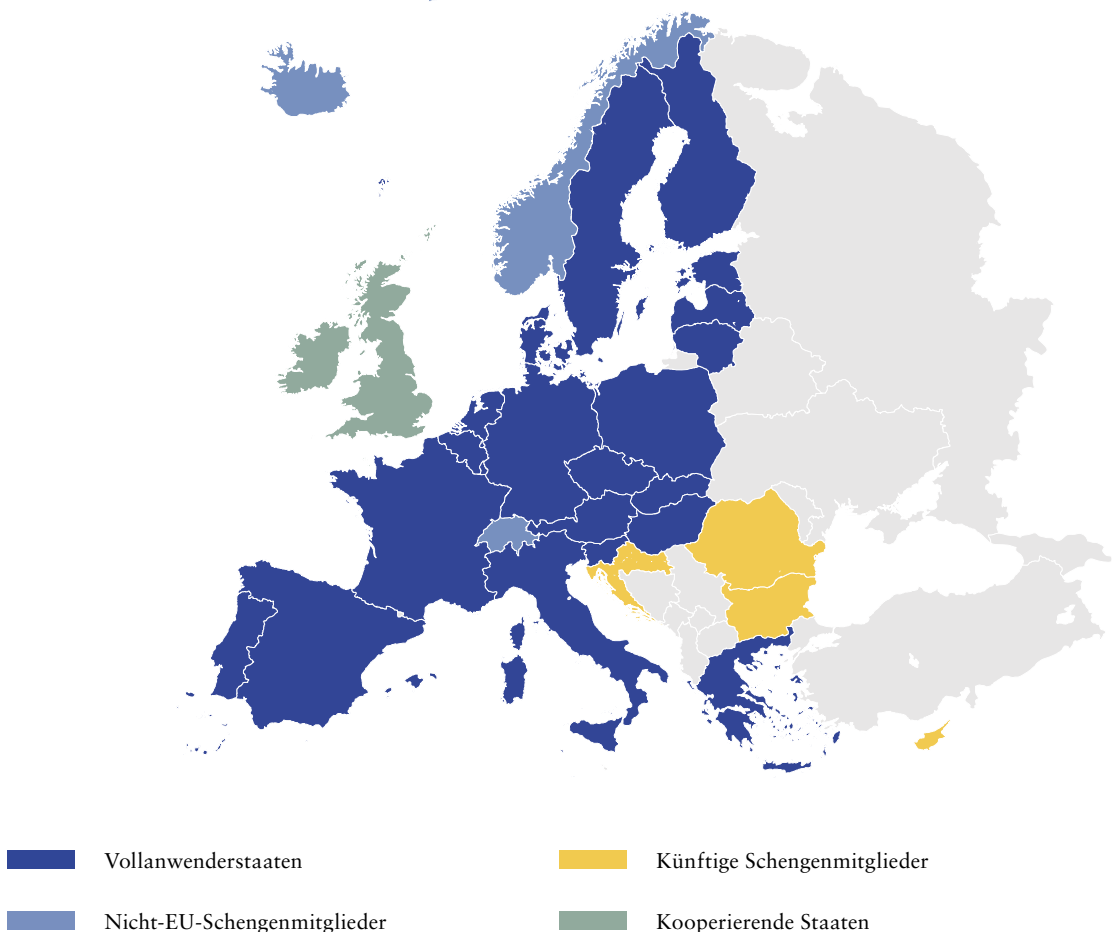
Europa der vielen Geschwindigkeiten

Seit Bestehen der Europäischen Gemeinschaft gab es Bestrebungen, die Rechtsverhältnisse der Mitgliedsländer anzugleichen und die Unterschiede vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht durch Umverteilung einzuebnen. Die unter dem Stichwort »Reformpolitik« laufenden Bestrebungen fußen auf der Einheitlichen Europäischen Akte, die 1987 in Kraft trat. Die damit initiierte Kohäsionspolitik hat dazu geführt, daß mittlerweile etwa eine Billion Euro umverteilt wurden. Hintergrund ist die Idee, daß sich die Lebensverhältnisse in der EU möglichst gleichen sollen.

Durch die Euro-Krise im Jahr 2010 hat diese Ideologie einen deutlichen Dämpfer er-

Europäische Ungleichheit (I) – Schengener Abkommen

seit 1995 in Kraft



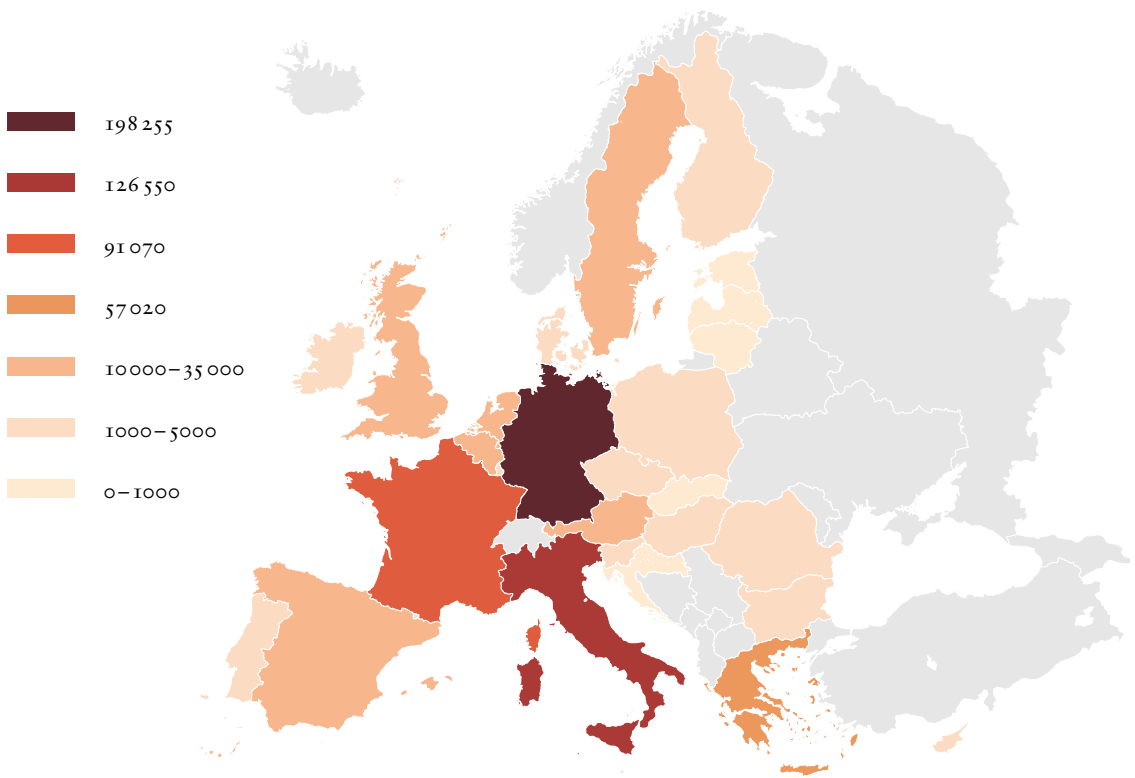
halten, da offensichtlich wurde, daß zwischen den Volkswirtschaften der einzelnen Mitgliedsländer zu große Unterschiede existieren, als daß diese lediglich mit Transfer-Leistungen behoben werden könnten. Im Zuge der Krise gab es daher eine Renaissance der alten Idee, daß ähnlich entwickelte Länder in Europa enger zusammenarbeiten sollten als andere, weniger nah beieinander liegende. Die konsequente Anwendung dieser Idee hätte den Euro auf wenige Länder beschränken müssen. Allerdings beruhte die Einführung der Gemeinschaftswährung nicht auf der Annahme langfristig unterschiedlicher Geschwindigkeiten in Europa, sondern folgte der Ideologie der sogenannten Gestuften Integration. Diese erwartet zum einen, daß sich im Euroraum eine zügige Angleichung vollziehe und der Rest der Länder durch Transferleistungen (Kohäsionsfonds) ebenfalls bald die Kriterien für den Euro erfüllte.

Der Ruf nach einem Nord- und einem Südeuro, der die Eurozone in zwei Teile spalten würde, ist Ausdruck des konsequent zu Ende gedachten Europa der vielen Geschwindigkeiten, das ein Transfer-Europa verhindern möchte, ohne die europäische Einigung grundsätzlich in Frage zu stellen. Eine deutliche längere Tradition hat die Rede von einem Kerneuropa, das die Benelux-Staaten, Frankreich und Deutsch-

land umfaßt. Ausdruck findet diese Idee bislang nur in gemeinsamen Militäreinheiten. Gelegentlich wird der Begriff Kerneuropa auf das »Innere Europa« bezogen, das dann die Mitgliedschaft in der NATO, Teilnahme am Schengener Abkommen und den Euro als gemeinsamen Maßstab nimmt und dabei so unterschiedliche Staaten wie Deutschland, Portugal und Estland umfaßt. (EL)

Europa der Vaterländer

Insbesondere unter Rechtspopulisten von AfD bis hin zum Rassemblement National ist das Schlagwort eines »Europa der Vaterländer« beliebt. Der Begriff geht auf den französischen General und Präsidenten Charles de Gaulle (1890–1970) zurück, der ihn Anfang der 1960er Jahre in Abgrenzung zu den »Vereinigten Staaten von Europa« und der damit verbundenen europäischen Integration prägte. De Gaulle wollte mit diesem Konzept den nationalen Interessen der einzelnen Staaten gerecht werden und Frankreichs Führungsrolle gegen den amerikanischen Einfluß sichern. Frankreich sollte das Zentrum Europas bleiben und die restlichen Staaten sich wie ein Satellitenring darum anordnen. Ein karolingisches Kerneuropa aus Frankreich, Deutschland und den Beneluxländern sollte den Anfang machen und durch seine Ausstrahlung die Blöcke auflok-



Anzahl der erstmaligen Asylbewerber in den Mitgliedsstaaten der EU im Jahr 2017 (Quelle: statista.com)

kern und annähern. Fernziel war ein »Europa vom Atlantik bis zum Ural«. 2018 versteht man unter einem »Europa der Vaterländer« in der Regel eine auf einzelnen Gebieten zusammenarbeitende Kooperationsallianz souveräner Nationalstaaten. Legislative, Judikative und Exekutive obliegen dabei den jeweiligen Mitgliedsstaaten, es gibt keine zentrale Autorität. Das hierarchische Verhältnis der einzelnen Staaten, für deren Auswahl unterschiedliche Kriterien kursieren, eines solchen Europas zueinander ist durch eine permanente Spannung gekennzeichnet, da Fragen militärischer und wirtschaftlicher Hegemonie keiner auswärtigen Regulation unterliegen, sondern von der Vertragstreue und den diplomatischen Verhältnissen der einzelnen Staaten abhängig sind. (TLW)

Europa der Regionen

Die Idee eines »Europas der Regionen« zirkuliert innerhalb der Rechten in den letzten Jahrzehnten immer wieder. Zunächst war das Konzept mit dem subsidiär-föderalistischen Denker Denis de Rougemont (1906–1985) und seinem Europabild der vielen Regionen gekoppelt, die durch Bürgerbeteiligung und Selbstverwaltung den Nationalstaat überflüssig machen würden. Guy Héraud (1920–2003) setzte diese Arbeit fort; sein Schwerpunkt galt der freien Entfaltung ethnischer Minderheiten in einem regiona-

listischen Europa durch die Aufhebung der Zentralstaaten.

Basidemokratisch-rechte Ansätze in der Folge Rougemonts und Hérauds stammen beispielsweise von Henning Eichberg (1942–2017), der den Nationalstaat auflösen wollte und viele Dutzend Regionen an seine Stelle zu setzen gedachte. Alain de Benoist vertrat eine Zeitlang ein ähnliches Bild Europas als Flickenteppich regionaler Sondereinheiten, bevor er zur Trias »Region, Nation, Europa« fand, in der keine Ebene mehr verabsolutiert werden dürfe. Felix Menzel, der in unserer Zeit das Konzept des regional gegliederten Europas reanimiert, geht davon aus, »daß ein Europa der Regionen kein Wunschgebilde ist, das die Gefahren der Zersplitterung verkennt. Es ist lediglich ein erster Schritt, der an die Stelle der abstrakten Macht der bürokratischen Herrschaft eine überschaubare Ordnung setzt, die dem entspricht, was sich die Menschen vor Ort wünschen«. Auch rechtslibertäre Ansätze eines »Europas der Regionen« sind bekannt. Hans-Hermann Hoppe rechnet mit einem »fiskalischen Bürgerkrieg« in Europa, weil die regionalen und nationalen Unterschiede der Wirtschaftskulturen zu unterschiedlich sind. Er hofft nach dem Crash der Nationalstaaten Europas wie der EU auf unabhängige, regional gegliederte Privatrechtsgesellschaften. (BK)

Lateinisches Reich

Im Frühjahr 2013 veröffentlichte der italienische Philosoph Giorgio Agamben (geb. 1942) einen kurzen Artikel: »Ein lateinisches Reich gegen die deutsche Übermacht«. Agamben nahm darin Gedanken auf, die der Philosoph Alexandre Kojève (1902–1968) 1945 in einer Abhandlung *Das lateinische Reich* an Charles de Gaulle gerichtet hatte. Kojève behauptete damals, Deutschland werde in kürzester Zeit wieder die führende Wirtschaftsmacht Europas sein und damit Frankreich in den Stand einer europäischen Sekundärmacht herabdrücken. Kojève ging weiterhin von einem Ende der Nationalstaaten aus. Diese müßten, in Analogie zur Ablösung des Feudalismus durch den Nationalstaat, politischen Gebilden weichen, die über nationale Grenzen hinausgingen. Er nannte diese Gebilde »Reich«. Als Vorbilder schwebten ihm das Sowjetische Reich und das angelsächsische Reich (bestehend aus UK und USA) vor. Frankreich sollte sich daher an die Spitze eines lateinischen Reiches setzen, das die großen lateinischen Nationen, Frankreich, Spanien, Italien, wirtschaftlich und politisch vereinigen sollte.

Agamben verbindet diesen Gedanken mit einer Kritik an der real existierenden EU, die ein anfälliges Gebilde sei. Dem wirtschaftlichen Gedanken setzt er den der kulturellen Lebensformen entgegen, die im Einheitsbestreben der deutsch dominerten EU unterzugehen drohten. Agamben übernimmt auch den antideutschen Affekt von Kojève, der Deutschland zum Agrarstaat und zur Kohlengrube des lateinischen Reiches machen wollte. Daß die Reaktionen auf diesen Artikel Agambens kaum Entrüstung enthielten, hat vor allem damit zu tun, daß er kein germanisches Reich forderte und sich über die Einigungsmöglichkeiten anderer kultureller Lebensformen bedeckt hält. Auf die Überlegungen Mussolinis, der die romanischen Völker als natürliche Verbündete ansah, nimmt Agamben keinen Bezug. (EL)

Eurosibirien

Das abenteuerliche Konzept eines »Eurosibirischen Sonnenreiches« geht auf den Franzosen Guillaume Faye (geb. 1949) zurück, der davon ausgeht, daß es infolge einer Konvergenz ökonomischer, ökologischer und politischer Katastrophen zu einer multipolaren Neuordnung der Welt kommen sollte. Diese Neuordnung schließt einen Kollaps der europäischen Nationalstaaten und die Herausbildung neuer Regionalkollektive ein, die sich schließlich mit der Russischen Föderation zum »Großen Vaterland«, einer Eurosibirischen Föderation, zusammenschließen. Hintergrund diese Konzeption ist zum einen Fayes Überzeugung, daß die Russische Föderation im Katastrophenzeitalter eine größere Stabilität besitze als das europäische Kernland. Zum anderen sieht Faye im Zusammenschluß Europas und Rußlands auch in Bezug auf natürliche Ressourcen eine geopolitische Notwendigkeit. Während in Fayes Modell auf globaler Ebene quasi-imperiale Blöcke vorherrschen, die an

Schmitts Großraumdenken, oder die geopolitischen Theorien der Eurasier erinnern, sind die unterschiedlichen Regionen seiner Föderation in vielerlei Hinsicht autonom, so zum Beispiel in Fragen des politischen Systems, der Sprache, Bildung und Kultur.

In seinen Schriften betont Guillaume Faye stets, daß es nicht sein Anspruch war, ein fertiges Raumordnungskonzept vorzustellen. Vielmehr sei es ihm darum gegangen, die Vision einer möglichen post-katastrophalen Ordnung zu zeigen. Die Eurosibirische Föderation ist also weniger als fertiges Modell, denn als Ideenresourcenzu betrachten, die nur im Kontext seiner anderen Theorieansätze (»Konvergenz der Katastrophen«, »Archaeofuturismus«) verstanden werden kann. (TLW)

Republik Europa

Ulrike Guérot (1964) ist dank zahlreicher Meinungsbeiträge, Talkshowbesuche, Programmbücher und qua ihrer Rolle als Professorin für Europapolitik und Demokratieforschung die bekannteste linksliberale Befürworterin einer »Republik Europa«. In dieser Republik gelten die klassischen Nationen nicht als Bausteine zwischen weiteren, sondern sollen als »überholt« negiert werden. Die Gründerin des European Democracy Lab (EDL) ist der Prototyp einer europäischen Idealistin, die jedenfalls zum Teil Richtiges analysiert – etwa die »Sehnsucht nach einem anderen Europa« als der EU, die Kritik der egoistisch-ökonomistischen Antworten –, aber aufgrund ihrer fehlenden Rückgebundenheit an Heimerfahrungen und deren Räume Grundfalsches folgert. »Ihr« Europa kennt keine ethnischen, religiösen oder kulturellen Besonderheiten, die es als genuin europäisches Erbe zu bewahren gälte jenseits der Ideen der Aufklärung und des Kosmopolitismus. Der Bürger der »Republik Europa« lebt bindungslos, mithin zufällig auf dem Territorium Europas. Sie fordert Wahlrecht für alle in Europa lebenden Menschen, die eine zentrale Regierung wählen müßten. Ihr Muster sieht einen Abgeordneten für eine Million Stimmen vor und enthält dabei die völlige Loslösung von nationalen Bindungen: ein Europäer, eine Stimme.

Bei Guérot findet sich auch die Forderung nach der Auflösung der Nationalstaaten: 60 bis 80 Regionen und »Metropolen« würden diese ersetzen, ein europäischer Einheitsstaat wäre der Deckel. Eine Besonderheit Guérots und ihrer Anhänger: die Politikwissenschaftlerin befürwortet die Schaffung neuer Städte für Flüchtlinge und Zuwanderer jenseits Europas in der Republik Europa. Ob »Neu-Aleppo« oder »Neu-Damaskus«: Europäer sollten neue Ballungsräume zulassen, so wie Europäer früher in Amerika neue Siedlungen schaffen konnten – die kulturellen Unterschiede der neuen Zuwanderer bezieht Guérot in ihren Vergleich nicht mit ein. Am 8. Mai 2045 soll die Gründung der Europäischen Republik erfolgen. Ob sie für diese ein Volk findet, bleibt bis dahin offen. (BK) ■

Autoren dieses Heftes

Matthias Bennau, 1988, studierte Europäische Politik und Slawistik und arbeitet als Unternehmensberater in Dresden.

Prof. Dr. David Engels, 1979, studierte Geschichte, Philosophie und Volkswirtschaft. Der belgische Althistoriker hat seit 2008 den Lehrstuhl für Römische Geschichte an der Universität in Brüssel inne.
Der lange Schatten Oswald Spenglers. Einhundert Jahre Untergang des Abendlandes, Lüdinghausen/Berlin 2018 (als Hrsg.)

Konrad Gill, 1944, verbrachte einen großen Teil seines Arbeitslebens als Bergmann unter Tage. Im Ruhestand studierte er Rechtswissenschaften, Philosophie und Geschichte und lebt heute als freier Publizist in den Hochalpen.

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.
Mit Alain de Benoist und Diego Fusaro: *Marx von rechts*, Dresden 2018

Ellen Kositzka, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.
Die Einzelfalle. Warum der Feminismus ständig die Straßenseite wechselt, Schnellroda 2016

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession*.
Die Spurbreite des schmalen Grats. 2000–2016, Schnellroda 2016

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).
(Hrsg.): *Deutsche Daten*, Band 5 des *Staatspolitischen Handbuchs*, Schnellroda 2017

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.
Rassismus – Ein amerikanischer Alptraum, Schnellroda 2018

Dr. Stefan Scheil, 1963, Studium der Geschichte und Philosophie, promoviert als Historiker.
Georges Demartial: *Die dreiste Fälschung*, Schnellroda 2018 (als Hrsg.)

Prof. Dr. Günter Scholdt, 1946, lehrte Neuere Deutsche Literaturwissenschaft an der Universität des Saarlandes und leitete von 1996 bis 2011 das Literaturarchiv Saar-Lor-Lux-Elsaß.
Literarische Musterung. Warum wir Kohlhaas, Don Quijote und andere Klassiker neu lesen müssen, Schnellroda 2017

Dr. Eberhard Straub, 1940, studierte Archäologie, Geschichte und Kunstgeschichte. 1968 wurde er in München promoviert, 1977 habilitierte er sich ebenfalls in München. Er war viele Jahre FAZ-Feuilletonredakteur, schrieb zudem für *Welt*, *Berliner Zeitung* und *Süddeutsche Zeitung*.
Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas, Stuttgart 2014

Andreas Vonderach, 1964, studierte Geschichte, Geographie und Politikwissenschaft in Oldenburg und Biologische Anthropologie in Mainz und Ulm.
Gab es Germanen? Eine Spurensuche, Schnellroda 2017

Till-Lucas Wessels, 1993, studiert in Halle (Saale). Dort ist er Aktivist der identitären Ortsgruppe und zeichnet für das Projekt »Variété Identitaire« verantwortlich.

Der Dreißigjährige Krieg – Urkatastrophe im Zentrum Europas

von Konrad Gill

Im vergangenen Sommer jährte sich zum vierhundertsten Mal der Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges und damit der Beginn eines der prägendsten und am meisten erinnerten Zeiträume der deutschen Geschichte. Der Krieg verschob die Mächtekonstellation in Europa anhaltend, und sein 1648 geschlossener Frieden schrieb die deutsche Verfassung für mehr als 150 Jahre fest. Das Gedenken an Deutschlands Verheerung wird uns in den nächsten Jahrzehnten überall begleiten, auf nationaler wie lokaler Ebene, denn kaum ein Landstrich auf dem Gebiet des Alten Reiches blieb von diesem Krieg verschont.

In das dreißigjährige Kriegsgeschehen läßt sich beinahe Beliebiges hineindeuten und »aus der Geschichte lernen«, je nach Zeitgeschmack: die Bedeutung religiöser Toleranz wie der Erfolg von Durchsetzungs- und Beharrungswillen, die Sinnlosigkeit des Krieges ebenso wie sein Wert als Mittel zum Erreichen von Zielen (zumindest in der frühen Neuzeit), das umstürzend Neue an der Neuzeit ebenso wie das Weiterbestehen des tiefgründend Überkommenen, die Anfänge eines gemeinsamen europäischen Friedensgedankens wie die Begründung starker Nationalstaaten usw. usf.

Denn das dreißigjährige Kriegsgeschehen ist mit seinen Phasen, Mächtekonstellationen, reichsverfassungsrechtlichen Implikationen und Folgen, außenpolitischen Wechselwirkungen und massiven Veränderungen in den frühneuzeitlichen deutschen Gesellschaften und Gemeinschaften dermaßen unüberschaubar komplex, daß noch kein ganz und gar überzeugendes Narrativ gefunden wurde, um es zu bändigen. Mit der »Verteidigung des Protestantismus«, der »Schwächung der Zentralgewalt des Kaisers« (und anderen mehr) gibt es zwar Deutungsangebote, aber sie lassen sich jederzeit gegeneinander verschieben und ausspielen, sodaß sich kein schlüssiges Bild ergibt. Offene Fragen und damit interpretatorische Einfallstore bleiben.

Viele Verlage und noch mehr Autoren versuchen, von diesem Erinnerungskuchen ein möglichst großes Stück auf den eigenen Teller zu laden. Aus den seriösen und bodenständigen Veröffentlichungen seien hier diejenigen vorgestellt, die bei *Sezession*-Lesern vermutlich das meiste Interesse erwecken.

Bereits 2009 legte Peter Wilson mit *The Thirty Years War: Europe's Tragedy* eine mehrfach preisgekrönte Gesamtdarstellung vor. Nach Erscheinen der Übersetzung (Peter Wilson: *Der Dreißigjährige Krieg. Eine europäische Tragödie*, Theiss 2017, 1143 S., 49,95 €) las man hier und dort in Rezensionen ein erleichtertes »Endlich«, daß dieses Buch nun auf Deutsch verfügbar sei. Die eigene Lektüre belehrt sehr schnell, woher diese Lesersehnsucht stammte. Dem Verfasser, inzwischen Inhaber eines militärhistorischen Lehrstuhls in Oxford, ist ein neues Standardwerk gelungen, das in seiner Detailtiefe in nur einem Band, seinem relativ leicht zugänglichen Stil (in nicht immer ganz überzeugender Übersetzung) und auch seinen wohlhabewogenen Bewertungen kaum zu übertreffen sein dürfte.

Um die für uns fremde Welt der frühen Neuzeit vorzustellen, nimmt der Autor sich die Zeit für umfangreiche thematische Heranführungen. Wilson braucht fast 350 Seiten, um überhaupt zum Prager Fenstersturz zu gelangen. Schon durch den Zuschnitt dieser Einleitungen charakterisiert er den Krieg auf deutschem Boden als internationales Geschehen, widmet sich ausgiebig jeweils der österreichischen, spanischen, osmanischen, dänischen und schwedischen Vorkriegspolitik. Nach dieser sehr gründlichen Vorbereitung geht der Überblick über das multifaktorielle Geschehen kaum verloren, wenn später von Heerzügen und Schlachten die Rede ist. Nicht nur mit vereinfachenden Schulbuchweisheiten räumt das Buch auf – etwa der aus dem 19. Jahrhundert stammenden Behauptung, der Krieg sei ein »Religionskrieg« gewesen. Auch in Einzelfragen macht Wilson sich nicht abhängig von Lehrmeinungen. So relativiert er die Bedeutung der Privatisierung der Kriegswirtschaft durch den vermeintlichen Frühlibertären Wallenstein, indem er darauf hinweist, wie sehr dessen Unternehmertum von Kaiser und Reich abhängig war.

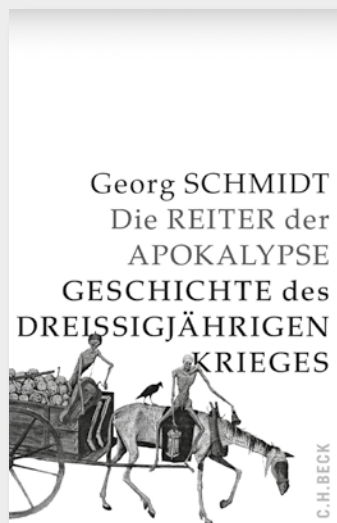
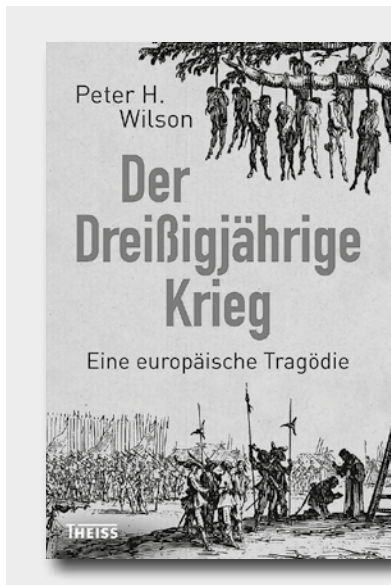
Das imposante Werk zeigt an jeder Stelle die Sicherheit eines Verfassers, der ein eigentlich kaum beherrschbares Thema unter Kontrolle hat. Präzise bis in Details, jederzeit nachprüfbar und gut erschlossen durch ein umfangreiches Literaturverzeichnis präsentiert Wilson seine

Fakten strukturiert (auch in Tabellenform), liefert etliche gute Karten wichtiger Schlachten und erleichtert die Orientierung durch prägnante Zwischenüberschriften (die leider im Inhaltsverzeichnis nicht auftauchen, eine Unsitte!). Wilsons Stil ist für eine anspruchsvolle historische Monographie grundsätzlich gut verständlich. Gleichzeitig macht er aber im Einzelnen keine Zugeständnisse an die Komplexitätsreduktion, das Buch wimmelt vor Namen, Daten und Zusammenhängen. Die vielen (gerade persönlich-biographischen) Details machen die Lektüre anstrengend, aber die Darstellung auch ungemein farbig: hier handelten Menschen, keine anonymen Kräfte.

Trotz der 30 Jahre, trotz der vielen Beteiligten, trotz der verflochtenen Motive und Kausalitäten: Das Buch läßt für den Leser, der sich die

figijährigen Krieges in den Blick. Auch dem in jener Zeit bedeutenden Flugschriftenwesen und anderen Formen von Propaganda und Publizistik gibt er mehr Raum.

Seine Kriegs- und Friedensgeschichte kleidet Schmidt in mehrere Mäntel. Zum ersten beschreibt er die Kriegführung nicht als alleinstehendes Verhängnis. Neben der organisierten Massengewalt sind es Hunger und Pest, die er als drei apokalyptische Reiter über die Zeitgenossen kommen sieht. Diese drei Plagen sind 1618 bis 1648 kaum voneinander zu trennen, die eine folgt auf die andere. Immer wieder nimmt er diese Perspektive ein, statt nur auf die Kriegshandlungen zu blicken. Der zweite Mantel ist eine Demythifizierung, die Schmidt vornehmen will: die »kollektive Traumatisierung« der Deutschen durch die lange Kriegszeit sei eine nach-



Alle hier vorgestellten Bücher sind erhältlich bei antaos.de

fast 1000 Seiten Text zumuten will (ellenlange Anhänge kommen hinzu) offenbar keine Frage offen. Wer sich für das Schicksal der Kriegskredite nach dem Friedensschluß interessiert, die Windungen der Diplomatie im Detail verfolgen möchte oder schon immer wissen wollte, welche Auswirkungen das europäische Kriegstheater auf Angola (!) hatte, der findet bei Wilson auch darauf eine Antwort. Das Buch ist eine kleine Enzyklopädie des Dreißigjährigen Krieges in einem Band und vielleicht sogar als Nachschlagewerk besser geeignet denn als Schmöcker für den Feierabend. Ein schier endloses Personenregister ermöglicht das Auffinden auch abseitigster Nebenfiguren. Was dem ohne Abstriche empfehlenswerten Band gerade darum um so merklicher fehlt (neben einer Zeittafel), ist allerdings ein Stichwortregister.

Wer sich weniger für Kampfhandlungen und Operationsgeschichte sowie Personen interessiert und einige Stunden weniger Lesezeit investieren will, kann guten Gewissens auch zum ernsthaftesten Konkurrenzwerk auf dem Jubiläumsbuchmarkt greifen (Georg Schmidt: *Die Reiter der Apokalypse*, C.H. Beck 2018, 810 S., 32 €). Der Jenaer Professor Schmidt nimmt stärker die politische und Sozialgeschichte des Drei-

trägliche Erfindung und aus den Quellen der Zeit nicht nachweisbar, die im Krieg verteidigte »deutsche Freiheit« ein politisch instrumentalisiertes Narrativ und der Dreißigjährige Krieg auch keine »Urkatastrophe«. Zum dritten betont der Autor bei allem Wandel die Kontinuitäten und stellt den Krieg und seine Bewältigung durch das Westfälische System in die gesamteuropäische Geschichte des 17. Jahrhunderts, wo beides keinen Fremdkörper bildet.

Das Werk, verfaßt in einem nüchternen, im guten Sinne akademischen Stil, steht in der Tradition der großen deutschen Historiographie. Es läßt sich hier tatsächlich auf fast jeder Seite etwas lernen. Die Einführung in die Reichsverfassung, unter den Themen großer Relevanz das wohl komplexeste, darf fast genial genannt werden. Die Charakterisierung von Personen gelingt Schmidt dagegen weniger gut als Wilson. Die zahllosen Kriegsteilnehmer gerade der zweiten Reihe bleiben meist gesichtslos. Dafür ist der Autor seinem englischen Konkurrenten in der Vorstellung Wallensteins und seines Kriegssystems wiederum deutlich überlegen. Nur wenige Flüchtigkeitsfehler trüben den sehr guten Eindruck, etwa wenn ein Abschnitt mit »Pfa-fengasse« überschrieben ist, diese Landstriche

dann aber fast keine Rolle spielen. Auch hat der Verlag dem Werk keine Karten wichtiger Schlachten beigegeben, vielleicht eine bewußte Positionierung gegen einen militärgeschichtlichen Erzählstandpunkt. Eine Zeittafel, die bei dem jahrzehntelangen Geschehen sehr hilfreich wäre, vermißt man ebenfalls.

Anders als Wilson gönnt Schmidt sich einen langen essayistischen Epilog zur Rezeptionsgeschichte und den anhaltenden Folgen von Krieg und Frieden. Hier verläßt ihn kurz die Nüchternheit, wenn er nach fast 700 Seiten plötzlich Bögen zur angeblich aggressiven Bismarck-Politik schlägt, die in ihren Folgewirkungen Europa »in Schutt und Asche gelegt« habe, oder die These vom »zweiten dreißigjährigen Krieg« 1914 bis 1945 mit sehr schwachen Argumenten verwirft. Es gelingt ihm sogar, den Klimawandel des 21. Jahrhunderts zu erwähnen. Vielleicht gehören solche aus der eigenen Zeit heraus getroffenen Schlußfolgerungen gar nicht in ein historiographisches Buch. Beachtlich sind aber seine Einsichten in den Charak-

Eine neue Geschichte des Dreißigjährigen Krieges, Klett-Cotta 2018, 296 S., 25 €). Burkhardt deutet und beschreibt den Krieg als »Staatsbildungskrieg« und befaßt sich dementsprechend im Schwerpunkt mit den Verfassungskonflikten, Machtverschiebungen und (immer wieder von verschiedener Seite aufgenommenen) Friedensbemühungen. Die Betonung des Leidens des kriegsunterworfenen deutschen Volkes vergißt er darüber nicht, in seiner Einleitung verweist er auf die »Vergessenen« der Geschichtsschreibung: Kinder, Frauen und Soldaten.

Was das Buch mit seinem Anspruch einer Gesamtdarstellung bemerkenswert macht, ist auch die große Schwäche: seine Kürze. Dem Autor gelingt grundsätzlich eine sinnvolle Akzentsetzung, die große Linien sichtbar machen will und manches gut verständlich erläutert. Einen wirklich nachvollziehbaren roten Faden hat er dem Leser aber nicht gesponnen. Wer die Geschichte der Jahre 1618 bis 1648 nicht bereits gut kennt, muß geradezu die Orientierung verlieren. Wichtige Themen werden auseinanderge-



ter der »Sonderweg«-These als bloße Umkehrung der kleindeutschen »Meistererzählung« (von Luther über Gustav Adolf zu Friedrich dem Großen und Bismarck) und – wieder bezogen auf das hier interessierende 17. Jahrhundert – zu den tatsächlichen Kriegsergebnissen und dem, was bei aller Vorsicht vielleicht aus dem Krieg gelernt werden könnte.

Eine Wahl zwischen Wilson und Schmidt zu treffen fällt schwer und ist abhängig von den Präferenzen des Lesers. Wer die Muße hat, lese beide Bücher parallel (dank ihres weitgehend streng chronologischen Aufbaus ist das gut möglich) und erhalte dadurch einen grandiosen Tiefeneinblick in ein epochales historisches Ereignis.

Aber nicht jeder kann und will sich ein Werk mit über 800 Seiten zumuten. Läßt sich über den Dreißigjährigen Krieg ein kurzes, aber dennoch für den Leser wertvolles Buch schreiben? Ein emeritierter Ordinarius für die Geschichte der Frühen Neuzeit hat es immerhin versucht (Johannes Burkhardt: *Der Krieg der Kriege*.

rissen mal hier, mal dort behandelt. Zusätzlich verzettelt sich Burkhardt gelegentlich in für den großen Gang der Ereignisse irrelevanten Details, die der Veranschaulichung dienen sollen, aber angesichts des eher knapp bemessenen Raumes eher irritieren.

Dazu kommen Stilblüten und Fehler in nicht vernachlässigbarer Zahl sowie eine insgesamt seltsame, betont »moderne« Sprache, die meist eher unfreiwillig komisch ist als mitreißend. Es irritiert, wenn der Autor ohne weitere Erklärung von einer »Zivilgesellschaft« im 17. Jahrhundert spricht. Endgültig in die Gefahr, dem Leser seine Lektürefreude zu verderben, kommt der Verfasser, wenn er seine (wenig originelle) politische Meinung zum heutigen Zeitgeschehen polemisch durchscheinen läßt. An anderer Stelle meint er, im Tonfall höchster Überlegenheit zugestehen zu dürfen, der unter dem Nationalsozialismus wirkende Historiker Günter Franz, »wiewohl Nazi«, habe dennoch in einer Sachfrage recht gehabt. Wer so etwas

im Tonfall der Verblüffung (»Das Unglaubliche aber ist: ...«) schreibt, weckt Zweifel an der wissenschaftlichen Ernsthaftigkeit seines Forschens und Schreibens – und Denkens.

Diese ärgerlichen Stellen sollen hier nicht überbewertet werden. Auf (ohne das editorische Beiwerk) 250 Seiten eine »neue Geschichte« des Kriegsgeschehens zu schreiben, ist ein ausgesprochen ambitioniertes Unterfangen. Burkhardt ist damit gescheitert, was nicht heißt, daß sein Buch gar nicht lesenswert wäre. Es ist mit großer Sachkenntnis verfaßt, nicht schlecht geschrieben und gibt manches zu bedenken. Letztlich ist das Werk aber ein Zwitter zwischen wertendem Essay und klassischer Geschichtsschreibung, was per se kaum gelingen kann.

Einen völlig anderen Ansatz wählt eine weitere Neuerscheinung (Christian Pantle: *Der Dreißigjährige Krieg. Als Deutschland in Flammen stand*, Propyläen 2017, 365 S., 18 €): das ausgiebige, kommentierte Zeitzeugen zitat. Zwei der bekanntesten Chronisten ihres Alltags im Dreißigjährigen Krieg, der Söldner Peter Hagedorf aus dem Anhaltischen und der Mönch Maurus Friesenegger vom Kloster Andechs, werden ausgiebig zitiert. Es gelingt Pantle geschickt, diese Berichte in seine eigene Erzählung von dem, was geschah, einzuflechten. So wird er nie abhängig von seinen Gewährsmännern und kann das, was sie selbst nicht mitbekamen, aus anderen Quellen berichten. Die Geschichtserzählung aus der Perspektive von Krieger und Geistlichem hat Vor- und Nachteile. Einerseits lassen die authentischen Erfahrungsberichte einen Einblick zu, der mit reiner Faktenhuberei nie zu gewinnen ist. Andererseits verführt die Annäherung an die erfahrene Realität Pantle zu romanartigen oder pseudodokumentarischen Passagen auch dort, wo es nicht um die Erlebnisse Einzelner geht. »Starker Schneefall dämpfte alle Geräusche, als ...« – man muß diesen Stil mögen.

Bei aller Farbigkeit der Darstellung kommen Wissen und Erkenntnis bei Pantle nicht zu kurz. Es ist beachtlich, wieviel der Autor wie nebenbei mitzuteilen weiß. Wenn er daran erinnert, daß im Dreißigjährigen Krieg (bezogen auf die Einwohnerzahl, nicht in absoluten Zahlen), deutlich mehr als doppelt so viele Deutsche starben wie im Zweiten Weltkrieg – von der größeren Grausamkeit und längeren Dauer der Geschehnisse ganz zu schweigen –, hat das vor dem Hintergrund der Erzählungen von selbst Erfahrenem eine andere Eindringlichkeit. Der Versuch, Fakten und Tagebuchauszüge zu kombinieren, ist Pantle geglückt, wenn die Darstellung auch merkliche Längen hat, weil der Autor die zeitgenössischen Schilderungen auch da erläuternd begleiten möchte, wo das nicht nötig wäre.

Das Buch ist durch seinen lebendigen Stil und die im Vergleich zu den zuvor besprochenen Büchern leichte Sprache für Jugendliche und Erwachsene, die weniger leseerfahren sind, geeignet. Drastische Gewaltdarstellungen werden auch hier – erst recht hier – allerdings nicht ausgespart.

Nicht nur die großen Verlagshäuser mit ihren Professoren und immensen Mitteln, auch kleine Verlage und kompetente Laienautoren hoffen auf die Lesergunst. Erfreulich ist, wenn ein solches Buch dann mühelos mit manchem Erzeugnis der Großen mithalten kann (Frauke Adrians: *Der Dreißigjährige Krieg. Zerstörung und Neuanfang in Europa*, Palm 2017, 191 S., 24,95 €). Adrians und ihr Verlag sind noch einen ganz anderen Weg gegangen, um das Kriegsgeschehen greifbar zu machen. Nicht mit vereinzelt Abbildungen oder Bildtafeln, sondern überreich und vollfarbig illustriert präsentiert die Journalistin ihr Material, darunter wenig bekannte bzw. ungesehene Gemälde, Stiche und Drucke. Um den Fluß ihrer Kriegschronik nicht zu stören, sind kleine Exkurse kulturhistorischer Art, Erläuterungen zu Personen(gruppen) und ähnliches mehr in Kästen ausgegliedert. Dadurch wie durch seine verständliche und sinnvolle Gliederung macht das Buch einen ausgesprochen aufgeräumten Eindruck.

Gemessen an seiner Kürze enthält das Buch medienhistorische Abhandlungen von relativ großem Umfang. Dennoch hat die Autorin, promoviert über die Pressegeschichte des Dreißigjährigen Krieges, der Versuchung widerstanden, ihrem Spezialgebiet einen ungebührlich großen Platz einzuräumen. Ihre knappen Erläuterungen zum Flugschriftenwesen, zu Kunst und Propaganda sind lesenswert und kommen in allen anderen hier vorgestellten Büchern angesichts der Bedeutung des in jener Zeit erst entstehenden Pressewesens und der organisierten Meinungsbeeinflussungsindustrie eher zu kurz.

Inhaltlich steht der Band den Veröffentlichungen der Fachhistoriker wenig nach. Die Platzbeschränkung gebietet auch hier viele Lücken, und einen differenzierten Umgang mit heiklen oder schwer zu deutenden Themen darf der Leser ebensowenig erwarten wie neue Denksätze. Ein paar Fehlwertungen ließen sich bemängeln. Aber um in kurzer Zeit einen fundierten Überblick über die furchtbaren dreißig Jahre zu erlangen, ist das Buch fast ideal. Adrians Stil ist unterhaltsam, man liest das Buch in wenigen Stunden.

Dem Geschichtsinteressierten wird also, wie es sich zeigt, schon in der ersten Welle der Neuerscheinungen einiges geboten. Ob die nächsten dreißig Jahre weitere Großtaten der Historiographie bringen werden? Oder haben die infrage kommenden akademischen Musketiere nun ihr Pulver verschossen? Mit Sicherheit erwarten uns zahlreiche Biographien der wichtigsten Protagonisten, kulturgeschichtliches Allerlei über das »Leben im Krieg« sowie 2048 – sofern es dann noch ein nennenswertes Lesepublikum in deutscher Sprache gibt – Abhandlungen über den Westfälischen Frieden. Zu hoffen bleibt, daß auch die Schöne Literatur sich der Zeit wieder verstärkt annimmt, Daniel Kehlmann hat es mit dem gefeierten Roman *Tyll* vorgemacht. Erinnerung darf nicht den Historikern allein überlassen werden. Dafür ist sie zu wichtig. ■

Sie kommen!

Timur Vermes: *Die Hungrigen und die Satten*, Köln: Eichborn 2018. 512 S., 22 €

Ist das nicht seltsam? Der Journalist und Bestsellerautor Timur Vermes schrieb *den* Verkaufschlager der vergangenen Jahrzehnte: *Er ist wieder da* hat sich über zwei Millionen Mal verkauft, das ist konkurrenzlos! Manchen war diese bitterböse Satire über einen in der Jetztzeit wieder-auferstandenen Adolf Hitler zu despektierlich und politisch unkorrekt. Es war ein bodenloser Quatsch, eine Groteske. Und es traf den Nerv.

Nun hat Timur Vermes wieder zugeschlagen. Im August 2018 erschien sein zweiter Roman, *Die Hungrigen und die Satten*, Pressewirbel wäre normal. Er ist ausgeblieben. Warum wohl? Weil *Die Hungrigen und die Satten* so richtig ans Eingemachte geht? Als er im *SPIEGEL*-Interview darauf angesprochen wurde, ob er eigentlich die literarische Blaupause zu seinem Roman, nämlich Jean Raspails *Das Heerlager der Heiligen*, erschienen bei Antaios, gelesen habe, verteidigte sich Vermes: Erst nach Drucklegung seines eigenen Buchs habe er reingeschaut, in einer Leihbücherei, »weil, so was kauft man nicht.« So was? Vermes: »Wer das veröffentlicht, veranstaltet keine literarischen Salons, der baut literarische Gaskammern.« Ach so?

Vermes selbst ist in seiner beklemmenden Dystopie auch nicht zimperlich: Wir befinden uns in der nahen Zukunft. Europa hat die Schotten dichtgemacht. Wenigstens für die, die heute zur reisefreudigsten Menschheit gehören: für Afrikaner südlich der Sahara. Es gibt kein Durchkommen. Oder kaum, denn Schlepperdienste sind ziemlich unerschwinglich geworden. Nun gibt es dort gigantische Flüchtlingslager, die Schwarzen harren seit Monaten in subsaharischen Gefilden aus, ohne Hoffnung, ohne Arbeit, aber doch mit einem Traum: Deutschland! Der Himmel auf Erden! Es trifft sich, daß der deutsche Superstar Nadeche Hackenbusch (ist nicht allein diese Namensfindung genial?), Moderatorin des Privatsenders mytv, gerade eine tränenreiche Sendung plant. Hackenbusch ist der »Engel im Elend«. Es geht darum, hübsche Flüchtlingsfrauen für eine Modestrecke zu casten.

Einer der unternehmungslustigsten Afrikaner rechnet vor: »Wenn ich in den vergangenen anderthalb Jahren täglich nur zehn Kilometer gelaufen wäre, dann wäre ich fünftausend Kilometer weiter.« Frau Hackenbusch ist so dumm wie gewieft: Wie wär's, denkt sie sich

aus, wenn man mit all diesen bemitleidenswerten Flüchtlingsfrauen samt zugehöriger Männer einfach die Grenzen überschreiten würde? 150 000 Geflüchtete laufen durch halb Afrika, erreichen Europa, die Kamera hält drauf, täglich, es gibt verschiedene *contests* (der hübscheste Flüchtling, der jüngste etc.) – welche Grenze würde vor solch medialer Übermacht standhalten? Ein bißchen Geld, um die Grenzposten zu schmieren, steht ja zur Verfügung. Und gerade in Afrika ... Für etwas Knete würden die schon ihre Schlagbäume öffnen! Gedacht, getan. Die Sache läuft wie geschmiert. Den Transitländern ist klar, daß es nur um Durchlaß geht. Jedes Land gibt ein paar zehntausend Migrationswillige hinzu.

Natürlich ist der Organisationsaufwand immens. Die »Flüchtenden« dürfen ja nicht verdursten oder verhungern unterwegs. Natürlich muß auch bedacht werden, daß jeder Flüchtende rund 300 Gramm Kot täglich ausscheidet (was zum Horror

werden kann für die, die am Ende des Trecks laufen) und daß massenweise Kinder zur Welt gebracht werden in dieser langen Zeit beim Lauf auf Europa (freilich boomt das Prostitutionsgewerbe). Die von kundigen Schwestern betreuten Säuglingswagen sind ein Bonuspunkt für mytv!

Bis zur Grenze der Türkei, der Flüchtlingsstrom ist auf rund 300 000 ungewaschene Schwarze angeschwollen, läuft die Sache sehr glatt, inklusive Überquerung des Roten Meeres. Die Türkei, der erste halbwegs funktionierende Staat auf dem langen Weg, reagiert überraschend. Wie, soll hier nicht verraten werden.

Bald, schneller als gedacht, ist die Grenze zu Deutschland im Visier der 300 000. Der »wertkonservative«, sympathisch dargestellte CSU-Innenminister ist einem Attentat zum Opfer gefallen. Kein Wunder – mittlerweile hat Pegida nicht nur im Osten sechsstellige Teilnehmerzahlen, selbst in München gehen sie massenhaft auf die Straße. Der neue Innenminister (ein Schwuler, dessen Lifestyle Vermes genüßlich karikiert) läßt einen Grenzwall errichten. Mit Starkstrom aufladbar.

Die Hungrigen und die Satten ist eine Satire von dieser Art, wo einem das Lachen (oh, ja, man muß viel lachen!) am Ende im Halse steckenbleibt. Kein Wunder, daß dieses grandios geschriebene Buch bislang unter dem Radar der öffentlichen Wahrnehmung segelte. Bissiger und realistischer geht es kaum. Fragt sich bloß, wie wir uns eine »literarische Gaskammer« vorstellen sollen. Wer, wenn nicht Vermes, gäbe Gas?

ELLEN KOSITZA ■



Es gibt keine großen Erzähler mehr? Und ob!

Michael Köhlmeier: *Bruder und Schwester Lenobel*, Roman, München: Hanser 2018.
544 S., 26 €

Als man sich jüngst in netter Runde wieder in fröhlichem Kulturpessimismus erging, mußte (nach langem Nicken und Sekundieren) an einer Stelle jäh Einhalt geboten werden: Es gäbe heute auch keine Erzähler mehr, klagte einer. Da irrte sich der Gast gewaltig. Freilich gibt es sie, die großen Erzähler deutscher Zunge! Michael Köhlmeier nimmt fraglos einen der obersten Ränge ein. Mit seinem ausufernden, mäandernden Familienroman *Bruder und Schwester Lenobel* stellt er das erneut unter Beweis. Echte, gute, zeitgenössische Literatur, welthaltig und zweifelsohne kanonisierbar? Hier!

Robert Lenobel ist Psychiater in Wien. Ein »aggressiver, paranoider Charakter, der nach Macht verlangte. Aber es gab einen Zeugen, nämlich ihn selbst, und dessen aggressiven, paranoiden Spott wollte er sich nicht antun.« Robert ist verschwunden. Seine Frau Hanna, Inhaberin einer jüdischen Buchhandlung, bittet Roberts Schwester Jetti um Hilfe. Die, eine ätherische Schönheit, eine ru(c)hlose Circe, fliegt aus Irland ein. Dort leitet sie ein florierendes Unternehmen: Sie führt zeitgemäße One-world-Projekte mit Geldgebern zusammen. Gerade plant sie eine Dauerausstellung im irischen Nationalmuseum über die frohe Lebensart der Zigeuner. Sie weiß, wie man dafür den europäischen Sozialfonds knackt und den Asyl- und Migrationsfonds sowie den Integrationsfonds gewinnt – private Unternehmen pflegen dann gern mit einzusteigen. Jetti hat in ihrem Fundus viele auswendiggelernte Redewendungen, »die Kompetenz anzeigen«. Wenn dies alles nicht reicht, hilft der Hinweis auf ihr Jüdischsein: Dann fragt das Finanzamt nicht nach, »weil die Behörden nicht in der Zeitung landen wollen«, und sie wird dann wie »eine zerbrechliche Heilige« behandelt.

Hanna hingegen hat mit dem Jüdischwerden (bekanntlich ein schwieriger Akt) lange geliebäugelt. Speziell deshalb, weil sie schwer verliebt war in (den längst toten) Abba Kovner, den Kopf der jüdischen Rache-Truppe Dan Yehudi Nakam, die geplant hatte, in deutschen Großstädten Trinkwasser und Brot zu vergiften. Ihr Mann Robert, der sich nun abgesetzt hat und auf erotischen Abwegen wandelt, hatte ihr vorgeworfen, daß sie ihm »Nachhilfe in Betroffenheit« geben wollte. Als hätte man eine solche »Vortur-nerin« nötig! Letztlich hatte Hanna abgelassen von Kovner: »Die Große Gerechtigkeit war zu groß für sie. Niemand nahm ihr das übel.«

Köhlmeier nun zieht diese an sich bereits vielfältig verzwickte Geschichte keineswegs an einem Strang durch. Lauter Nebenschauplätze

tun sich auf. Er verpackt sie zum einen in enigmatische Kunstmärchen, die jedem Kapitel vorangestellt sind und zum anderen in Kleinst-Exkurse, die jeder für sich goldwert sind. Da ist jener Bürgermeister eines österreichischen Dorfs, der Jetti mit seinen Plänen penetriert: Er möchte sein Kaff zu einem Kafka-Dorf werden lassen, eine Event-Maschine starten. Nicht, daß er literarisch gebildet wäre, nein, aber er kann Kafka-Erzählungen auf Punkt und Komma auswendig hersagen. Der leider verblichene Lou Reed sei begeistert gewesen; nicht ausgeschlossen, daß man nun Hollywoodstars wie Cate Blanchett hinzugewinnen könne?

Am Ende wird die umtriebige Jetti ihre mutmaßlich große Liebe finden, und wir begleiten Robert Lenobel bei seinen Versuchen, ein Jude zu werden, »wie er im Buche steht.« Der Weg dorthin, an die Klagemauer, war langwierig. Kurz vor seinem Verschwinden gen Osten hatte Lenobel die Welt der Internetforen für sich entdeckt. Er hat gepostet, was das Zeug hält – rechtsradikale Auslassungen, *just for fun*; rein zur Freude an der Wirkung hat er Stil, Jargon und

Rechtschreibschwäche der wutbürgerlichen Internetarmee übernommen und sich nebenher kundig in wikipedia-Einträge eingefuchst. Das ist zum Schießen!

Wenigstens ist es dies vordergründig. Performanz und Authentizität sind die Sachbestände, die hier *eigentlich* verhandelt werden. In diesem Sinne ergeht sich Lenobel auf Identitätssuche in Aphorismen: »Gleichheit ist der gesellschaftliche Zustand der Hölle«, schreibt er. Und: »Ist man neurotisch, weil man Jude ist? Oder ist man Jude, weil man neurotisch ist?« »Die Juden«, soviel scheint klar, fungieren als »Figuren aus der eingespielten Bühne des deutschen Gedächtnistheaters.« Eine gewisse Eitelkeit gesteht sich Lenobel dabei durchaus zu, zumal er als Fachmann den psychologischen Vorgang durchschaut und »Maß zu halten« bereit ist. Sein Finale findet in Jerusalem statt. Er kauft sich eine Kippa, »kichert, wie ein Schtetl-jude wohl kichert, er macht den Rücken krumm und gestikuliert, als wäre er Veit Harlans *Jud Süß* entstiegen« – um letztlich diese Identität als unpassende abzulegen.

Überborden, Nebenarme bilden und dennoch ein Fluß bleiben, was für eine schriftstellerische Leistung, Welch ein Genuß! Es gibt wenige, die Köhlmeier in seinen Charakterzeichnungen, in seiner Schattierungskunst, seiner Erzähllust übertreffen. Hinzu kommt, daß dieser Autor imstande ist, selbst eine Figur abzugeben, die aus einem seiner lebensnahen Romane entsprungen sein könnte. Man kann im Netz leicht die Rede finden, die Köhlmeier im vergangenen Frühjahr vor dem österreichischen Parlament zum Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft hielt: Life is life, Leben heißt Leben (Laibach).

ELLEN KOSITZA ■



Linker Realismus?

Peter Singer: *Linke, hört die Signale! Vorschläge zu einem notwendigen Umdenken*, Ditzingen: Reclam 2018. 95 S., 6 €

Chantal Mouffe: *Für einen linken Populismus*, Berlin: Suhrkamp 2018. 112 S., 14 €

Die Flüchtlingsproblematik veranschaulicht, daß es dem rot-rot-grünen Milieu erstens an konkreter Lageanalyse, zweitens an Realismus mangelt. Nils Heisterhagen, Grundsatzreferent einer SPD-Landtagsfraktion, fordert beide Bausteine für eine erneuerte Linke. Ihm springen zwei aktuelle Publikationen bei, die nach Bernd Stegemanns *Gespens des Populismus* (Berlin 2017) als Wegweiser für Sahra Wagenknechts »Aufstehen« interpretiert werden können.

Peter Singers Streitschrift *Linke, hört die Signale!* erreicht den deutschen Leser dabei mit fast 20 Jahren Verspätung. Ein Umstand, der nicht ins Gewicht fällt, denn die Thesen des australischen Philosophen bleiben für die linke Misere frappierend aktuell. Singers Ausgangspunkt ist die Beanstandung eines Marx'schen Grundfehlers, wonach der Mensch als »das *ensemble* der gesellschaftlichen Verhältnisse« gelte und man mit einer fundamentalen Änderung der Gesellschaft zugleich den Menschen fundamental ändern könne. Singer plädiert entgegengesetzt für ein Menschenbild, das evolutionäre und verhaltensspezifische Kontinuitäten einbezieht; er spricht von einer »darwinistischen Linken«.

Drei Aspekte sind von besonderem Interesse: Erstens fordert Singer die Aufgabe des linken Traums der »Vervollkommnung des Menschen«: »Wer blind gegenüber den Tatsachen über die menschliche Natur ist, muss mit einer Pleite rechnen«. Zweitens erinnert Singer daran, daß unsere Gesellschaft, der die neoliberale Selbstoptimierungs-idee zu Grunde liege, keine Gesellschaft sei, in der »Glück und Erfüllung« für die große Mehrheit zu finden sind. Singer fordert einen kooperativen Neubeginn auf Basis realistischer Ausgangsprämissen. Drittens bezieht Singer den Umstand ein, daß Altruismus nicht die Regel ist. Daher müßten Strukturen entwickelt werden, in denen der (natürliche) Wettbewerb auf »sozial wünschenswerte Ziele« gelenkt würde. Wegweisend wäre es, »an den traditionellen Werten der Linken« anzudocken. Sascha Benjamin Fink faßt Singers Plädoyer in einem Nachwort damit zusammen, daß es dem Australier »um die direkte Solidarität der Starken mit den Schwachen einer Gesellschaft« gehe. Singer und Fink (und damit auch »Aufstehen« und Co.) werden indes Probleme mit dem linken Mehrheitslager bekommen, wenn von menschlicher »Evolutionsgeschichte in Kleinstgruppen« gesprochen wird, die dafür ursächlich sei, daß wir »nur in geringem Maße zu Fernstenliebe in der Lage« sind.



Ähnliches mag man für Chantal Mouffes Aufruf *Für einen linken Populismus* konstatieren. Die belgische Politikwissenschaftlerin arbeitet seit 1985 (bis 2014 mit Ernesto Laclau) an einer popularen Wende des linken Milieus; nun fordert sie offener denn je »Linkspopulismus« als Antwort auf die Krise der liberalen Hegemonie und der technokratischen »Postpolitik« in Westeuropa. Linken Populismus versteht Mouffe als »diskursive Strategie«, welche auf eine Betonung der Dichotomie Volk – Oligarchie abziele. Rechtspopulismus sei der zentrale Gegenspieler, denn »die zentrale Achse der politischen Auseinandersetzung« der kommenden Jahre verlaufe zwischen beiden Populismen. Mouffe sieht den entscheidenden Unterschied eher in der finalen Stoßrichtung, nicht in der Lageanalyse. Man könnte Mouffes Kritik des »Besitzindividualismus« der liberalen Gesellschaft samt ihrer marktgläubigen und konsumistischen Ideologie als materialistische Liberalismuskritik deuten, die Berührungspunkte mit rechter Liberalismuskritik aufweist.

Doch die Scheidelinie verläuft nach Mouffe dort, wo der linke Populismus Gleichheit und Volkssouveränität vertiefen wolle, während sein rechter Widersacher bei aller Betonung der Souveränität eines Volkes die egalitäre Dimension negiere. Anschließend wird die (in der 85. *Sezession* analysierte) »Lücke« im Denken der Linkspopulisten offenkundig: Die permanente Bezugnahme auf ein »Volk« und dessen demokratische Souveränität verschleiert kaum, daß Mouffe nicht erklären kann, was ein »Volk« ausmache. Ihr Gerede über eine zu konstruierende »Äquivalenzkette« zwischen Arbeitern, Einwanderern und der »LGBT-Gemeinde« bleibt intellektualistisch und unreal. Aufschlußreicher sind Mouffes Überlegungen zur Umformung des Bestehenden. Ihre Wortschöpfung »radikaler«, weil grundlegender »Reformismus« als Mittelweg zwischen »reinem Reformismus« und dem »totalen Bruch« erinnert an die Dialektik aus Nah- und Fernziel, an eine Politik der kleinen Schritte auf dem Weg zur großen Transformation.

Mouffes an Schmitt geschulte Scheidung zwischen Liberalismus und Demokratie sollte auch rechts ernstgenommen werden. Jedenfalls sind Mouffes Ausführungen hinsichtlich der zu kritisierenden liberalkapitalistischen Ordnung und der Wiedereinsetzung wirklich demokratischer Verhältnisse für »rechte Populisten« anschlussfähig. Dasselbe gilt für Mouffes Forderung, die Menschen dort abzuholen, wo sie stehen und ihre Gefühlslage zu berücksichtigen. Berufsmäßige Arroganz und elitistische Bevormundungsagenda werden Mouffes Vorhaben auf der Linken wohl unmöglich machen: zum Vorteil einer popularen Rechten. Die nämlich vermeidet liberale Denkfallen und entwendet die von Mouffe (neu) beanspruchte soziale Frage nicht nur strategisch der Linken, sondern entwickelt mittlerweile auch inhaltlich kohärente Konzepte.

BENEDIKT KAISER ■

Als die Briten uns von Napoleon befreiten

James Hawes: *Die kürzeste Geschichte Deutschlands*, Berlin: Propyläen 2018. 336 S., 18 €

Deutschlands Osten sei kolonisiert, und das über Jahrhunderte. Dagegen begehren die Kolonisierten auf – unter anderem, indem sie heute die AfD wählen. Um diese knallige, einprägsame These zu begründen, beginnt der englische Germanist Hawes einen Parforceritt durch 2000 Jahre deutscher Geschichte.

Für den Autor gibt es zwei Deutschlands. Grenzlinie sei die Rhein-Limes-Linie, später die Elbe. Der südwestlich davon liegende Teil ist geprägt durch den römischen Einfluß, nahm in der Spätantike den christlichen Glauben an, dem anderen fehle diese frühe zivilisatorische Prägung. Die Elbe wurde die Grenze zwischen dem nach Rom orientierten *wir* und dem *ihr* der anderen. Unter Otto dem Großen wurden jenseits des Flusses Befestigungen angelegt: Havelberg, Brandenburg, Magdeburg, und er erweiterte den ostfränkischen Machtbereich bis an die Oder.

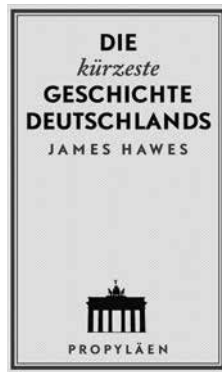
Die Ostsiedlung macht bei Hawes aus Ostelbien Kolonialgebiete mit deutschen Herrschern und unterdrückten Slawen, die dort weiterhin lebten. Er erkennt, daß es nach Übernahme des Christentums durch die Slawen keinerlei Unterschied zwischen den Menschen gab. Die Bevölkerungen vermischten sich.

Was für Hawes bei den Römern eine zivilisatorische Errungenschaft war – aus befestigten Militärsiedlungen (Xanthen, Köln, Bonn, Koblenz, Mainz) entstanden Städte –, belegt er in bezug auf die östlich der Elbe gelegenen Territorien mit dem negativ befrachteten Begriff Kolonialismus. In Ostelbien hätten sich die Siedler das Land mit Gewalt genommen. Kein Wort davon, daß örtliche slawische Herrscher die Deutschen aufgefordert hatten, ins Land zu kommen und unbewohnte Wildnis urbar zu machen, Wälder zu roden und Sümpfe trocken-zulegen. Stattdessen schreibt Hawes, hier sei eine »abwehrend-aggressive, koloniale Weltsicht des »sie gegen wir« entstanden. »Sie«, die anderen, waren die Heiden. Dieses »sie« wurde mit Bekehrung zum Christentum jedoch zum »wir«. Die Sprache der Untertanen spielte keine Rolle. Im Osten des Reiches waren es slawische Idiome, im Süden italienische, im Westen französische, im Norden dänische. Das verbindende Element blieb das Latein der Kanzleien und Herrscher. Nationalismus gab es im Mittelalter nicht. Er entstand erst als Folge der Französischen Revolution. Hawes projiziert politische Vorstellungen des 19. Jahrhunderts ins Mittelalter, ohne die gesellschaftspolitischen Unterschiede zu berücksichtigen. Vieles wird ausgespart, noch mehr falsch dargestellt. Statt den Machtkampf zwischen Kaiser Barbarossa und Heinrich dem

Löwen zu erwähnen, habe für Hawes die Machtteilung zwischen beiden »prächtig funktioniert«. Die religiös motivierten Hussitenkriege werden zum slawischen Volksaufstand. Junker habe es – wegen des kolonialen Charakters Ostelbiens – nur dort gegeben, außerdem betrachteten sie sich nicht als Deutsche. In Preußen hätten nur Adelige Offizier werden können – in Rußland, Österreich und Frankreich war es jedoch nicht anders. Napoleon wird zum »Befreier« Westdeutschlands hochstilisiert, die französische Vorherrschaft sei dort willkommen geheißen worden. Berlin habe Krieg gegen Frankreich führen wollen – der zaudernde König Friedrich Wilhelm III. bleibt außen vor –, weil Preußens »Hegemonialpläne« im Norden gefährdet waren. Preußen »kollabierte« 1806/07 und richtete sich – im Gegensatz zu Österreich – nicht wieder auf. Der Sieg in den Befreiungskriegen über Napoleon sei allein den Briten zu verdanken. Es ist müßig, hier allen von Hawes präsentierten Unsinn aufzuzählen. In beinahe jedem zweiten Satz des Buches steckt eine Unrichtigkeit, eine Auslassung, eine Boshaftigkeit, eine Fehlinterpretation. Er liefert ein Zerrbild von Deutschland. Hawes interessiert sich nicht dafür, wie es gewesen ist. Ihn scheint ein antipreußischer Furor anzutreiben. Er meint, der 1947

scheinbar ausgerottete preußische Geist erhebe heute östlich der Elbe wieder sein Haupt. Dagegen schreibt er an – und gegen die Wahrheit.

OLAF HASELHORST ■



Wer ist Höcke – und wenn ja wie viele?

Björn Höcke: *Nie zweimal in denselben Fluß: Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig*, Berlin: Manuscriptum 2018. 291 S., 18,90 €

Das hätte sich Pop-Philosoph Precht wohl nicht träumen lassen: daß seine Apologie der postmodernen Persönlichkeit als Dividuum, als Teilbares, in vielen Identitäten lebendes Wesen, ausgerechnet von Björn Höcke verwirklicht werden könnte. Höckes öffentliches Bild, von den relevanten Medien *ad nauseam* verbreitet, ist so verheerend wie eindimensional. Innerhalb dieses Rahmens ist an ein volles Höcke-Bild nicht zu denken.

In sechs, grob an den biographischen Verlauf gekoppelten Gesprächen mit Sebastian Hennig offenbart der wohl umstrittenste Politiker, wie er sich selbst und die Welt sieht. Schon vorab darf man konstatieren: Dieses Buch unterscheidet sich radikal von den üblichen Selbstdarstellungen aus dem politischen Betrieb durch den Verzicht auf Phraseologie, Moralismus, Parteilichkeit und konsequenzlose Willenserklärungen. Selbst wenn Höcke im weiteren Geschehen des Landes keine Rolle mehr spielen

sollte, so steckt dieses Buch doch voller politischer und auch philosophischer Ideen und ganz eigenen Geschichtsinterpretationen. Und: Es ist so prall, daß keine Rezension seine wahre Fülle erfassen kann, es gilt: tolle et lege!

Wir haben es offensichtlich mit einem kultivierten, gebildeten Manne zu tun, dessen natürliches Argumentieren immer wieder in die Philosophie abgeleitet, ja Philosophie wird, also permanent den Blick von oben und von außen sucht, selbst in den verzweigten Labyrinthen der Realpolitik. Das mag einen Teil seiner Anhänger sogar befremden, denn der ständige Verweis auf Autoritäten – »wie XY sagte« – kann mitunter als etwas anstrengend empfunden werden und setzt den bewanderten Leser voraus. Selbst die frühkindlichen Erinnerungen werden sofort in geschichtsphilosophische Reflexionen umgemünzt – die sich jedoch lohnen; es gibt bei Höcke eine unerwartete Abstraktionslust.

Die scheint auch aus frühkindlichen Erfahrungen heraus entstanden zu sein, aus einer glücklichen Kindheit ohne größere Restriktionen und aus einem daraus erklärbaren Verlusterlebnis: Geborgenheit, Vertrautheit, Familie, Natur, männliches und weibliches Prinzip, Dialog, Werte, Geschichtsbewußtsein, Verwurzelung, Träume ... eine scheinbar vergangene Welt, eine richtige, eine gute Welt, die es wiederzuentdecken oder wiederherzustellen gilt. Politik und AfD sind nur die Vehikel, notwendig geworden durch eine zerstörerische Zersplitterung der Gesellschaft. Auch wenn Höcke mit Leib und Seele Politiker ist, wie man erfährt, so ist er es doch wider Willen und mit großer Distanz. Parteidenken ist ihm fremd, die Partei als Selbstzweck ein Graus; sie hat Höherem zu dienen – dem Deutschen Volke – und Schaden von ihm abzuwenden. Der Schwere der Aufgabe ist Höcke sich ebenso bewußt wie der Bedeutungslosigkeit des Einzelnen. Es sei denn, dieser Einzelne sei ein Großer, wie Bismarck etwa – der am häufigsten auftauchende Name in diesem nicht namensarmen Buch. »Preußen ist als geschichtliches Phänomen für die Erneuerung unseres Gemeinwesens von elementarer Bedeutung«, lautet fast das Schlußwort.

Ein anderer Preuße, ein überraschender allzumal, fehlt nahezu, obgleich er auf fast jeder Seite präsent ist. Höcke ist Hegelianer! Oder etwas verallgemeinerter ausgedrückt: Dialektiker. Natürlich nicht marxscher Observanz, sondern heraklitischer und eben hegelscher. Das hätte der Titel schon verraten können, im Text jedoch verweist er immer wieder auf das tief verinnerlichte Verständnis der Geschichte als Fluß. Die Mär vom Reaktionär zerfällt: »Es darf und kann keine Rolle rückwärts geben, sondern wir müssen das Ganze auf eine neue, höhere Stufe stellen«, es gehe darum, »an die schöpferischen Stränge der Neuzeit anzuschließen«. Derartige Hegelianismen gibt es die Menge.

Höcke nutzt diese Einsichten auch, um sich sowohl selbst zu relativieren, als auch – hier wird Buber ins Spiel gebracht – das dialogische Prinzip, dem er sich verpflichtet fühlt, anzupreisen. Das will nun gar nicht ins Feindbild passen, doch klingen diese Äußerungen durchaus authentisch. Auch der politische Gegner kann also von der Lektüre profitieren und vielleicht seine aversiven Assoziationen neu konditionieren; er wird auch sonst nur wenig finden, was sie betätigen könnte.

Diesen differenzierten Aussagen und versöhnlichen Tönen, im entschiedenen Duktus vorgetragen, kann man nur sehr viele und vor allem einen Leser wünschen: Björn Höcke.

JÖRG SEIDEL ■

Chinas offene Fragen

Helwig Schmidt-Glintzer: *Chinas leere Mitte. Die Identität Chinas und die globale Moderne*, Berlin: Matthes & Seitz Berlin 2018. 124 S., 12 €

Auch wenn das Zeitalter, in dem wir leben, insbesondere in geopolitischer Hinsicht ein ergebnisoffenes bleibt, steht doch außer Zweifel: China ist die kommende Weltmacht. Schwerpunkte in Zeitschriften und Magazinen (vgl. auch den Themenblock in *Sezession* 83) sowie die tägliche Presseberichterstattung zeugen kontinuierlich von dem immensen Veränderungsprozeß, der sich innerhalb wie außerhalb der Volksrepublik, in Asien, Afrika und Europa, angeleitet von Staat, Partei und Wirtschaft des Milliardenreiches, vollzieht.

Helwig Schmidt-Glintzer, vor einem Jahr mit einer apologetischen Mao-Biographie hervorgetreten (vgl. *Sezession* 78), beschäftigt sich nun nicht mit den aktuellen Projekten im Rahmen des chinesischen Welterschließungsprojekts »Neue Seidenstraße« – ob in Albanien oder Zentralafrika –, sondern tritt zwei, drei Schritte zurück. Der Tübinger Sinologe will zeigen, daß das autoritäre »Reich der Mitte« just keine »Mitte« (geographisch, politisch, historisch, ökonomisch usf.) habe und gerade deshalb die mannigfaltigen inneren Widersprüche besser beherrschen könne, ja daß dieses vielfältige, aus der vollen Geschichte schöpfende

China schlechterdings am besten für die globale Moderne gerüstet sei.

Schmidt-Glintzer leistet aber nun – was bedauerlich ist – keine Analyse dieser zeitgenössischen Leistungsfähigkeit, sondern bietet eine essayistisch-historische Überblicksdarstellung chinesischer geistespolitischer Entwicklungen spätestens seit Konfuzius. Dort, wo die zeitgenössische Situation interessant wird und einer tiefer schürfenden Auseinandersetzung bedürfte – etwa hinsichtlich des chinesischen To-



Jean Raspail bei Antaios

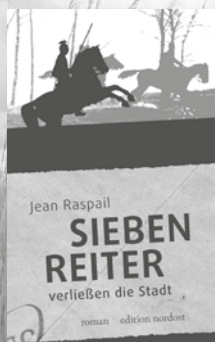


Die blaue Insel. Juni 1940

edition nordost, 264 S., brosch., 19 €

Im Juni 1940 eroberte die deutsche Wehrmacht Frankreich binnen weniger Wochen – eine Schmach für das französische Heer und jenen Teil des Volkes, den man noch an der Ehre packen konnte. Die einzigen, die in dem kleinen Dorf abseits der großen Heerstraße Widerstand leisten wollen, sind ein paar Jugendliche. Ihr Anführer ist voller Verachtung für die Erwachsenen – er wird seine »Blaue Insel« verteidigen!

In seinem erstmals ins Deutsche übersetzten Roman geht Raspail mit seinen Landsleuten hart ins Gericht. Er schildert die mangelhafte Wehrbereitschaft ebenso wie einen verzärtelten Lebensstil und den abhandengekommenen Grund für den Widerstand.



Sieben Reiter verließen die Stadt

edition nordost, brosch.,
mit Illustrationen
248 S., 19 €



Der letzte Franzose

reihe kaplaken, Band 41,
96 S., 8,50 €



Der Ring des Fischers

edition nordost,
gebunden, 352 S., 22 €



Das Heerlager der Heiligen

edition nordost,
gebunden, 416 S., 22 €

Verlag  Antaios

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel: (034632) 90 43 96 · Fax: (034632) 90 43 97 · e-Post: vertrieb@antaios.de
www.antaios.de

talüberwachungsprogramms des sogenannten Sozialkreditsystems – beläst der Autor es bei Andeutungen und schweift ab; das Geschichtliche ist sein Metier.

Dabei ist Schmidt-Glintzer zuzustimmen, daß Chinas Modernisierungsprozeß Lehren für Europas Zukunft bereithält. Ob neuer Städtebau, Umgestaltung ökonomischer Gefüge oder gigantische (nationale wie internationale) Infrastrukturmaßnahmen – die epochalen Entwicklungskonzepte der chinesischen Regierung zeigen, so der Autor abschließend, »dass ohne weitsichtige Planungen und staatliche Lenkung dieser Prozess durch Marktkräfte alleine weit weniger erfolgreich verlaufen würde«. Erneut wäre es just hier spannend geworden: Wie könnte das liberale Deutschland, wie kann das marktliberale Europa derartige Lehren überhaupt adaptieren oder umsetzen? Allein, der gewiß kluge Essay wird an dieser Stelle bereits beendet. Viele reizvolle Fragen bleiben daher künftigen Publikationen vorbehalten.

BENEDIKT KAISER ■

Menschmaschine

Martin Burckhardt: *Philosophie der Maschine*, Berlin: Matthes & Seitz Berlin 2018. 356 S., 28 €

Die Maschinen sind unserem alltäglichen Leben so nah geworden, daß wir sie nicht mehr als solche wahrnehmen. Sie – zumal die »smarten« Handapparate – bestimmen nachhaltig die Struktur unseres Empfindens und Handelns und sind zu einer erweiterten Natur des Menschen herangewachsen. An diesen Sachverhalt knüpft der Kultursoziologe Martin Burckhardt in seinem jüngsten Titel *Philosophie der Maschine* an. Burckhardt möchte auf die Vorbedingung in unserem Denken durch die Maschine hinweisen. Die Etablierung derselben in unserem Alltag verändert die Grundlage des menschlichen Daseins, deshalb wird eine neue Aufklärung benötigt, die diesen Sachverhalt in das Bewußtsein der Menschen rückt, so Burckhardts These. Dabei wehrt er sich ebenso gegen Heilsverheißungen, die in dem Konzept der Singularität zusammenlaufen, wie gegen die apokalyptischen Untergangsszenarien, in denen der Mensch hinter der Technik vollends verschwindet.

Auf dem Gebiet der Kulturgeschichte der Maschine ist Burckhardt ausgiebig erprobt. In vorherigen Schriften thematisierte er die Frage, wie durch ein ursprünglich menschliches Artefakt die digitale Moderne entstehen konnte. Bereits in *Digitale Renaissance: Manifest für eine neue Welt* (2014) forderte Burckhardt aber auch dazu auf, die Maschine nicht zu fetischisieren, sondern zu verstehen, um sie danach als Bestandteil unseres Leben zu akzeptieren. Wer

hier also eine rein kulturpessimistische Auseinandersetzung mit der Maschine erwartet, wird im positiven Sinne enttäuscht.

Um weitere Zweifel aus dem Weg zu räumen: Trotz eines durchaus von Martin Heidegger beeinflussten Technikverständnisses geht es Burckhardt nicht um das *Wesen* der Technik. Vielmehr orientiert er sich an der Frage, was das für eine Maschine sei, die so nachhaltig auf die Gedankenwelt des Menschen einwirke. Vor allem die Konstruktion eines globalen Ordnungssystems beeinflusse sichtbar unsere unmittelbare Lebenswelt und verändere somit auch das Bewußtsein des Menschen. Daß diese Entwicklung durch die abendländische Philosophie, insbesondere durch Descartes, begründet wurde, entgeht Burckhardt selbstverständlich nicht. Da die Maschine aber einen erschöpflichen Möglichkeitsraum eröffnet und damit stets über sich hinaus deutet, übersteigt sie ihren eigenen Ursprung und zeigt sich als die Verwirklichung einer Utopie.

Burckhardt liefert kein lineares Essay für eine Definition der Philosophie der Maschine, obgleich er sich stets an seiner Ausgangsfrage orientiert. Vielmehr lebt das Buch von einer großen Gelehrsamkeit und einer Reihe von Exkursen, die ebenso durch die Geschichte der abendländischen Philosophie wie ihrer Mythologie führen. Fast aphorismenartig streut Burckhardt seine eigenen Gedanken in den Text. Weniger ein klares Konzept begegnet uns, als Denkanstöße für weitere Fragen an die Maschine. Aus konservativ-identitärer Perspektive wäre eine mögliche Frage, wie sich in Zukunft die partikuläre Kultur mit einer globalumspannenden Einheitskultur vereinbaren läßt. Die Maschine zu ignorieren ist nicht mehr möglich – muß sie dadurch zwangsläufig zum Ausgangspunkt unseres Denkens werden?

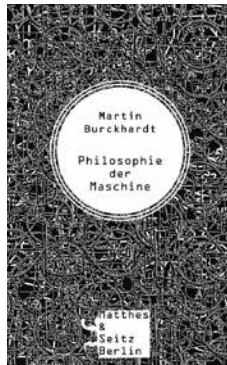
TANO GERKE ■

Weltkonsumgemeinschaft

Seyed Alireza Mousavi: *Die Globalisierung und das Politische. Überlegungen zur Aktualität von Carl Schmitt*. (= *Beiträge zur Politischen Wissenschaft*), Berlin: Duncker & Humblot 2017. 284 S., 89,90 €

Über Carl Schmitt wurde in den letzten Jahrzehnten eine Fülle an Publikationen veröffentlicht. Die Zahl relevanter Forschungslücken auf diesem Gebiet dürfte mittlerweile überschaubar sein. Dennoch ist nicht zu erwarten, daß nunmehr weniger über den angeblichen »Kronjuristen des Dritten Reiches« geschrieben werden wird.

Mit der Tatsache der hohen Literaturdichte ist auch Seyed Alireza Mousavis Untersuchung über Schmitts Kritik an der Globalisierung avant



la lettre konfrontiert. Der Autor – gebürtiger Iraner, in Jena promoviert – rekonstruiert mittels der umfangreichen Sekundärliteratur, vor allem über Schmitt, jene wissenschaftlichen Kategorien (Politische Philosophie, Politische Theologie, Staatswissenschaft und Internationale Beziehungen), die der ablehnenden Einstellung des bedeutenden Staatsrechtslehrers gegenüber der »One world« zugrunde liegen. Nur wenige wichtige Bereiche werden ausgelassen. Diese an sich lobenswerte Akribie führt freilich dazu, daß Mousavi auf einige für sein Thema wesentliche Texte kaum oder gar keinen Bezug nimmt.

Zu nennen ist zuvörderst der Briefwechsel Schmitts mit seinem Schüler Leo Strauss, der durch die Emigration des jungen jüdischen Gelehrten bald zum »Dialog unter Abwesenden« wird. Hier zeigt sich, daß der umstrittene Verfassungsjurist durchaus auch auf ökonomische Zusammenhänge rekurriert, so sehr sie in toto für sein Gesamtwerk marginal sein mögen. Die wirtschaftliche Vernetzung der Staaten war schon vor 1914 hoch, sank infolge des Ersten Weltkrieges aber signifikant. Die Welt als bloße Produktions- und Konsumgemeinschaft war für Strauss wie für Schmitt die Schreckensvision schlechthin. Andere Widerlager gegen die »Eine Welt«, die Schmitt herausstellt, insbesondere das Konzept der Großräume, hebt Mousavi in seiner Studie fundiert hervor. Schmitts inflationär zitierte Sentenz »Wer Menschheit sagt, will betrügen« stimmt nach wie vor. Die Unfähigkeit authentisch-politisch zu handeln, also dem eigenen Land gegenüber feindliche Strömungen oder Akteure auszumachen und zu bekämpfen, wird nicht selten mit der Dominanz globaler Faktoren begründet. Die Akzeptanz der Masseneinwanderung seitens des politmedialen Komplexes ist das gravierendste Beispiel. Die Aktualität Schmitts ist hier so evident wie nur möglich.

FELIX DIRSCH ■

Wir nicht!

Rod Dreher: *Die Benedikt-Option. Eine Strategie für Christen in einer nachchristlichen Gesellschaft*, Kisslegg: fe-Verlag 2018. 400 S., 19,95 €

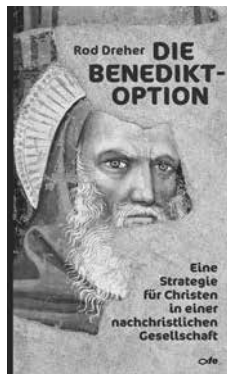
Kann man sich vorstellen, daß ein Buch mit diesem Titel in deutschen Buchhandlungen als Stapelware ausliegt? Sich einreicht in jene Sachbücher von höchstem Interesse, zur Zeit: *Die geheime Sprache der Katzen*, *Viva la Vagina*, *Am Arsch vorbei geht auch ein Weg?* In den USA war *Die Benedikt-Option* im vergangenen Jahr ein Bestseller. Sogar *The New Yorker* griff zu Superlativen und sprach vom »meistdiskutierten und wichtigsten religiösen Buch des Jahrzehnts«. Nun ist die Situation der Christen hierzulande schwer mit der Lage in den USA zu ver-

gleichen. Wer je im Ausland als Christ mit Christen ins Gespräch kam, kennt den spontanen Ausspruch: Oh, aus Deutschland – du Ärmster! Dreher zitiert einen Journalisten, der vor Jahren ernüchtert von einer Europareise zurückkehrte: In Deutschland stellte der fest, »dass dort selbst die Erinnerung daran, einmal christlich gewesen zu sein, im Schwinden begriffen war. Schlimm genug, daß antichristliche Säkularisten daran arbeiteten, den Glauben aus dem öffentlichen Leben zu drängen; noch schlimmer war, dass Christen ihre Ausrottung selbst unterstützten und begünstigten.« Daß »irgendwas mit Christus« auch bei uns passabel läuft: Keine Frage mit Blick auf Katholikentage und ähnliche Events.

Rod Dreher, Jahrgang 1967, lebt mit seiner Familie in Louisiana, er ist Kolumnist und Schriftsteller. Als junger Mann konvertierte er zum Katholizismus, rund zwanzig Jahre später bekannte er sich zur orthodoxen Kirche. Das mögen gewichtige Schritte gewesen sein, hier nun spielen diese Feldpostnummern keine Rolle. Dreher ist sicher nicht der Typ, der auf unbedingtes Miteinander der christlichen Konfessionen aus ist – doch in gewissen Fragen, so findet er, muß es einen »ökumenischen Schützengraben« geben als Verteidigungslinie gegen den Zeitgeist. Defensive also? Mitnichten! Zumal die antichristliche Linke »kein Interesse an einem Verständigungsfrieden« zeige. Man

müsse durchaus angreifen, und zwar in der allerbesten Absicht: um Gottes Königreich zu vergrößern. Wer unter den heutigen Bedingungen nicht stand- und gegenhält, verdamme seine Kinder und Kindeskinde zur Assimilation an den Mainstream. Dabei sei wichtig, daß die Kinder begriffen: *Wir* sind anders. Gut, wenn man ihnen eine lebendige Gegenkultur bieten kann! Dreher geht davon aus, daß Christen, die ihren Glauben ernstnehmen, in Zukunft vor ersten Schwierigkeiten stünden. Beispiele: Jener bekannte Konditor, der sich aus Glaubensgründen weigerte, eine Hochzeitstorte für ein schwules Ehepaar zu kreieren. Der Apotheker, der die »Pille danach« nicht feilbieten will, der Arzt, der Abtreibungen und Euthanasie verweigert, der Lehrer, der gewisse Genderinhalte nicht mittragen will, jene Absolventen einer christlichen Hochschule, denen die Ausübung des Berufs verboten werden soll, weil die Hochschule in LGBT-Angelegenheiten nicht progressiv sei.

Aber kann man sich »si etiam omnes – ego non« (auch wenn es alle tun – ich nicht) denn leisten? Dreher bescheidet klug: Alles sei eine Frage der Prioritäten. Nicht jede Auseinandersetzung sei »ein Hügel, auf dem sich zu sterben lohnt«. Manchmal sei Schweigen ein Zeichen der Besonnenheit. Andererseits gelte es, wagemutig zu sein und sich nicht vereinnahmen zu lassen für die falsche Seite: »Besser ein Klempner mit reinem Gewissen als ein moralisch kompromittierter Firmenanwalt.« Es ist ein schma-



ler Grat, auf dem wir uns bewegen. Dreher rät davon ab, sich auf den Wegen konventioneller Politik zu verausgaben. Wer Drehers »Benedikt-Option« folgt, hat einen hervorragenden Wegweiser.

Keine Zeile hier ist überspannt, larmoyant oder banal – man mag dies von einem US-amerikanischen Autoren kaum erwarten! Als Leit-schnur gilt, vortrefflich ausgelegt, die Regel des Hl. Benedikt von Nursia, deren Eckpfeiler (Ordnung, Gebet, Askese, Beständigkeit, Gemeinschaft etc.) hier als Pfeiler des Widerstands gelten. Dreher hat die Mönche in Nursia/Norcia besucht. Diesen Gottesmännern wird oft entgegenhalten, sie versuchten doch nur, »die Uhr zurückzudrehen« – wie reaktionär! Pater Martins Antwort: »Wenn man etwas im Hier und Jetzt tut, dann heißt das, es geschieht *im Hier und Jetzt*. Es ist neu, und es ist lebendig! Davon geht eine große Kraft aus.« Drehers Buch ist auch für Deutsche eminent lesenswert und sogar für Nichtchristen – geht es hier doch auch um ein Standhalten und um Gewissensfragen in einem übergeordneten Sinne. Die zehn Kapitel (etwa »Die Wurzeln der Krise«; als Zeitmarken gelten hier Ockhams nominalistische Wende, Reformation, Aufklärung und »das verhängnisvolle« 19. Jahrhundert) sind klar gegliedert, die Sprache so anspruchsvoll wie klar verständlich, die Übersetzung bravurös. Natürlich, schreibt Dreher, wollen wir alle das behalten, was wir haben. Aber dies sei der »Weg zum geistlichen Tod«. Er gibt ein Beispiel: »Als der römische Prokonsul dem Hl. Polykarp androhte, ihn auf dem Scheiterhaufen verbrennen zu lassen, wenn er nicht den Kaiser anbetete, erwiderte der Bischof, der Prokonsul könne nur mit dem zeitlichen Feuer drohen, und das sei nichts im Vergleich zu dem ewigen Feuer, das die Gottlosen erwarte.«

ELLEN KOSITZA ■

Alternativ scheitern

Peter Michalzik: 1900. Vegetarier, Künstler und Visionäre suchen nach dem neuen Paradies, Köln: Dumont 2018. 411 S., 24 €

Die Suche nach dem alternativen, dem wirklichen Leben, ist beinahe so alt wie die menschliche Gesellschaft. Aber es gibt Phasen, in denen sie besonders prominent wird. Die Zeit um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert war so eine. In ihr nahm, wie Peter Michalzik in seinem Buch über den Monte Verità annimmt, der moderne Individualismus seinen Anfang.

Es wurde viel geglaubt, neue Propheten erschienen, ein heimliches Verlangen nach »Bekennen, Transzendenz, Erlösung und Mythos«, nach »Leben« und »Freiheit« entstand, durchsäuerte die Künste und ließ immer mehr

Menschen mit der Frage nach dem richtigen, dem besseren Leben zurück.

Einige, wie der Kontorist Henri Oedenkoven und die Pianistin Ida Hofmann, schritten zur Tat und gründeten alternative Wohn- und Lebensprojekte. Ihr Monte Verità am Lago Maggiore erlangte Weltruhm, nicht zuletzt, weil sich ein Großteil der damaligen Künstler- und Geisteswelt dort versammelte oder seine Fäden darin verspann und auch Bedeutendes schuf. Die Liste der Namen ist schier unendlich: Hesse, Max Weber, Gerhart Hauptmann, Otto Groß, Erich Mühsam, Franziska zu Reventlow, Oskar Maria Graf, D.H. Lawrence, Ernst Bloch, um nur ein paar zu erwähnen.

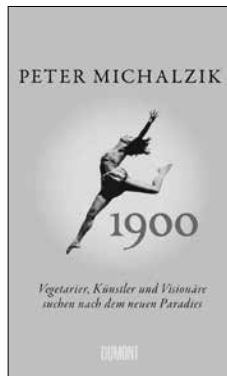
Eine Gemeinschaft ohne Macht sollte es sein, aus einem Gemisch von Nietzsche und Tolstoi gebraut, eine andere Gesellschaft, Übermensch und Umwertung der Werte einerseits, bedürfnislos, gerecht und vegetarisch andererseits. Körper und Sexualität sollten befreit werden, schöpferisch und kreativ wollte man sein, man wollte sich wieder »spüren, überhaupt etwas spüren«, das »Leben selbst« empfinden und leben.

Die dem Rufe folgen, könnten individuell nicht gewesen sein. Gesundheitsapostel, Veganer, Anarchisten, Bohème, Wanderprediger, Dadaisten, Taugenichtse und Genies.

Aber die hehren Ideale erweisen sich bald als Illusionen. Das Ideal der Reinheit – vielleicht der zentrale Begriff – wird rasch im Menschlich-Allzumenschlichen verdreht. Aus freier Liebe entstehen Liebesdramen und Kinder ohne Bindungen, die »Ekstase und Leere werden Geschwister«, das Dauerglück wird zum existentiellen Unglück und manch eine ist so unglücklich, daß sie dies schon wieder für Glück hält – denn man spürt sich ja wieder! Sechs Frauen begehen da oben Selbstmord.

Die seltsam paradigmatische Dynamik des Scheiterns aus Idealismus innerhalb von 20 Jahren, spiegelt sich auch in den theoretischen Beiträgen, die vom Berg in die Welt sickern. War man anfangs »hoffnungsfroh und zukunftsorientiert«, herrschten in der zweiten Phase Düsternis und Pessimismus vor und schließlich endete das Ganze als dadaistische-anarchistische Farce und als Kommerz. Aber die interne Lüge war von Anfang an systemisch im selbstbetrügerischen Plan der herrschaftsfreien Gesellschaft, die doch durch Oedenkoven gekauft war, angelegt. »Die paar guten Ideen erstickten unter der Degeneriertheit.«

Peter Michalzik macht sich nicht die Mühe, das Tohuwabohu zu sortieren, sondern versucht es durch kurze splitterhafte Texte, die vielleicht das Problem der Gleichzeitigkeit lösen sollten, im Präsens gehalten sind, die zudem romanesk agieren, also fiktiv sind, als wäre er dabeigewesen, abzuspiegeln. So wechseln in einem fort die Protagonisten, und da er sie zudem meist nur mit Vornamen anspricht, verliert man vor lau-



ter Friedas, Idas, Lottes und Elses schnell den Überblick – nur die wahren Größen, die jeder ohnehin unterscheiden kann, die Hesse und Weber, werden mit Nachnamen benannt.

Lediglich ein dünnes äußeres Gerüst wird den Schnipseln aufgestülpt, das ist die Dauerreferenz zu Nietzsche und Tolstoi, die wie zwei Überväter agieren sollen, aber in Wirklichkeit nichts mit dem Projekt zu tun hatten.

Einiges Interessante erfährt man über Max Weber höchstselbst, über die schillernden Figuren Otto Groß, dessen psychoanalytisches Werk gerade neu entdeckt wird, und die Reventlow, viel Peripheres und Anrühliches über diesen und jenen, aber insgesamt will sich kein ganzes Bild fügen. Noch nicht mal die Ursachen für diese Sehnsucht nach der Alternative werden deutlich. An Sachinformationen bieten die entscheidenden Wikipedia-Artikel mehr Information als 400 Seiten dieses Buches.

JÖRG SEIDEL ■

Mitschwimmen ist nicht Freischwimmen

Alessandro Baricco: *Die Barbaren. Über die Mutation der Kultur*. Aus dem Italienischen von Annette Kopetzki, Hamburg: Hoffmann & Campe 2018. 224 S., 20 €

In diesem Buch soll jene kulturrevolutionäre Verwandlung, wie sie sich derzeit in Europa vollzieht, beobachtet und zu verstehen gelehrt werden. Das gelingt dem Autor jedoch nur unzureichend, da er den Bock zum Gärtner machen will und, anstatt die hochdiffizile Thematik ernsthaft und tiefer zu beleuchten, reichlich Komödie spielt. Es beginnt schon damit, daß die Leser in einem witzigseinwollenden Plauderton geduzt und oberlehrerhaft wie dumme Kinder behandelt werden. Fast auf jeder Seite finden sich blasierte Füllsätze wie: »Ich möchte, dass ihr versucht, es euch so zu denken«, oder: »Aber ich bitte euch, eure Intelligenz zu gebrauchen«, oder: »Schwer zu erklären, aber ich werde es versuchen«. Es folgen Trivialitäten. Erst ab Seite 157 kommt Baricco langsam zur Sache, wenn er den Wesenskern des Barbarentums als »Spektakularität« beschreibt und ein paar treffende Bemerkungen zur Demokratie, Authentizität, Differenz oder Bildung macht: Disneyland und modernes Kino sind aufgrund ihrer »komplexen Sequenzen« einfach aufregender als Flaubert, weil sie buchstäblich mehr »Bewegung« erzeugen. In dieser allgemeinen Verflachung werden die Dinge aber »entwertet« und indifferent, verlieren »ihre Seele«. Nun gut. Doch den Typus des Barbaren, den Baricco skizziert, hat es freilich immer gegeben: Es ist der Konsument rascher Bedürfnisbefriedigung, der das Tiefe scheut, weil seine Interessen einfach nicht so weit reichen. Leider

bedient der Autor, trotz einigem biederem Bildungsdünkel eines alternden, italienischen Kulturbürgers, selber eben diese Klientel, indem er sich bemüht, ja niemanden zu überfordern – schon gar nicht mit mutig-unkonventionellen Gedanken. Das macht die Lektüre so anstrengend. Hier schreibt Kulturindustrie über und für Kulturindustrie, der Betrieb über und für den Betrieb, – ohne es zu merken, oder schlimmer: ohne sich als Teil oder gar als Mitbegründer des Symptoms zu erkennen. Also darf er auf das übliche, pflichtgemäße Echo rechnen. Wichtig ist immer und überall, daß du einer von uns bist; denn wer will schon etwas lesen, das den eigenen Konditionierungen widerspricht? Inhalte sind dann sekundär; lobst du mich, lobe ich dich. – Gewiß, man kann da mitspielen, wenn man seiner Natur nach ein gewiefter Mitspieler ist, und das »intelligente Schwimmen im Strom«, wozu der Autor rät, als die richtige Weise erkannt hat, um dem Leben unter mutierten Barbaren, zu denen wir im *Zeitalter der technischen Reproduzierbarkeit* sämtlicher Dinge, alle gehören, seine besten Seiten abzugewinnen.

So liefert Baricco, der Bestsellerautor, studierte Musikwissenschaftler und Philosoph, eine in Popmanier gehaltene, an Walter Benjamin geschulte Kritik kultureller Gewichtsverschiebungen bei der Suche, in der Welt »Erfahrungen zu machen«, »dem Sinn zu begegnen«, und zugleich ein Musterbeispiel cleverer, selbstverliebter Geschwätzigkeit, von der man mehr über das Wesen unserer Zeit lernen kann als aus dem Text selber. Denn wenn man's nicht schon längst wüßte, würde man spätestens anhand solcher Bücher bemerken müssen, wie der ganze Kulturapparat innerlich funktioniert – und daß er die Unbedarftheit und Naivität der Leser solcher Bücher sowie eben jene Barbarei nötig hat, *um* zu funktionieren.

FRANK LISSON ■

Leben in Surrogaten

Benjamin Kaiser: *Kulturmarxismus*, Zühlsdorf: Seuse-Verlag 2018. 264 S., 22,90 €

Der große Transformationsprozeß, der vor unseren Augen sukzessive abläuft, ist in seinen Umrissen leicht zu beschreiben: Die traditionell »haltenden Mächte« (Hans Freyer) Familie, Glaube und Nation verlieren einerseits in den westlichen Ländern (primär durch ein verändertes Lebensgefühl) an Bedeutung; andererseits verkünden die längst global vernetzten Propagandisten einer neuen Gesellschaft unüberhörbar ihre Vorstellungen eines Surrogats: Buntheit, Offenheit und Toleranz soll zukünftig das Zusammenleben vermehrt prägen. Die vielfältigen,



zum größten Teil erfolgreichen Versuche, diese Ziele in die Praxis umzusetzen, sind bereits häufiger Gegenstand umfangreicherer Schriften. Benjamin Kaiser vermehrt die vorhandene Produktion um eine weitere, sehr lesenswerte Publikation. Er subsumiert die Umsturzbestrebungen, die im Gegensatz zu herkömmlichen Revolutionen oft ohne größeres Getöse, aber sehr wirkmächtig vor sich gehen, unter die analytische Kategorie »Kulturmarxismus«. Diese ist relativ umfassend, da sie auch Tendenzen modern-individualistischer Konsumkultur und ihrer Implikationen, etwa der Agitation zugunsten der »sexuellen Vielfalt«, umfaßt. Selbst auf das weithin verweltlichte Christentum der Gegenwart übt dieses Gedankengut wichtige Einflüsse aus.

Diese Deutung ermöglicht es dem Autor, kulturgeschichtliche Anknüpfungspunkte für seine Interpretation zu finden. In den 1920er und 1930er Jahren kommt es innerhalb diverser neomarxistischer Zirkel zu einem entscheidenden Wandel der Sichtweise: Besonders Vertreter der so genannten Frankfurter Schule, die Kaiser in dem Kapitel »Der Sonderweg des westlichen Kommunismus« kurz thematisiert, aber auch ein einflußreicher Strategie wie Antonio Gramsci verfolgen die Absicht, der Erringung der kulturellen Hegemonie Priorität einzuräumen und höchstens indirekt wollen sie eine neue ökonomische Ordnung etablieren.

Vieles kommt uns beim Lesen der Abschnitte – stellvertretend sind »Die Macht der Medien«, »Feindbild Familie« und »Willkommenskultur« als revolutionärer Akt« zu nennen – bekannt vor; und doch bestechen die profunden Begründungen des Autors. Ob mit der Kategorie des »Kulturmarxismus« in wissenschaftsanalytischer Hinsicht viel zu gewinnen ist, darf jedoch bezweifelt werden.

FELIX DIRSCH ■

Was heißt hier Identität?

Johannes Richardt (Hrsg.): *Die sortierte Gesellschaft. Zur Kritik der Identitätspolitik*, Frankfurt a.M.: Novo Argumente Verlag 2018. 193 S., 16 €

»Identitätspolitik sieht in Menschen vor allem Angehörige spezifischer Opfergruppen. Nicht Gleichheit, sondern die Anerkennung eines spezifischen ›Anders-Seins‹ steht im Zentrum.«

Was im amerikanischen Kultur- und Politikbetrieb seit geraumer Zeit als *identity politics* bezeichnet wird, rührt aus linken Befreiungsbewegungen von Schwarzen und Frauen her. Sobald diese nicht länger auf Stärke und Gleichstellung ausgerichtet waren, sondern – meist von linken Anführern, Sophie Liebnitz hat dafür den Ausdruck »Stellvertreterminoritäre« geschaffen – im Minderheitenstatus einen Grund fand, Opfer »des Systems« zu sein, ging es den vormalig auf Gleichheit gepolten Unter-

drückten plötzlich ums Anderssein. Amerikanische Schwarze nennen sich jetzt »People of Color« (PoC) und verteidigen an Universitäten und in den sozialen Medien erbittert ihre Unterdrückung – sonst hätten sie nämlich nichts zu melden. Daß das ein waschechtes Paradox ist, fällt den hier zusammengebrachten Autoren auch auf. »Identitätspolitik« verstrickt sich in den Widerspruch zwischen ur-linkem Anspruch nach Gleichheit und utopischer Auflösung aller Klassen- und Herrschaftsdifferenzen auf der einen Seite und dem Beharren auf unauflöslicher Ungleichheit auf der anderen Seite. »Identität« ist in diesem Verständnis des Begriffs ein Spätprodukt der *cultural left* – hierzulande: »Kulturmarxismus« –, sodaß einige Beiträger nach der alten Linken seufzen, der das alles noch fremd war. Das zweite Paradox der »Identitätspolitik« spannt sich zwischen den Polen Identität als sprachlicher Zuschreibung versus Identität als wirklichem Sein auf. »Schwarzsein« ist mal bloße Diskurskonstruktion und andermal rassische Beschaffenheit.

Diese Paradoxien vorzuführen gelingt den Beiträgern (von Frank Furedi bis Mark Lilla und Jordan Peterson hat der Herausgeber große Namen aus dem amerikanischen liberalkonservativen Lager zu Einlassungen gewinnen können) mit kritischer Genauigkeit.

Schwierig wird es, wenn mit diesem Sezierbesteck am europäischen rechten Identitätsbegriff geschnippelt wird. Es ist geradezu absurd falsch zu behaupten, »Identität« wäre bloß ein den linken Kulturmarxisten abgeluchstes Opferdenken. »Die Opferrolle wurde zur wichtigen kulturellen Quelle für Identitätskonstruktion« schreibt Furedi in seinem Text über den »Siegeszug einer antiaufklärerischen Idee«. Das ist ausgemachter Unsinn. Herder hat mit seinem Volksgedanken etwas komplett anderes in die Welt gesetzt als die linken Stellvertreterminoritären. Wo ist bei Herder, bei den Gegenauklärern des 18. Jahrhunderts, in der Konservativen Revolution von Opferrolle die Rede? Nur weil beides heute äquivok zusammengerrührt wird, »Identität« im Sinne von amerikanischem Diskurs-Gerangel um die besten Opferplätze im *safe space*, und »Identität« im Sinne von Selbstsein und Verwurzelung im eigenen Volk, kann man darauf kommen. Großmeister des Zusammenrührens ist notorious Volker Weiss, der mehrere Antaios-Autoren kontextungebunden abwatschen darf, damit der Herausgeber nicht in Verdacht gerät, zu weit rechts zu stehen, wenn er seine Beiträger die Irrtümer der kulturellen Linken kritisieren läßt. Lehrreich ist der Sammelband in einer Hinsicht: Bloß nicht als Rechte mit unseren Kernbegriffen selber in den Strudel der Minoritäten- Disputiererei (»Minderheit im eigenen Land«, »Rassismus gegen Weiße«) hineinzu geraten, der uns, wie Martin Lichtmesz in seinem neuen *Rassismus-Kaplaken* zeigt, auch in Europa zu erfassen droht! Denn dann mischen wir kräftig mit in den »Identitätspolitiken«, gern im postmodernen Plural.

CAROLINE SOMMERFELD ■

Programm und Redaktion

Sezession ist eine politisch konservative Zeitschrift. Sie wird von Rechtsintellektuellen gemacht, die Redaktion hat ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

Sezession bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechs Mal im Jahr auf jeweils 72 Seiten – drei Mal thematisch gebunden, drei Mal in einem offenen Heft.

Sezession wird vom Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben und erscheint 2018 im sechzehnten Jahrgang.

Presse über uns

- ▶ eine »kluge Zeitschrift« (*Die Welt*)
- ▶ die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz« (*Tagesspiegel*)
- ▶ »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will« (*Junge Freiheit*)

Ihr Abonnement

Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

- ▶ 50 € im Normalbezug,
- ▶ 35 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- ▶ 75 € im Förderabonnement,
- ▶ 60 € für Auslands-Abonnenten.

Ihre Prämie 2018

Neuabonnenten erhalten als Prämie das Sonderheft »Sieferle lesen« portofrei geliefert.

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra



Heft 82 / Februar / 11 €
Thema: »Hegung«
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Götz Kubitschek
Köln, Cottbus, Kandel
Ellen Kositzka
Fette Welt
Jan Moldenhauer
Flüchtlingsindustrie
Lothar Fritze
Faszination Marx



Heft 85 / August / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Martin Lichtmesz
Eichbergs Volk
Götz Kubitschek
Selbsterdrosselung
Till-Lucas Wessels
Sparta braucht Söhne
Gespräch mit
Jean Raspail



Heft 83 / April / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Autorenporträt
Robert Hepp
Stefan Scheil
Offensive 18
Konrad Weiß
Österreich 38
Interview mit
Camille Paglia



Heft 86 / Oktober / 11 €
Thema: »Europa und Nation«
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Martin Lichtmesz
Aeneas geht
Benedikt Kaiser
Hindernislauf
Eberhard Straub
Europäischer Geist
Matthias Bennau
Pan-Europa



Heft 84 / Juni / 11 €
Thema: »1968«
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Autorenporträt
Helmut Lethen
Caroline Sommerfeld
Erziehung 68
Claus Wolfschlag
Typen 68
Das Trojanische Pferd – fünf Reden



Heft 87 / Dezember / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:
Caroline Sommerfeld
Pädagogik
Wiggo Mann
Ein Jahr Bundestag
Götz Kubitschek
Theoriearbeit
Ellen Kositzka
Das war's

Retter Europas ist vor allem, wer es vor der Gefahr der politisch-religiös-sozialen Zwangseinheit und Zwangsnivellierung rettet, die seine spezifische Eigenschaft, nämlich den vielartigen Reichtum seines Geistes, bedroht.

Jacob Christoph Burckhardt (1818–1897)